

Landesbank Baden-Württemberg Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006.

03	Lagebericht
60	Bilanz
64	Gewinn- und Verlustrechnung
66	Anhang
95	Bestätigungsvermerk

Die folgenden Ausführungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und seinen zugehörigen Erläuterungen gelesen werden. Der Konzernabschluss sowie der Lagebericht 2006 wurden wie schon im Vorjahr von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg.

Die Geschäftstätigkeit der Landesbank Baden-Württemberg.

Die Landesbank Baden-Württemberg bietet ihren Kunden als Universalbank und internationale Geschäftsbank den vollständigen Service einer modernen Bank. Bei seinem Marktauftritt verfolgt der LBBW-Konzern eine klare Markenstrategie: Die Marken Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), Baden-Württembergische Bank (BW-Bank), Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) sowie die einzelnen produktorientierten Tochtergesellschaften stehen auf ihren jeweiligen Märkten für erstklassige Qualität und ein breites Leistungsspektrum. Die Landesbank Baden-Württemberg genießt volle Geschäfts- und Niederlassungsfreiheit, ihre Hauptsitze befinden sich in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim.

Mit einer Konzern-Bilanzsumme von 428 Mrd. EUR, über 12 250 Mitarbeitern, 217 Filialen, 3 Repräsentanzen, 4 Centern für Finanzdienstleister und zahlreichen SB-Standorten in Deutschland sowie 23 Stützpunkten weltweit positioniert sich der LBBW-Konzern in der Spitzengruppe der deutschen Kreditinstitute. Weltweit gehört er zu den 50 größten Banken. Mit seinem weltweiten Netz von Repräsentanzen und Niederlassungen in New York, London, Singapur und Guernsey bietet der LBBW-Konzern seinen mittelständischen Unternehmen einen globalen Service vor Ort. Am Kapitalmarkt nimmt die LBBW bei deutschen Jumbo-Pfandbriefen und europäischen Jumbo-Covered Bonds eine der führenden Positionen ein.

Die LBBW ist darüber hinaus Zentralbank der Sparkassen in Baden-Württemberg und zusammen mit der LRP als 100-prozentiger Tochtergesellschaft Zentralbank der Sparkassen in Rheinland-Pfalz. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart erfüllt die BW-Bank als operative Einheit innerhalb der LBBW die Aufgaben einer Sparkasse.

Die LBBW steuert den LBBW-Konzern und nimmt dessen Stabs- und Abwicklungsfunktionen wahr. Im Konzern betreibt sie das Geschäftsfeld Financial Markets mit Bilanz- und Portfolioberatung, Entwicklung von Finanzmarktprodukten, Trading und Sales-Aktivitäten an den internationalen Kapitalmärkten, Konzern-Treasury sowie Researchaktivitäten. Des Weiteren betreut die LBBW die überregionalen und internationalen Unternehmenskunden des Konzerns, seine institutionellen Kapitalmarktkunden sowie Einrichtungen der öffentlichen Hand. Sie ist im Konzern verantwortlich für das internationale Geschäft, das Immobiliengeschäft sowie für ausgewählte Spezialprodukte.

Die Baden-Württembergische Bank (BW-Bank) betreibt das Privat- und Unternehmenskundengeschäft im Kernmarkt Baden-Württemberg sowie in Halle, Leipzig und Dresden. Sie fokussiert ihr Produktportfolio für Unternehmenskunden auf den Mittelstand. Neben dem klassischen Kreditgeschäft gehören eine Vielzahl innovativer Finanzierungsformen zu ihrer Leistungspalette. Für die Privatkundschaft stehen bedarfsorientierte, nachhaltige Beratung sowie ein umfassendes Produkt- und Dienstleistungsspektrum im Zentrum ihres Leistungsangebots. Insgesamt liegt ein Schwerpunkt auf dem gehobenen Privatkundengeschäft.

Die Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) konzentriert sich unter Nutzung der Produktpalette und des internationalen Netzwerks des LBBW-Konzerns auf die Betreuung von Mittelstandskunden und Sparkassen in Rheinland-Pfalz und in den angrenzenden Regionen. Im Immobilienbereich ist die LRP das Kompetenzzentrum des Konzerns in der Region Benelux und in Frankreich. Über ihre Tochtergesellschaft LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S.A., Luxemburg, hat sie einen weiteren Schwerpunkt im internationalen Private Banking Geschäft.

Spezielle Finanz- und weitere Dienstleistungen wie Leasing und Factoring, Fondsadministration und -management, Beteiligungsfinanzierung sowie Finanzdienstleistungen für Kommunen und ein umfassender Service rund um den Immobilienbereich deckt die LBBW über spezialisierte Tochter- und Beteiligungsunternehmen ab.

Die Steuerung des LBBW-Konzerns.

Im wettbewerbsintensiven Geschäft der Kreditinstitute gehört die Finanzkraft zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren. Deshalb steht die Stärkung der finanziellen Schlagkraft bei der LBBW im Mittelpunkt der Unternehmensstrategie und der laufenden Steuerung. Ihre deutlichste Ausprägung erhält die Finanzkraft eines Kreditinstituts durch eine Eigenkapitalausstattung, die nicht nur die nationalen und internationalen Mindestanforderungen sichtbar übertrifft, sondern gleichzeitig auch eine im Wettbewerbsvergleich zufriedenstellende Rendite aufweist.

Zur Sicherstellung seiner soliden Eigenkapitalausstattung und EK-Rendite wird der LBBW-Konzern klar ertragsorientiert gesteuert – unter Berücksichtigung wesentlicher Rahmenbedingungen. Hierzu zählt insbesondere die Gewährleistung einer an den Kunden und deren individuellem Bedarf orientierten Dienstleistungsqualität. Ertragsorientierte Steuerung bedeutet bei der LBBW darüber hinaus, den Markterfolg mit einem innovativen Produktangebot sicher zu stellen, das gleichzeitig attraktive Deckungsbeiträge erwirtschaftet.

Eine der zentralen Aufgaben zur Sicherung und Verbesserung der Finanzkraft stellt darüber hinaus die Minimierung der Refinanzierungskosten dar. Bei der LBBW stehen ferner auf der operativen Ebene die strenge Kontrolle aller Kosten des laufenden Betriebs sowie ein effizientes Risikomanagement im Vordergrund. Entsprechend weist die LBBW eine im Wettbewerbsvergleich sehr niedrige Cost-Income-Ratio auf und verbessert kontinuierlich ihre Fähigkeit, Risiken erfolgreich zu managen.

Als externe Kriterien für wettbewerbsfähige Refinanzierungskosten bei unseren Investoren sind hervorragende Credit-Ratings unabhängiger Rating-Agenturen unabdingbar. Die LBBW berücksichtigt daher die Anforderungen zur Erzielung erstklassiger Rating-Ergebnisse in ihrer gesamten Konzernsteuerung. Hierzu gehört unmittelbar auch die Schaffung und Sicherstellung der notwendigen Transparenz ihrer Prozesse und finanziellen Ausstattung.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Weltwirtschaft.

Robustes Wachstum trotz Ölpreis-Schock.

Im Jahr 2006 expandierte die Weltwirtschaft kräftig: Das globale Realwachstum lag bei 4,4%. China zeigt sich mit plus 10,5% erneut als Wachstumsmotor und Japan hat seine langjährige Stagnationsphase wohl nachhaltig überwunden. Mit 2,0% wurde ein ähnlich hohes Wachstum erreicht wie im Vorjahr. In den USA sorgte der anhaltend robuste Konsum für einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 3,4%. Angesichts eines zwischenzeitlich auf Rekordhöhen gestiegenen Ölpreises von fast 80 USD je Fass hat sich die Weltwirtschaft als äußerst robust erwiesen.

Eurozone und Deutschland.

Selbst tragender Aufschwung.

Im Euroraum hat der Aufschwung zu Jahresanfang noch zögerlich eingesetzt, dann aber deutlich an Fahrt gewonnen. Das reale BIP des Euroraums legte im Jahr 2006 um 2,6% nach nur 1,4% im Vorjahr zu. Auch die Konjunktur in Großbritannien und in den übrigen Mitgliedsländern der Europäischen Union zeigte sich robust: Die bisher 25 EU-Länder erzielten 2006 ein Wachstum von 2,8% nach 1,7%.

In dieses Bild passt auch das für viele Ökonomen unerwartete Aufschwungtempo in Deutschland. Hatten die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten 2005 noch ihre BIP-Prognose gesenkt, so korrigierten sie ihre Erwartungen für 2006 im Jahresverlauf zweimal nach oben auf zuletzt 2,3%. Die

bereits seit mehreren Jahren florierende Exportwirtschaft entfaltete ihre Wirkung auf die Binnenkonjunktur und löste einen sich selbst tragenden Aufschwung aus. Private Investitionen und privater Konsum entwickelten sich gleichermaßen zu Impulsgebern des Wachstums. Auch der deutsche Arbeitsmarkt profitierte: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank um rund 700 000 auf unter vier Millionen und der mehrjährige Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wurde gestoppt.

Baden-Württemberg.

Aufschwung auf breiter Basis.

Der konjunkturelle Schwung in Baden-Württemberg kam sowohl von der Exportseite als auch aus allen Bereichen der inländischen Verwendung. Die baden-württembergischen Exporteure konnten 2006 erneut Rekordergebnisse erzielen: Im Kraftfahrzeugbau und in der Elektrotechnik wurden Steigerungsraten von jeweils 18%, im Maschinenbau von 9% und bei Metall- und Eisenwaren sowie in der Chemie sogar Zuwachsraten von 24% bzw. 20% erzielt.

Angesichts deutlich gesteigerter Kapazitätsauslastung investierten die Unternehmen kräftig und nahmen sogar in beachtlichem Maße Erweiterungsinvestitionen vor. Ferner haben sich die Unternehmen in hohem Maße entschuldet. Baden-Württemberg war 2006 mit dem höchsten Wachstum der letzten 14 Jahre und einer mit 3,2% deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Zuwachsrate Konjunkturlokomotive für ganz Deutschland. Auch wies Baden-Württemberg mit unter 6% die im Ländervergleich niedrigste Arbeitslosenquote auf.

Preisentwicklung.

Moderate Inflation trotz Rekord-Ölpreis.

Die weltweite Preisentwicklung war 2006 von zwei gegenläufigen Effekten geprägt. Zum einen zeigte die konsequente Zinserhöhungspolitik der US-Notenbank einen dämpfenden Konjunkteinfluss und begrenzte damit auch den Preisauftrieb in den USA. Zum anderen erreichten die Rohstoffpreise, allen voran der Ölpreis, zur Jahresmitte neue Rekordhöhen. Insgesamt erwies sich der weltweite Preisauftrieb als moderat, in Deutschland war die Inflationsrate sogar per Saldo rückläufig: Lag sie zu Jahresanfang noch deutlich über 2%, so hatte sie sich bis Jahresende bei 1,5% eingependelt. 01

Devisenmärkte.

Deutliche Euro-Aufwertung.

Die Entwicklung am Devisenmarkt war im Jahr 2006 dreigeteilt. Die ersten Monate standen im Zeichen der Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro, der Eurokurs stieg von 1,18 bis auf nahezu 1,30 US-Dollar. Danach pendelte der Dollar etwa in der Spanne 1,25 bis 1,29, um in den beiden letzten Monaten des Jahres neue Jahrestiefststände gegenüber dem Euro zu erreichen. Der US-Dollar schwächelte immer dann,

wenn sich Zeichen für Zinssenkungen in den USA ergaben und er profitierte, wenn umgekehrte Erwartungen im Markt kursierten. Etwas überraschend kam trotz der Zinserhöhung seitens der Bank von Japan und dem Ende der Deflation die Schwäche des japanischen Yen, der zum Euro sogar ein Allzeittief von rund 156 Yen pro Euro markierte.

Das britische Pfund konnte vor dem Hintergrund einer robusten Konjunktur und der Erwartung von Leitzinserhöhungen gegenüber dem Euro aufwerten, wenngleich die Bewegung recht moderat verlief. Zudem profitierte das britische Pfund davon, dass es als internationale Reservewährung wieder stärker gesucht wurde. 02

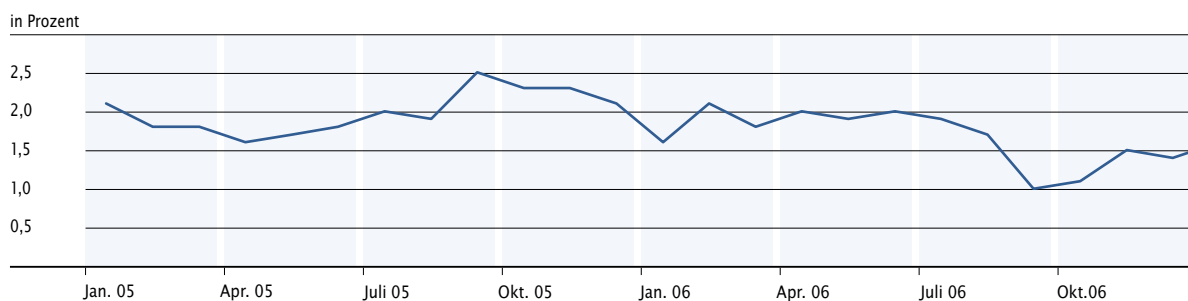
Rentenmarkt.

Notenbank und Konjunktur in den USA bestimmten den Trend.

Die großen Notenbanken setzten den Kurs der geldpolitischen Straffung im Jahresverlauf fort. Jenseits des Atlantiks erhöhte die US-Notenbank ihren wichtigsten Leitzins von 4,50% auf 5,25%. Auch in der Eurozone sah die EZB vor dem Hintergrund eines hohen Geldmengen- und Kreditwachstums sowie steigender

Veränderung der deutschen Konsumentenpreise gegenüber Vorjahr.

01



Inflationsrisiken Handlungsbedarf. Sie hob den Euro-Leitzins um bisher insgesamt 150 Basispunkte auf 3,50% an. Die Erholung des britischen Immobilienmarktes und gute Konjunkturdaten machten in Großbritannien eine Zinserhöhung von 25 Basispunkten auf inzwischen 4,75% erforderlich. Selbst in Japan sah sich die Zentralbank aufgrund der überwundenen Deflation in der Pflicht und beendete ihre jahrelange Nullzinspolitik mit einer Zinserhöhung auf 0,25%.

Die restriktiven Signale der großen Zentralbanken führten in der ersten Jahreshälfte zu Kursverlusten

an den Rentenmärkten. Die Renditen von Bundesanleihen mit 10jähriger Restlaufzeit kletterten von knapp 3,30% am Jahresanfang bis Anfang Juli auf knapp über 4,10%. Schwächere Daten vom US-Immobilienmarkt und aufkommende US-Konjunkturängste beendeten aber die Baisse an den Rentenmärkten. Trotz einer robusten Konjunktur in der Eurozone und der Aussicht auf weitere Leitzinserhöhungen durch die EZB sanken die Renditen 10jähriger Bundesanleihen in den Herbstmonaten wieder deutlich und notierten am Jahresende bei 3,95% – der Einfluss der US-Märkte dominierte die Renditen auch hierzulande. **03**

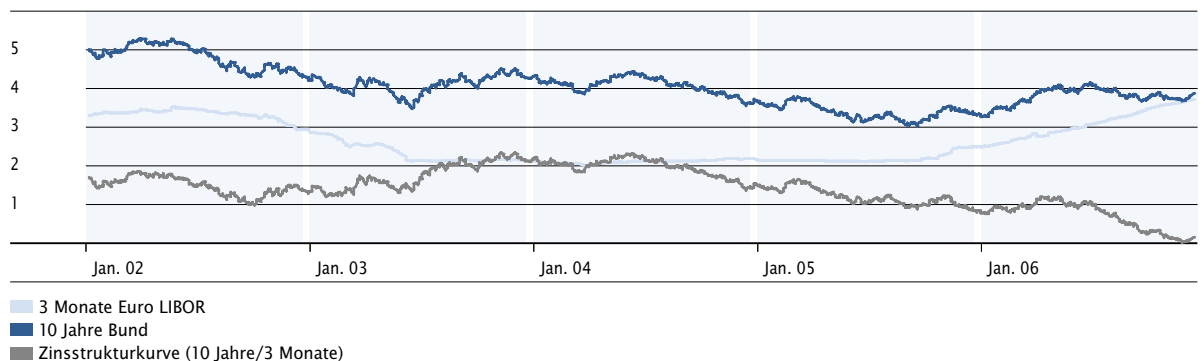
Wechselkurs US-Dollar/Euro.

02



Kurz- und Langfristzinsen in Europa 2002–2006.

03



■ 3 Monate Euro LIBOR
■ 10 Jahre Bund
■ Zinsstrukturkurve (10 Jahre/3 Monate)

Aktienmarkt.

Per Saldo nach oben.

An den Aktienmärkten freute man sich zu Jahresbeginn über eine erfreuliche Weltkonjunktur, sprudelnde Unternehmensgewinne und gut gefüllte Auftragsbücher. Dieses Umfeld verhalf dem DAX zu einem guten Start. Der deutsche Leitindex stieg von rund 5 300 Punkten im Januar auf über 6 100 Zähler im April. Die Rallye des deutschen Aktienmarktes wurde dann aber jäh beendet: Aufkommende Ängste einer fortgesetzten Straffung der US-Geldpolitik und die monetäre Kehrtwende in Japan führten zu einer schroffen Kurskorrektur. Der DAX und die Indizes der Nebenwerte fielen wieder auf ihre Notierungen vom Jahresanfang zurück.

Die danach von der US-Notenbank signalisierte Zinspause war für die Akteure im August schließlich Startschuss für einen neuen Anlauf, der den deutschen Aktienmarkt auf neue Jahreshochs führte. Damit erreichte das Börsenbarometer DAX mit knapp 6 630 Punkten in der Spitze wieder die Notierungen des Jahres 2001. Zu den größten Gewinnern zählten Industriewerte, die im Mittelpunkt von Übernahmespekulationen standen. International legten Versorger- und Bankentitel am stärksten zu. Die zu Beginn des Jahres noch favorisierten Energiewerte litten in den letzten Monaten unter rückläufigen Ölnotierungen. Trotz eines beachtlichen Schlusssturzes entwickelten sich Telekomtitel im vergangenen Jahr erneut unterdurchschnittlich. 04

Der deutsche Aktienmarkt 2006.

04



Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Banken profitieren von den Kapitalmärkten.

Die bessere Konjunkturlage hat sich positiv auf die Nachfrage nach Bankdienstleistungen ausgewirkt. Private und institutionelle Anleger waren im Jahr 2006 an den Kapitalmärkten sehr aktiv. Zudem ist die Nachfrage nach strukturierten, kapitalmarkt-orientierten Produkten weiter gestiegen, so dass die Entwicklung der Kapitalmärkte die Ertragslage der deutschen Kreditwirtschaft insgesamt stimulierte. Von Seiten der Unternehmen kamen zusätzliche Nachfrageimpulse.

Die Wettbewerbslage verschärfte sich erneut. Insbesondere rückten die Retail- und Mittelstandskunden wieder einmal in den Fokus der Großbanken und ausländischer Wettbewerber.

Die günstige Konjunkturlage führte zu einer verbesserten Risikosituation. Dadurch verbesserte sich die Risikolage des deutschen Kreditgewerbes weiter. Demgegenüber haben die Marktrisiken aufgrund der allgemein höheren Aktienengagements und einer deutlich flacheren Zinsstrukturkurve tendenziell zugenommen. Nach dem Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung im Jahr 2005 und einer eher moderaten Emissionstätigkeit der Landesbanken in 2006, sind steigende Refinanzierungskosten im laufenden Jahr nicht auszuschließen. Daher gehen die Bestrebungen der Banken auch weiterhin dahin, die Verwaltungsaufwendungen nicht anwachsen zu lassen.

Die regulatorischen Anforderungen stellten anhaltend hohe Herausforderungen an die Banken. So lief z.B. der Umsetzungsprozess der Neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung (»Basel II«) und die Umsetzung in nationales Recht (SolV) in der Kreditwirtschaft 2006 auf Hochtouren. Die Banken hatten unter anderem auch für Basel II schon im Vorfeld hohe Investitionen für die notwendigen IT-Systeme zu tätigen.

Rechtliche Rahmenbedingungen.

MaRisk und MiFid beherrschende Themen.

Ende 2005 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die »Mindestanforderungen an das Risikomanagement« (MaRisk) veröffentlicht und im weiteren Jahr laufend aktualisiert. Die MaRisk setzen die qualitativen Anforderungen von Basel II und der Capital Requirement Directive (CRD) in nationales Recht um. Sie führen auf der Grundlage des § 25a KWG die bisherigen Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften (MaH), die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft (MaK) und die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision (MaIR) in ein einheitliches, verbindliches Regelwerk zusammen. Sie werden ergänzt um bisher noch nicht geregelte Bereiche wie Zinsänderungs-, operationelle und Liquiditätsrisiken.

Die MaRisk werden bei den Kreditinstituten wesentlichen Einfluss auf die Ausgestaltung ihres Risikomanagements, ihrer Strategiekonzepte und ihrer internen Steuerungsverfahren haben. Dabei eröffnen die im Grundsätzlichen gehaltenen Ausführungen der BaFin den Instituten durchaus Gestaltungsmöglichkeiten. Der LBBW-Konzern hat 2006 die erforderlichen Vorbereitungen zur Umsetzung getroffen.

Als zweites zentrales Thema erwies sich die EU-Richtlinie »Markets in Financial Instruments Directive« (MiFID). Sie wird im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR; EU inklusive Liechtenstein, Island und Norwegen) vereinheitlichte Regeln für Wertpapierdienstleistungen schaffen, die Wettbewerbsbedingungen für Wertpapierbörsen und Finanzdienstleister harmonisieren und dem Anlegerschutz sowie der Effizienz und Integrität des europäischen Finanzmarktes dienen. Der LBBW-Konzern hat frühzeitig begonnen, die Umsetzung fristgerecht zu gewährleisten, obwohl bisher erst ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vorliegt.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr.

Integration der BW-Bank AG erfolgreich abgeschlossen.

Die Integration der BW-Bank AG in den LBBW-Konzern genoss im Geschäftsjahr 2006 höchste Priorität. Nachdem die strukturelle Integration schon im Vorjahr erfolgreich abgeschlossen worden war, stand 2006 die Fortführung der fachlichen Integration und die technische Integration im Vordergrund. Bereits im Herbst 2005 waren 395 000 Kundenstammdaten und das Depotgeschäft der BW-Bank AG-Kunden auf das System der LBBW übernommen worden. 2006 erfolgte nun die planmäßige Migration der Kundenkonten der »alten« BW-Bank AG auf die IT-Plattform der LBBW.

Im Einzelnen wurden 300 000 Giro-, Spar-, Termingeld-, Fremdwährungs- und Wechselkonten sowie die Zinsabschlagsteuer-Verarbeitung für 200 000 Kunden

und 44 000 Darlehens- und Avalkonten übertragen. Es erfolgten die notwendigen Umstellungen bei Zahlungsverkehr, Online-Banking und Internetauftritt.

Seit April 2006 werden alle Handelsgeschäfte einheitlich auf den LBBW-Systemen abgewickelt. Darüber hinaus wurde die Handelsbereichs-IT auf neue Produkte und Prozesse optimiert. Auch die erforderlichen Daten und Systeme zur Konzernsteuerung wurden erfolgreich zusammengeführt und die Schnittstellen sowie Prozesse der Auslandsstandorte angepasst. Im November 2006 wurden die bisherigen Systeme der BW-Bank AG abgeschaltet und alle Daten und Programme gemäß den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften archiviert. Die Migration war damit erfolgreich abgeschlossen.

Internationales Geschäft unter einheitlicher Führung.

Um mit der zunehmenden Globalisierung im Unternehmensgeschäft Schritt zu halten, kommt dem systematischen Ausbau des Auslandsgeschäfts eine besondere strategische Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang hat Dr. Peter A. Kaemmerer, bis dahin Leiter des Bereiches Internationales Geschäft der LBBW, am 1. Mai seine Aufgabe als neues Mitglied des LBBW-Konzernvorstands am Standort Mannheim angetreten. Er übernahm die Verantwortung für das internationale Geschäft, das Geschäft mit deutschen und europäischen Unternehmen außerhalb von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie für das Geschäftsfeld Immobilien. Im gleichen Zuge wurde das Auslandsgeschäft konzernintern neu aufgestellt und geografisch in zwei Geschäftsbereiche gegliedert.

Mehr Schlagkraft in den Tochtergesellschaften.

Im Geschäftsfeld Asset Management wurden die Kompetenzen im Konzern neu gebündelt. Zum 1. Juli entstanden aus drei Vorgängergesellschaften die beiden neuen Tochtergesellschaften LBBW Asset Management sowie die Baden-Württembergische Investmentgesellschaft (BWInvest). Damit wurde das Know-how bezüglich Asset Management für private und institutionelle Kunden, Fondsauflegung, Fondsmanagement und Abwicklung zusammengeführt. Durch eine enge Verzahnung mit dem Geschäftsfeld Financial Markets sowie mit der Kundenbetreuung von LBBW und BW-Bank wurden Produktentwicklung und Vertrieb gestärkt und der Kundenservice verbessert.

Im August wurde die LBBW Leasing GmbH neu gegründet, mit der die LBBW ihr Leasinggeschäft bündelt und koordiniert. Unter dem neuen Dach agieren drei operative Gesellschaften: Die beiden 100-prozentigen LBBW-Töchter SüdLeasing GmbH (SüdLeasing) und MKB Mittelrheinische Bank GmbH/MMV Leasing GmbH (MKB/MMV) sowie die 51-prozentige Beteiligung LHI Leasing GmbH (LHI).

Als weiteren Schritt zur Kompetenzbündelung innerhalb des LBBW-Konzerns hat der Vorstand der LBBW im vierten Quartal beschlossen, die LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg zum Immobilien-Kompetenz-Zentrum des Konzerns zu entwickeln. Ihr Aufgabenbereich wird als einer der größten Dienstleister in Deutschland rund um alle Fragen im Immobilienbereich weiter ausgebaut. Unter

dem Dach der klaren Markenstrategie des LBBW-Konzerns gewinnt die Gesellschaft mit ihrem neuen Namen LBBW Immobilien GmbH (seit 1. Januar 2007) bei ihrem Marktauftritt eine deutlich größere Nähe zur Marke LBBW.

Die Kapitalbeteiligungsgesellschaften der LBBW wurden zu Beginn des Jahres 2007 unter dem Dach einer gemeinsamen Managementgesellschaft gebündelt.

Geschäftsentwicklung.

Ertragslage.

Gewinn- und Verlustrechnung der LBBW.

05

		2006	2005*	Veränderung 2005/2006	
	GuV-Posten	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Zinsüberschuss	(1,2,3,4)	1 874,3	1 985,2	- 110,9	- 5,6
2. Provisionsüberschuss	(5,6)	457,4	435,5	21,9	5,0
3. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	(7)	175,0	102,5	72,5	70,7
4. Verwaltungsaufwendungen	(10,11)	- 1 177,3	- 1 166,6	- 10,7	0,9
5. Sonstige betriebliche Erträge/ Aufwendungen	(8,12,25)	10,0	47,4	- 37,4	- 78,9
6. Betriebsergebnis vor Risiko- vorsorge-/Bewertungsergebnis		1 339,4	1 404,0	- 64,6	- 4,6
7. Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis	(9,13,14,15,16 17,18,19)	- 342,2	- 328,2	- 14,0	4,3
8. Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)		997,2	1 075,8	- 78,6	- 7,3
9. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	(21,22,26)	- 18,5	- 546,4	527,9	- 96,6
10. Teilgewinnabführungen	(27)	- 217,4	- 220,8	3,4	- 1,5
11. Jahresüberschuss vor Steuern		761,3	308,6	452,7	> 100,0
12. Steuern	(24)	- 187,3	- 178,5	- 8,8	4,9
13. Jahresüberschuss	(28)	574,0	130,1	443,9	> 100,0

* Da die Anwachsung der ehemaligen Baden-Württembergische Bank AG erst zum 1. August 2005 erfolgte, enthielten die Vorjahreszahlen neben dem Ergebnis der LBBW nur die Ergebnisbestandteile der BW-Bank AG für die Monate August bis Dezember. Im aktuellen Berichtsjahr wurden diese Vorjahreswerte zum Zwecke der besseren Vergleichbarkeit um die Ergebnisbestandteile der BW-Bank AG aus den ersten sieben Monaten des Geschäftsjahres 2005 ergänzt.

Die Ertragssituation der Landesbank Baden-Württemberg entwickelte sich auch im Geschäftsjahr 2006 insgesamt weiterhin zufriedenstellend. Für die abgelaufene Berichtsperiode konnte die LBBW die im Rahmen ihrer langfristigen Unternehmensstrategie gesteckten Ziele erreichen. **05**

Der Jahresüberschuss vor Steuern übertraf mit 761,3 Mio. EUR das Vorjahresniveau von 308,6 Mio. EUR deutlich um 146,7% bzw. 452,7 Mio. EUR. Begünstigt wurde diese Entwicklung unter anderem durch die Belastung des Vorjahresergebnisses aus der Anwachsung der ehemaligen Baden-Württembergische Bank AG.

Gleichzeitig gelang die nachhaltige Festigung der Wettbewerbsposition der LBBW trotz insgesamt schwieriger Umfeldbedingungen. Zusätzlich erwies sich auch die Rentabilitätssituation als solide. Auf dem beschrittenen Expansionspfad profitierte die Ergebnisentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere von einem weiter angestiegenen Provisionsüberschuss sowie einem nahezu verdoppelten Nettoergebnis aus Finanzgeschäften. Eine verhaltene Entwicklung wies hingegen der Zinsüberschuss auf.

Verbesserte Ertragsstruktur bei gehaltenem Ertragsniveau.

Der Zinsüberschuss ging in erster Linie durch Einmalerträge des Vorjahres aufgrund vorzeitiger Refinanzierungsablösungen um 5,6% bzw. 110,9 Mio. EUR auf 1 874,3 Mio. EUR zurück. Bereinigt um diesen Effekt wies der Zinsüberschuss eine stabile Entwicklung auf.

Der Provisionsüberschuss konnte an die positive Entwicklung der Vorjahre anknüpfen und stieg erfreulich um 5,0% bzw. 21,9 Mio. EUR auf 457,4 Mio. EUR an. Geprägt wurde diese positive Entwicklung insbesondere durch die Zunahme der Provisionen aus dem Vermittlungsgeschäft. Diese wuchsen mit einem Plus von 36,9% bzw. 23,3 Mio. EUR.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften, welches in Teilen den Eigenhandelserfolg abbildet, profitierte in 2006 nicht unwesentlich von der Stimmungsaufhellung der Märkte. Insgesamt betrug der Ergebniszuwachs 72,5 Mio. EUR, womit die Ergebnisgröße zum Jahresende 175,0 Mio. EUR erreichte. Dies entspricht einem Zuwachs bezüglich des erreichten Vorjahresergebnisses von mehr als zwei Dritteln.

Im Anstieg des Provisionsüberschusses und des Nettofinanzergebnisses zeigte sich, dass der LBBW im Geschäftsjahr 2006 ein weiterer wesentlicher Schritt hin zu einem ausgewogenen Ertragsmix gelungen ist. Diese Entwicklung spiegelt insbesondere die in 2006 unternommenen Anstrengungen zur Anpassung des Geschäftsmodells an die geänderten Umfeldbedingungen wider. Dies gelang primär durch einen konsequenten strategischen Ausbau des internationalen Geschäfts sowie der Kapitalmarktaktivitäten, insbesondere im Bereich innovativer Finanzmarktprodukte für institutionelle und private Investoren.

Kostenentwicklung trotz Zusatzbelastung moderat.

Der Verwaltungsaufwand kletterte marginal um 0,9% bzw. 10,7 Mio. EUR auf – 1.177,3 Mio. EUR. Maßgeblich hierfür war ein Zuwachs des Personalaufwands. Hier schlug sich im Wesentlichen der Anstieg des Aufwands für Altersversorgung aus einer vollzogenen Tarifierhöhung inklusive Mehrdotierung der Pensionsrückstellungen bzw. einem Aufrücken in höhere Berufsjahre und Altersstufen nieder. Hingegen wurde der Anstieg der laufenden Personalaufwendungen aus Tarifierhöhung nahezu vollständig durch den Effekt aus der Abnahme der Mitarbeiterzahl um 350 Mitarbeiter kompensiert. Ebenfalls einen leichten Anstieg mussten die anderen Verwaltungsaufwendungen hinnehmen. Hier wirkten sich die intensiven Vorbereitungen auf regulatorische Anforderungen wie Basel II/SolvV, die Umsetzung der MiFID und die ab dem Geschäftsjahr 2007 anstehende Offenlegung des Konzernabschlusses nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) kostentreibend aus. Insgesamt festigte die LBBW mit einer Cost-Income-Ratio (CIR) von unter 50% unter den deutschen Kreditinstituten ihre äußerst wettbewerbsfähige Position.

Der dem operativen Bankgeschäft nicht zurechenbare Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen erreichte im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 10,0 Mio. EUR nur nahezu ein Viertel des Vorjahreswertes von 47,4 Mio. EUR. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass das Vorjahresergebnis mehr als hälftig durch den Ertrag aus einer Beteiligungsveräußerung geprägt war.

Qualität des Kreditportfolios auf weiterhin hohem Niveau.

Bei einer stabil gehaltenen Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie Nettofinanzergebnis, leicht ausgeweiteten Verwaltungsaufwendungen und einem rückläufigen sonstigen betrieblichen Ergebnis verzeichnete das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis einen Rückgang um 4,6% bzw. 64,6 Mio. EUR auf 1339,4 Mio. EUR nach 1404,0 Mio. EUR im Vorjahr.

Ein erneuter Rückgang der Risikovorsorgeaufwendungen stellte in einer Drei-Jahres-Betrachtung einen bemerkenswerten Tiefstand dar. Dabei stand die Aufwandsentlastung im Kreditgeschäft unverändert für die konservative Risikopolitik des Konzerns gepaart mit einer hohen Qualität des Kreditportfolios. Letztere wurde – wie schon in Vorjahren – nicht unmaßgeblich begünstigt durch den positiven Einfluss eines gesunden wirtschaftlichen Umfeldes im Kernmarkt der LBBW. Ebenfalls entwickelten sich die Nettoaufwendungen aus dem Wertpapiergeschäft in der aktuellen Berichtsperiode deutlich rückläufig. Diese Veränderung resultierte im Wesentlichen aus der im Vorjahr getätigten Rücknahme von hochverzinslichen passivischen Schuldscheindarlehen. Damit wurden zukünftige negative Ergebnisbeiträge aus Refinanzierungsablösungen kompensiert, die im Zinsüberschuss enthalten waren. Aus Institutssicht der LBBW stieg

das Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis trotz der skizzierten Aufwandsentlastung leicht um 4,3% bzw. 14,0 Mio. EUR auf – 342,2 Mio. EUR an. Diese Entwicklung resultierte im Wesentlichen aus einer den Entlastungsbeiträgen entgegenwirkenden Verlustübernahme für ein konsolidiertes Leasingtochterunternehmen. Das Tochterunternehmen nutzte das aus der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform resultierende Steuersatzgefälle durch einen Übergang von der linearen auf die degressive Abschreibung des Leasingvermögens, um auf die Folgejahre verteilt eine tatsächliche Steuerersparnis zu realisieren.

Unter Berücksichtigung der Entwicklung des Risikovorsorge-/Bewertungsergebnisses lag das Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) bei 997,2 Mio. EUR, womit das hohe Ergebnisniveau des Vorjahres von 1075,8 Mio. EUR nicht gänzlich erreicht wurde.

Neben um 3,4 Mio. EUR rückläufigen Teilgewinnabführungen von – 217,4 Mio. EUR zeigte sich das außerordentliche Ergebnis mit einem Saldo von – 18,5 Mio. EUR spürbar um 96,6% entlastet. Im Vorjahr war dieser Posten mit insgesamt – 546,4 Mio. EUR deutlich durch den Anwachungsverlust der ehemaligen Baden-Württembergische Bank AG in Höhe von – 496,7 Mio. EUR gekennzeichnet. Mit rund – 40 Mio. EUR enthält das außerordentliche Ergebnis zusätzliche, mit dem Vorjahr betragsmäßig vergleichbare Restrukturierungs- und Integrationsaufwendungen.

Mit einem Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von 761,3 Mio. EUR wurde das Vorjahresergebnis von 308,6 Mio. EUR in 2006 mit einem Zuwachs von 452,7 Mio. EUR mehr als verdoppelt. Diese Ergebnisentwicklung schlug sich auch auf die Entwicklung des

Jahresüberschusses nach Steuern nieder. Das Nachsteuerergebnis lag damit bei 574,0 Mio. EUR gegenüber einem Vorjahresvergleichswert von 130,1 Mio. EUR.

Gewinnverwendungsvorschlag.

Der Trägerversammlung der LBBW wird wie in den vergangenen Jahren vorgeschlagen, 6% auf das Stammkapital der LBBW in Höhe von 1,42 Mrd. EUR auszusütten.

Vermögens- und Finanzlage. Geschäftsvolumen.

Das Geschäftsvolumen der LBBW wuchs im Vergleich zum Vorjahr um 5,9% bzw. 23,4 Mrd. EUR auf 418,0 Mrd. EUR, was nahezu ausschließlich auf ein Wachstum der bilanziellen Größen zurückzuführen war. Dieses lag im selben Zeitraum bei 6,2% bzw. 20,5 Mrd. EUR, so dass zum Stichtag 31. Dezember 2006 eine Bilanzsumme von 354,0 Mrd. EUR erreicht wurde.

Auch das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte lag nach einem Anstieg von 18,0% bzw. 226,7 Mrd. EUR zum Jahresende mit 1485,8 Mrd. EUR über dem Niveau des Vorjahres. Dabei resultierten mehr als drei Viertel des Zuwachses aus einem Zinsderivatevolumenanstieg.

Vom gesamten Derivatevolumen entfielen rund 1142,9 Mrd. EUR auf Handelsbestände, was einem Anteil an der Bilanzsumme von 323% entspricht. Die Handelsgeschäfte beinhalten jedoch weitgehend geschlossene Positionen aus gegenläufigen Derivaten. Offene Positionen aus Handels-Portfolien bewegen sich im Rahmen der vorgegebenen Risikolimits. Die Zuordnung zu den Eigenhandelsgeschäften erfolgt dabei nach den vom Vorstand vorgegebenen Regelungen.

Aktivgeschäft.

Die Entwicklung der Forderungen an Kreditinstitute zeigte im Geschäftsjahr 2006 für die LBBW einen stabilen Verlauf. So legte der Posten leicht um 3,1% bzw. 4,4 Mrd. EUR auf 150,2 Mrd. EUR zu. Dabei entfielen 23,1% bzw. 34,7 Mrd. EUR des Postens auf die baden-württembergischen Sparkassen.

In einem ähnlichen Umfang stiegen auch die Forderungen an Kunden. Sie wuchsen um 3,8% bzw. 3,8 Mrd. EUR auf 104,0 Mrd. EUR. In dem in seiner Zusammensetzung ausgewogenen Portfolio der Kundenkreditforderungen bildeten die inländischen Unternehmen und Privatpersonen, gemessen am Volumen, mit einem Anteil von 61,9% die bedeutendste Kundengruppe. Bei einer branchenbezogenen Betrachtung entfiel der größte Anteil der Forderungen auf den Dienstleistungssektor mit 33,7%, gefolgt von Wohnungsunternehmen mit 7,9% und dem Handel mit 6,0%. Auf Unselbstständige und Privatpersonen entfielen 27,8% aller Forderungen.

Das gesamte Kreditvolumen der LBBW belief sich zum 31.12.2006 auf 318,2 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 3,6% bzw. 11,1 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahresstichtag gleichkam. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus den Zuwächsen bei den Forderungen an Kreditinstitute sowie zusätzlich aus der Volumensteigerung bei den Kundenforderungen. Definitorisch umfasst das Kreditvolumen neben den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden auch das Wechselgeschäft sowie unter Strich auszuweisende Avalkredite und unwiderrufliche Kreditzusagen.

Einen beachtlichen Sprung verzeichnete die Entwicklung des Volumens von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Ihr Stichtagsbestand erhöhte sich spürbar um 10,1 % bzw. 7,6 Mrd. EUR auf 82,7 Mrd. EUR. Dabei sind die Anleihen und Schuldverschreibungen – wie schon in den Vorjahren – überwiegend dem Liquiditätsreserve-Bestand zugeordnet.

Refinanzierung.

Die LBBW strebt eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur mit minimierten Liquiditätsrisiken an. Daher erfolgt die Refinanzierung im Wesentlichen aus drei verschiedenen Quellen, die je nach Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes unterschiedlich stark genutzt wurden. Dies waren im abgelaufenen Berichtsjahr zum einen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. verbrieftete Verbindlichkeiten, die Ende 2006 mit 129,2 Mrd. EUR bzw. 113,3 Mrd. EUR in ihrer Größenordnung annähernd vergleichbar waren. Während die verbrieften Verbindlichkeiten mit einem leichten Rückgang um 3,8 % bzw. 4,5 Mrd. EUR nahezu ihren Vorjahreswert erreichten, schlug sich in der deutlichen Ausweitung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 19,9 % bzw. 21,5 Mrd. EUR insbesondere die Refinanzierung des Volumenzuwachses der Wertpapierbestände der Aktivseite nieder. Vom Gesamtbestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfielen zum Jahresende 13,0 % bzw. 16,8 Mrd. EUR auf die Verbindlichkeiten gegenüber den baden-württembergischen Sparkassen.

Zum anderen stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden die dritte Säule der Refinanzierung der LBBW dar. Diese erreichten zum Jahresende mit einem marginalen Anstieg um 0,9 % bzw. 0,8 Mrd. EUR insgesamt 87,9 Mrd. EUR.

Die LBBW emittierte auf dem deutschen Kapitalmarkt neben ungesicherten Schuldverschreibungen auch Hypothekendarlehen und öffentliche Pfandbriefe, welche zusammen im Posten verbrieftete Verbindlichkeiten ausgewiesen sind. Die Zielgruppen bei den direkten Platzierungen waren insbesondere Versicherungen, Pensions- und Investmentfonds, andere Banken und Sparkassen sowie Privatkunden. Daneben wurden auch an den internationalen Kapitalmärkten Schuldverschreibungen begeben.

An den Börsenplätzen Stuttgart, London, Singapur und New York wurden unter einem 50 Mrd. EUR EMTN Programm, einem 20 Mrd. EUR Euro-Commercial Paper und Euro-Certificate of Deposit Programm sowie einem 5 Mrd. AUD MTN Programm Schuldverschreibungen emittiert. Weitere Emissionsprogramme existieren für den US-Markt mit MTN (15 Mrd. USD) sowie Commercial Paper (4 Mrd. USD). Unter dem Global Public Sector Pfandbrief Programm emittierte die Landesbank Baden-Württemberg bis Mitte des Jahres 11,2 Mrd. EUR sowie 1,0 Mrd. USD. In der zweiten Jahreshälfte wurde zusätzlich ein Volumen von 1,6 Mrd. EUR sowie 0,1 Mrd. USD an Pfandbriefen unter dem 50 Mrd. EUR EMTN Programm begeben.

Das Emissionsvolumen der LBBW belief sich am Ende des Berichtsjahres auf insgesamt 146,1 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 37,4 % bzw. 39,8 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der Ersterstabsatz erreichte 2006 ein Volumen von 120,9 Mrd. EUR, was gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 28,3 % bzw. 26,7 Mrd. EUR gleichkommt. Mit einem Anteil von 63,3 % lag der Verkauf von Fremdwährungsemissionen über dem der Euro-Emissionen. Der Anteil der Fremdwährungsemissionen am gesamten Emissionsvolumen lag 2006 bei 52,4 %, während er im Vorjahr noch 55,0 % betrug.

Eigenkapital.

Das bilanzielle Eigenkapital (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, nachrangiger Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital) der LBBW betrug zum 31.12.2006 17978 Mio. EUR, während ein Jahr zuvor 16196 Mio. EUR auszuweisen waren. Der Anstieg resultierte nahezu ausschließlich aus der bilanzverlängernden Umwandlung stiller Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 1,6 Mrd. EUR in offene Vorsorgereserven nach § 340g HGB.

Die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen der LBBW stellen sich zum Jahresende wie folgt dar: 06

06

	2006	2005	Veränderung 2005/2006	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Aufsichtsrechtliche Eigenmittel				
(§ 10 a KWG i.V.m. § 2 Abs. 2 und 3 GS I)	17 493	17 053	440	2,6
davon Kernkapital	10 175	10 003	172	1,7
davon Ergänzungskapital	6 935	7 074	- 139	- 2,0
davon Drittrangmittel	389	0	389	100,0
Anrechnungspflichtige Positionen (GS I)	144 473	145 565	- 1 092	- 0,8
	2006	2005	Veränderung	
	%	%	%Punkte	
Gesamtkennziffer GS I	12,1	11,7	0,4	
Eigenkapitalquote	14,4	14,7	- 0,3	

Die nach Grundsatz I geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen in Höhe von mindestens 8% wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit übertroffen.

Mitarbeiter.

Im Geschäftsjahr 2006 stand für die LBBW die zweite Stufe der Integration der BW-Bank AG unter dem Dach des LBBW-Konzerns im Vordergrund. 2005 war im ersten Schritt ein detailliertes Personalüberleitungskonzept zur Neustrukturierung und Bündelung der Geschäftsaktivitäten umgesetzt worden. Anfang 2006 begann dann die fachliche Integration und die einheitliche Prozess-Strukturierung in einer neuen Zielorganisation. Dank der hohen Akzeptanz und tatkräftigen Mithilfe aller beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelang es, die angestrebten Ziele der Neustrukturierung bei laufendem Geschäft erfolgreich umzusetzen und zu meistern. 2007 sollen die Anstrengungen zur Anpassung der Personalausstattung an die harmonisierten Prozesse der neuen Bank noch einmal ausgeweitet werden: Führungskräfte und Mitarbeiter werden im Transfer aktiv begleitet, Rekrutierung, Ausbildung und Qualifizierung den neuen strategischen Herausforderungen entsprechend zeitnah bereitgestellt.

Optimierung der Geschäftsprozesse.

Sanfte Maßnahmen zum Stellenabbau.

Bei der Weiterentwicklung des LBBW-Konzerns stehen zusätzliche Wachstumspotenziale klar im Vordergrund. Kostensynergien werden dennoch konsequent gehoben. Wesentliche und nachhaltige Synergien ergeben sich aus der Konsolidierung und Optimierung der Geschäftsprozesse, der fachlichen Integration sowie aus der neuen Kundensegmentierung. Sie wurden im Geschäftsjahr 2006 planmäßig realisiert.

Nicht zuletzt als Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung des LBBW-Konzerns standen hierbei die sanften Maßnahmen des konzernübergreifenden personalwirtschaftlichen Konzepts im Vordergrund. Diese führten per 31.12.2006 zielgerecht zum Abbau von 320 Vollzeitäquivalenten bei der LBBW-Bank. Darüber hinaus verließen im Umfang von insgesamt 345 Vollzeitäquivalenten Mitarbeiter die Bank entweder im Rahmen der normalen Fluktuation oder wechselten zu Tochterunternehmen. Diesem Gesamtabbau von 665 Vollzeitäquivalenten stehen jedoch im Rahmen des mit gleicher Konsequenz durchgeführten strategischen Geschäftsfeldaus- und -aufbaus 315 zusätzlichen Vollzeitäquivalente in der LBBW-Bank gegenüber, die über Eintritte neuer Mitarbeiter, über Beschäftigungsgraderhöhungen von Mitarbeitern und vor allem mittels Übernahmen von Auszubildenden und BA-Studierenden erfolgt sind.

Dieses Konzept wird im laufenden Geschäftsjahr 2007 fortgeführt. Der intensivierte Konzern-Transfermarkt und die Aktivierung des internen Arbeitsmarktes stellen hier wesentliche Erfolgsfaktoren dar: Rund 800 hausinterne Stellenausschreibungen im Geschäftsjahr 2006 unterstreichen den Stellenwert des Internen Arbeitsmarktes im LBBW-Konzern. Hinzu kommen die zahlreichen personellen Veränderungen, die über den internen Transfermarkt abgewickelt werden und die sich aus der Umgestaltung von Organisationseinheiten ergeben haben.

Die junge Bank.

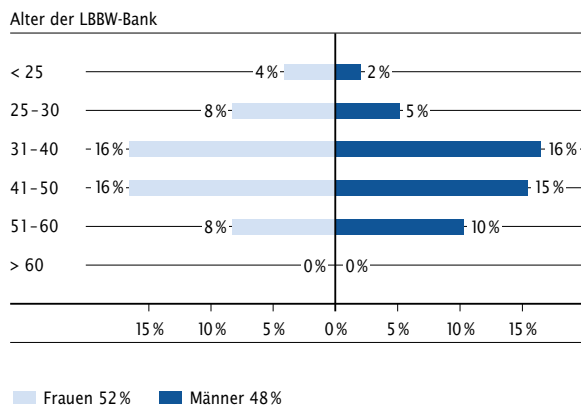
Im LBBW-Konzern waren zum Ende des Jahres 2006 12 252 Mitarbeiter beschäftigt nach 12 551 am 31.12.2005. Bei der Bank waren zum Jahresende 2006 9 210 Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr 9 565 Mitarbeiter). Im Konzern liegt der Anteil der weiblichen Beschäftigten bei 51%. Die Teilzeit-Arbeitsverhältnis-Quote in der LBBW-Bank lag 2006 weiterhin auf hohem Niveau bei 20% und im Konzern bei 19%.

51% der Mitarbeiter der Bank sind 40 Jahre oder jünger. Wie im Vorjahr stellen die Mitarbeiter bis 30 Jahre etwa ein Fünftel der Beschäftigten der Bank. Das Durchschnittsalter liegt in der LBBW-Bank bei 40,3 Jahren (ohne Auszubildende und BA-Studierende).

07

Altersgruppen Frauen/Männer.

07



LBBW-Verbesserungsprozess.

Das Ideenmanagement der LBBW belegt seit Jahren einen führenden Platz im Finanzdienstleistungsbereich. Alle Mitarbeiter sind eingeladen, mit ihren Ideen die Produkte, Dienstleistungen und Prozesse des Konzerns ständig fortzuentwickeln. Sie tragen auf diese Weise dazu bei, Kosten zu reduzieren und Mehrerlöse zu erwirtschaften. Die Arbeitsabläufe werden hierdurch effizienter gestaltet und ihre Ideen fließen in neue kunden- und marktorientierte Produkte ein.

Über den Ideenwettbewerb »Operationelle Risiken« wurden erstmals in der deutschen Bankenlandschaft alle Mitarbeiter für dieses wichtige Thema sensibilisiert. Das Ideenmanagement unterstützt damit nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns, sondern verbessert auch die Motivation der Mitarbeiter und stärkt ihre Identifikation mit dem Unternehmen.

Ausbildung und Personalentwicklung.

Ausbildung.

Unter den Banken in Baden-Württemberg ist die LBBW weiterhin der größte Ausbilder. Sie hat 2006 ihre Einstellungszahlen nochmals um 5,6% erhöht. Die Ausbildungsquoten von 6,0% bei der LBBW-Bank bzw. 4,9% im Konzern stehen für ein klares und nachhaltiges Bekenntnis zur Ausbildung junger Menschen.

Die Ausbildungsquoten zeigen eindrucksvoll den Stellenwert der Entwicklung qualifizierten Nachwuchses im eigenen Hause. Per 31.12.2006 standen im Konzern insgesamt 598 Berufsanfänger in einer Ausbildung. Davon absolvierten 415 junge Menschen eine Ausbildung in den Berufsbildern Bankkaufmann/-frau (bei der LBBW-Bank: 327) sowie in weiteren kaufmännischen und anderen Berufsbildern. 183 Auszubildende absolvieren ein Studium an der Berufsakademie. Darüber hinaus stellte die Rekrutierung von Hoch-

schulabsolventen eine feste Säule der strategischen Nachwuchsentwicklung dar. Die Bedeutung der Trainee-Programme zur Einarbeitung junger Akademiker in der Landesbank wird durch den Anstieg von 27 Einstellungen im Jahr 2005 auf 72 Einstellungen im Jahr 2006 deutlich. Von den Auszubildenden wurden 175 junge Mitarbeiter nach Abschluss ihrer Ausbildung bzw. ihres Studiums an der Berufsakademie 2006 in ein Beschäftigungsverhältnis bei der LBBW übernommen.

Personalentwicklung.

Die LBBW leistet erhebliche Personalentwicklungs- und Qualifizierungsanstrengungen. Die Weiterbildungsaktivitäten wurden entsprechend weiter vorangetrieben: 2006 gab es insgesamt 11 266 Seminarbesuche, das sind 12,6% mehr als im Vorjahr und 48,9% mehr als 2004. Mehr als vier Fünftel davon waren interne Seminare des allgemeinen Bildungsprogramms. Hierzu zählen auch fachorientierte Seminare und Studiengänge sowie Entwicklungsprogramme für gehobene Fach- und Führungsfunktionen.

Beruf und Familie.

Im Jahr 2006 startete die LBBW ihr Projekt »Kindertagesstätte der LBBW (LBBW-Kita)« am Standort Hauptbahnhof in Stuttgart als wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Eröffnung der Kindertagesstätte »Frechdax« der LBBW erfolgte am 1. Februar 2007. Ziel ist es, vor allem Frauen eine qualifizierte Weiterbeschäftigung in ihrem bisherigen Umfeld bei der LBBW zu ermöglichen. Eine Grundvoraussetzung für die Nutzung der Kindertagesstätte ist deshalb ein Beschäftigungsgrad von mindestens 60%. In der LBBW-Kita stehen 25 Betreuungsplätze, von denen einige als Sharingplätze genutzt werden können, zur Verfügung sowie fünf Gastkinderbetreuungsplätze.

Compliance.

Nach der Integration der Compliance-Organisationen von LBBW und BW-Bank AG sowie der Koordination der entsprechenden Aktivitäten in den Tochterunternehmen stand im Jahre 2006 der Ausbau zu einem Competence-Center im Vordergrund mit Kapitalmarkt-Compliance, Geldwäscheprävention, Verhinderung der Finanzierung des Terrorismus und Embargo, Verhinderung von Betrugshandlungen sowie dem Datenschutz. Durch die operationale Neuausrichtung werden die Ressourcen im Konzern optimiert und steigende Kosten begrenzt.

Kapitalmarkt-Compliance.

Anlegerschutz und einheitliche Regelungen für europäische Märkte.

Die Umsetzung des Anlegerschutzverbesserungsgesetzes wurde 2006 weiter intensiviert und die notwendigen technischen Anpassungen in den IT-gestützten Systemen vorgenommen. Schwerpunkte der täglichen Arbeit waren die ständige Kontrolle der Wertpapiergeschäfte auf Gesetzmäßigkeit und die Vermeidung von Interessenkonflikten.

Die Mitarbeiter wurden mit Schulungen weiter auf das Erkennen von Verdachtsmomenten sensibilisiert. Weitere wesentliche Arbeits- und Schulungsinhalte bestanden im Erfassen des Insidermerkmals und dem daraus resultierenden Handelsverbot. Die Ausweitung der Anzeigepflicht für bestimmte Geschäfte (Director's Dealings) und die Bestimmungen zur Finanzanalyse wurden erfolgreich umgesetzt. Über aktuelle Entwicklungen wurden die Mitarbeiter durch Veröffentlichungen via Intranet auf dem Laufenden gehalten.

Die Pflichten für die Kapitalmarkt-Compliance werden zukünftig einheitlich gesetzlich geregelt (EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente – »MiFID«). Dies gilt auch für die Erfassung und Meldung von Mitarbeitergeschäften und die Anforderungen an den Umgang mit Interessenskonflikten. Die im LBBW-Konzern bestehenden Compliance-Vorgaben wurden den neuen Anforderungen gegenübergestellt. Im nächsten Schritt werden MiFID-konforme Prozesse implementiert.

Geldwäscheprävention und Finanzsanktionen.

Deutlich gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen.

Um bei der Geldwäscheprävention den deutlich gestiegenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen und den verbesserten technischen Möglichkeiten gerecht zu werden, hat die Bank ein Projekt gestartet, dessen Ziel es ist, entsprechende effektive Risikomanagementprozesse zu implementieren und die Sicherungssysteme zu optimieren. So werden potenzielle Gefährdungen identifiziert, analysiert und bewertet sowie geeignete Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung oder Transfer solcher Risiken ergriffen.

Daneben wird der Zahlungsverkehr mit Hilfe internationaler Listen und entsprechender Software permanent hinsichtlich des Transfers von Geld und Vermögenswerten für terroristische Zwecke überprüft. Eine besondere Herausforderung stellt sich dabei, weil diese Mittel in aller Regel »sauber« sind – im Gegensatz zur Geldwäsche – und oft als Kleinstbeträge transferiert werden. Zentrales Anliegen des Projekts ist es, die Mitarbeiter zu sensibilisieren und

zu schulen, jedoch gleichzeitig die Präventionsarbeiten vom Vertrieb weg zur zentralen Geldwäschepräventions-Einheit in die Linie zu verlagern.

Alle ausländischen Niederlassungen werden in die Prüfungsmaßnahmen einbezogen und es wird geprüft, ob und wie die Complianceleistungen den Tochterinstituten in Zukunft kostensenkend zur Verfügung gestellt werden können.

Finanzermittlungen.

Bekämpfung von »Finanzagenten«.

Im Mittelpunkt der Präventionsarbeit der Finanzermittlungseinheit stand im Jahr 2006 die Bekämpfung von so genannten Finanzagenten. Diese suchen unauffällige Kontoinhaber, um über deren Konten Finanztransaktionen mit kriminellem Hintergrund abzuwickeln. Zum finanziellen Schaden gutgläubiger Kunden kommt hinzu, dass im Falle leichtfertigen Verhaltens des Kunden eine Geldwäscheverdachtsanzeige zu erstatten ist.

Die internen Mitarbeiterinformationen und verstärkte Kontrollen durch die Geldwäschepräventionseinheit zeigen sichtbare Erfolge: Kontenmissbräuche wurden in zunehmendem Maße aufgedeckt, bevor strafbare Handlungen begangen werden konnten.

Daneben trat zunehmend eine stärker ansteigende Computerkriminalität in den Vordergrund: So genanntes Abfischen von PIN- und TAN-Nummern (»Phishing«) und Internetbetrug (beispielsweise die nichtbeabsichtigte Warenlieferung bei ebay-Kauf) wurden zu einer Bedrohung von Kunden und Bank.

Datenschutz.

Datenschutz konsequent weiterentwickelt.

Die Weiterentwicklung von Methoden und Verfahren zur Optimierung des internen Datenschutzes sowie die verstärkte Zusammenarbeit mit den Konzerngesellschaften standen 2006 im Vordergrund. Auch zu diesem Themenkreis wurde die Information der Mitarbeiter mit zielgruppenspezifischen und IT-gestützten Schulungsmaßnahmen verbessert.

Die Datenschutzbeauftragten im Konzern stehen in regelmäßigem Dialog, um ein konzerneinheitliches Datenschutzniveau zu erreichen. Die Zusammenarbeit mit den ausländischen Niederlassungen und Repräsentanzen wird ausgebaut.

Die internen Datenschutz-Audit-Maßnahmen zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte von Kunden und Mitarbeitern wurden verstärkt. Hierzu gehörten insbesondere die Videoüberwachung an Gebäuden und deren Sicherheitsüberprüfungen, die Diskretions- und Einsichtszonen in den Filialen, die datenschutzkonforme Aufzeichnung von Telefongesprächen, die neu eingeführte »Voice-over-IP«-Telekommunikationsanlage sowie die bankinternen Prozessabläufe bei der Papier- und Hardware-Entsorgung. Ergänzend wurden insbesondere auch Dienstleister, die für den LBBW-Konzern im Kreditkartengeschäft, in der Hardwareentsorgung sowie in der Akten- und Datenträgervernichtung tätig sind, überprüft.

Nachhaltigkeit.

Der LBBW-Konzern ist sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Ein auf Nachhaltigkeit und langfristige Tragfähigkeit ausgerichtetes ökonomisches, ökologisches und soziales Handeln stellt die Grundlage seines Geschäftsansatzes dar.

Nachhaltigkeitsmanagement.

Im Geschäftsjahr 2006 hat die LBBW mit personeller Verstärkung den Aufbau eines systematischen Nachhaltigkeitsmanagements angestoßen. Aktuell wird ein intensiver Dialog mit internen und externen Stakeholdern vorbereitet, damit deren Anliegen Berücksichtigung in der Nachhaltigkeitspolitik der LBBW finden können.

Als Grundlage für die Formulierung und Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitspolitik hat der Vorstand der LBBW im Sommer 2006 Leitsätze verabschiedet. Sie fassen die nachhaltigkeitsrelevanten Aussagen zu den Themenkreisen Unternehmensführung, Geschäftsbetrieb, Bankprodukte, Kommunikation und Marketing sowie zu den Stiftungen der LBBW zusammen.

Das Nachhaltigkeitsmanagement setzt auf dem schon von seinen Vorgängerinstituten Anfang der neunziger Jahre ins Leben gerufenen und der LBBW weiter ausgebauten Umweltmanagement auf. Es wird im Rahmen eines mehrstufigen Planes aufgebaut, dessen Umsetzung im Verlauf des Jahres 2007 vollzogen sein soll. Ebenfalls für 2007 ist die Veröffentlichung des ersten regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichts der LBBW vorgesehen, in dem der bisherige Umweltbericht aufgehen wird.

Nachhaltigkeits-Rating zur Stärkung der Wettbewerbsposition.

Die LBBW hat schon in den letzten Jahren nachhaltige Geldanlagen wie unter anderem Publikumsfonds mit Beteiligungen an regenerativer Energiegewinnung in ihr Produktportfolio aufgenommen. Außerdem wurden zahlreiche auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Projekte insbesondere im Bereich Entsorgung und erneuerbare Energien finanziert. Nachhaltigkeits-

orientierte Kundenberatung insbesondere im Firmenkundengeschäft, die Beratung von Kunden zu öffentlichen Fördermitteln aus Umweltprogrammen sowie Nachhaltigkeitsaspekte im Immobilienbereich und in der Risikobewertung von Krediten stellen weitere Beispiele dar für die Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit im Tagesgeschäft der LBBW.

Als international tätiger Konzern bekennt sich die LBBW zur Einhaltung gebräuchlicher Standards (Eco-Management and Audit Scheme [EMAS] und ISO 14 001) und Transparenzanforderungen wie beispielsweise der Global Reporting Initiative als Benchmark zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Dies gilt insbesondere auch hinsichtlich der Dokumentation und der Teilnahme an Nachhaltigkeits-Ratings durch anerkannte Agenturen wie oekom research oder SIRI Company. Im Nachhaltigkeits-Rating von SIRI im Rahmen einer Analyse mehrerer Pfandbrief- und Anleihe-Emittenten hat die LBBW 2006 deutlich über dem Branchendurchschnitt abgeschlossen.

Die LBBW ist darüber hinaus Mitglied in verschiedenen Umweltorganisationen wie dem Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V. (VfU) sowie der United Nations Environment Programme Finance Initiative (UNEP FI), einer Initiative von über 160 internationalen Finanzdienstleistern in der Umwelt- und Nachhaltigkeitsorganisation der Vereinten Nationen.

Risikobericht.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Die Verantwortung gegenüber Kunden, Eigentümern und Mitarbeitern verpflichtet uns zu einem vorsichtigen Umgang mit den im Bankgeschäft vorhandenen Risiken. Eine weitere Verpflichtung stellt die gesellschaftliche Aufgabe dar, die wir als Bank innehaben: Banken dienen als Katalysator für das Funktionieren des Wirtschaftssystems und haben eine Schlüssel-funktion für dessen Stabilität. Im Rahmen ihrer konservativen Risikopolitik schließt die LBBW daher Geschäfte mit unabwägbaren Risiken aus. Quantifizierbare Risiken geht die LBBW ausschließlich innerhalb klar definierter Limite ein. Diese Leitlinien unseres Handelns stellen Grundlagen unserer Risikopolitik dar und geben den Rahmen unserer Geschäftstätigkeit vor.

Risikopolitik.

Die Grundsätze der Risikopolitik werden vom Vorstand beziehungsweise vom Verwaltungsrat in der Geschäftsstrategie und in den Risikostrategien festgelegt. Auf dieser Basis werden die Methodik zur monatlichen Berechnung der Risikotragfähigkeit und die Anrechnung der Risikokategorien definiert und den Markt- und Marktfolgebereichen in einem Top Down-/Bottom Up-Prozess geschäftspolitische Strategien sowie Ergebnisziele vorgegeben.

Zur Überwachung der Angemessenheit der betriebswirtschaftlichen Kapitalausstattung werden konzernweit die Risiken der Risikotragfähigkeit gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit beschreibt das Potenzial der LBBW, mögliche unerwartete Verluste

aus dem laufenden Ertrag und aus dem Substanzwert aufzufangen. Sie gliedert sich in Schichten, die nach der unterschiedlichen Verfügbarkeit des Kapitals aufgeteilt sind. Hiervon ausgehend setzt der Vorstand eine Verlustobergrenze, die ein konzernweit übergeordnetes Limit für alle derzeit quantifizierbaren Risiken darstellt. Die Verlustobergrenze spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikotragfähigkeit festgelegt. Von der Verlustobergrenze werden Globallimite für die verschiedenen quantifizierbaren Risikokategorien abgeleitet. In der Überwachung der Risikotragfähigkeit werden neben den Risiken im Sinne von potenziellen Verlusten auch tatsächlich eingetretene Verluste berücksichtigt.

Zur einheitlichen Darstellung von Risikomaßzahlen wird der ökonomische Kapitalbedarf («ökonomisches Kapital») berechnet. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es das betriebswirtschaftlich notwendige Kapital, das mit Hilfe von Risikomodellen ermittelt wird. Das ökonomische Kapital wird in der LBBW als Value at Risk (VaR) auf dem hohen Konfidenzniveau 99,95% bzw. als vergleichbares Risikomaß dargestellt. Der LBBW-Konzern hat ein alle quantifizierbaren Risikokategorien umfassendes Limitsystem eingerichtet, das einheitlich auf dieser Basis überwacht wird.

Innerhalb des beschriebenen Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen bzw. Bereichen dezentral getroffen und durch das zentrale Risikocontrolling

zielorientiert überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf die wesentlichen Risiken. 08

Übersicht.

08

Risikokategorie	Beschreibt mögliche ...	
Kreditrisiken Länderrisiken	<ul style="list-style-type: none"> Verluste, die durch den Ausfall oder die Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern entstehen (über erwartete Verluste hinausgehend). Verluste durch Transferprobleme mit dem Sitzland eines Geschäftspartners. 	
Marktpreisrisiken	<ul style="list-style-type: none"> Portfoliowertverluste, die durch Veränderungen der Zinssätze, Aktienkurse, Devisen-, Rohwarenkurse, Volatilitäten u. Ä. ausgelöst werden. 	
Operationelle Risiken	<ul style="list-style-type: none"> Verluste aufgrund des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Einflüssen, inkl. Rechtsrisiken. 	
Liquiditätsrisiken	<ul style="list-style-type: none"> Probleme, Zahlungsverpflichtungen kurzfristig nicht nachkommen oder größere Marktpositionen kurzfristig nicht optimal schließen zu können. 	
Immobilienrisiken	<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste im Immobilienbesitz der Bank. 	
Beteiligungsrisiken	<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste in Konzernunternehmen und Beteiligungen, sofern nicht in den o. g. Risikokategorien enthalten. 	
Sonstige	Strategische Risiken	<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste aufgrund strategischer Entscheidungen.
	Geschäftsrisiken	<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste durch einen schlechteren Geschäftsverlauf als erwartet.
	Reputationsrisiken	<ul style="list-style-type: none"> Wertverluste aufgrund einer Schädigung der Reputation bei Kunden, Mitarbeitern, ...

In 2006 wurde die VaR-Berechnung der Kreditrisiken auf eine neue Basis gestellt. Die Berechnung der Marktpreisrisiken wurde weiter differenziert. Ein VaR-Ansatz für die Berechnung der Operationellen Risiken ist in Entwicklung. Neu implementiert wurde die Messung und Überwachung der Beteiligungsrisiken und Immobilienrisiken. Die in der Übersicht unter Sonstige genannten Risikokategorien sind schwer zu quantifizieren und werden über Risikopuffer in der Risikotragfähigkeit abgedeckt.

In die Prozesse der Risikoüberwachung sind die Geschäfte der ausländischen Niederlassungen der LBBW einbezogen, sowie die wesentlichen Tochter-

gesellschaften. Bezüglich deren Risiken gilt, soweit möglich, das Transparenzprinzip. Das bedeutet, dass die relevanten Einzel-Risikopositionen der entsprechenden Töchter vollständig in die Risikobetrachtungen einbezogen werden sollen.

Risikomanagement.

Im Risikomanagement unterscheidet die LBBW zwischen der Makroebene, das heißt dem Risikomanagement auf übergeordneter Basis (Konzern-, Gesamtbank-, Bereichs- bzw. Portfolioebene) und der Mikroebene, dem Risikomanagement auf Ebene einzelner Geschäfte oder Sachverhalte.

Makroebene.

Der Vorstand steuert und begrenzt die Gesamtrisikoposition mittels Globallimiten, innerhalb der Risikotragfähigkeit.

Den größten Anteil an den Globallimiten haben die Kreditrisiken. Der Vorstand steuert und limitiert diese nach strukturellen Gesichtspunkten.

Die Portfoliosteuerung der kapitalmarktfähigen Positionen liegt beim Bereich Credit Capital Markets. Mit Hilfe von Kreditindizes und Portfoliotransaktionen werden systematische Risiken im Portfolio abgesichert und neue Positionen im Rahmen der Risiko-/Ertragsoptimierung eingegangen.

Die aus den Geschäftsaktivitäten der Marktbereiche und einzelner Tochtergesellschaften der LBBW resultierenden Länderrisiken (Transferrisiken) sind in einem Länderlimitsystem erfasst. Die jeweiligen Länderlimite werden auf Vorschlag des Länderlimitausschusses vom Vorstand festgelegt.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken auf der Makroebene sowie den strategischen Aufbau von Marktpreisrisikopositionen hat der Vorstand an den Vorstandsausschuss Disposition delegiert. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um die Anlage von Eigenmitteln und um gezielte Fristentransformation in Euro und Fremdwährungen. Neben den Zinspositionen bestehen Positionen in Währungen, Aktien und in geringem Umfang in Rohstoffen. Die vom Bereich Treasury erarbeiteten Vorschläge zur strategischen Positionierung werden dem Vorstandsausschuss Disposition im Rahmen der monatlich stattfindenden Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt. Diesem Gremium gehören zwei Vorstandsmitglieder und in beratender Funktion verschiedene Bereichsleiter an. Die Ergebnisse werden an den Gesamtvorstand berichtet.

Insbesondere der Vorstand und die Führungskräfte haben die Aufgabe, eine gelebte Risikokultur im Umgang mit Operationellen Risiken sicherzustellen.

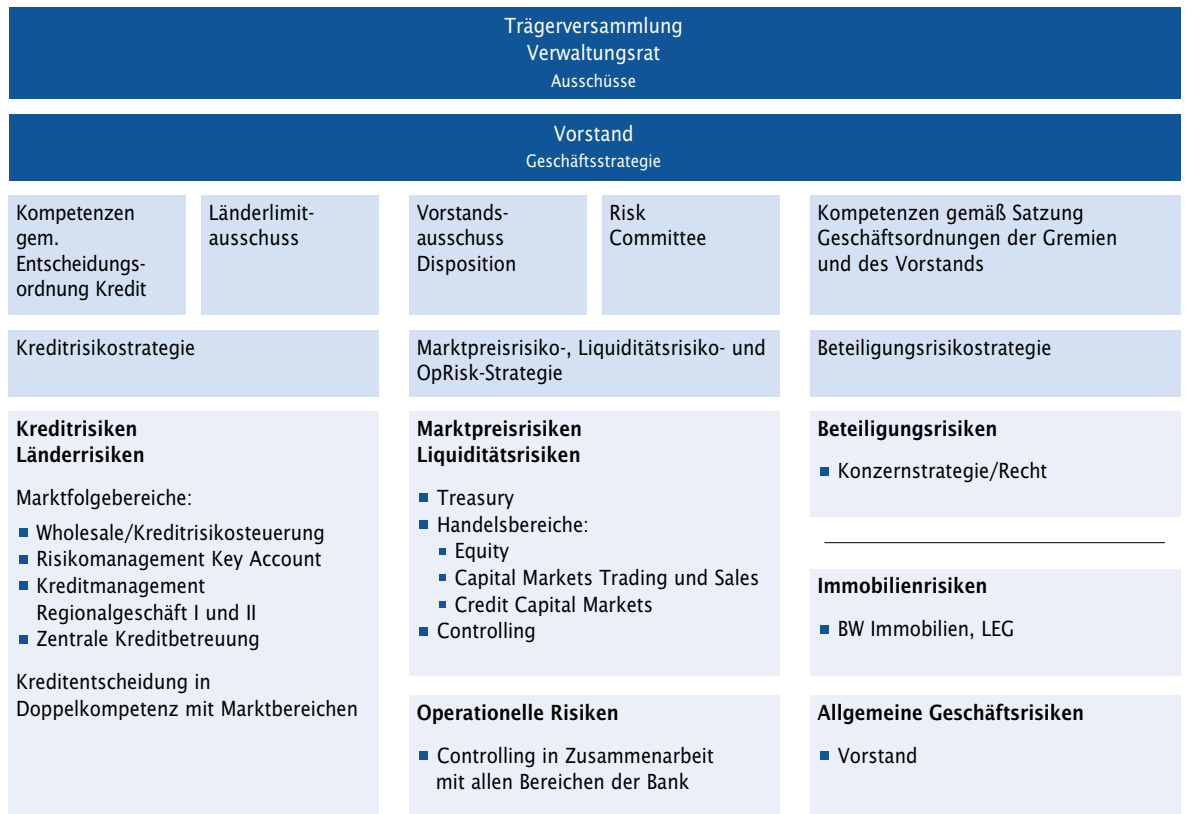
Die Liquiditätssteuerung als geschäftsfeldübergreifende Aufgabe sowie die Steuerung des langfristigen Refinanzierungsrisikos aus den Bankbuchpositionen nimmt der Bereich Treasury wahr. Die Risikoüberwachung obliegt dem Risikocontrolling.

Die Entscheidungen über Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen und die damit verbundenen Risiken werden je nach Größenordnung und/oder Bedeutung durch Aufsichtsgremien oder den Vorstand getroffen. Aufgabe des Bereichs Konzernstrategie ist es, Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen vorzubereiten und Vorschläge zur strategischen Ausrichtung der Beteiligungen zu erarbeiten. 09

Mikroebene.

Für das Risikomanagement der Kreditrisiken auf Einzelkreditenebene sind die Marktfolgebereiche zuständig. Sie entscheiden zusammen mit dem Markt im Rahmen der Kreditrisikostrategie sowie ihrer gestaffelten Kompetenzen und tragen damit den unterschiedlichen Risiken der Einzelengagements Rechnung. In den Markt- und Marktfolgebereichen werden die Kundenverbindungen geführt, Engagemententscheidungen getroffen sowie bankweit verbindliche Kreditlinien gesetzt und überwacht. Hier wird mit Hilfe der vom Kreditrisikocontrolling zur Verfügung gestellten Instrumente die Bonität der Kreditnehmer und Handelskontrahenten beurteilt.

Die operative Steuerung der Marktpreisrisiken ist Aufgabe der Handelsbereiche und von Treasury. Die Zinsänderungsrisiken aus den Neugeschäften mit Kunden schließt der Bereich Treasury im Wesentlichen zeitnah durch Gegengeschäfte.



In den Handelsbereichen sind entsprechend den jeweiligen Produktzuständigkeiten die Trading- und Sales-Einheiten der Bank zusammengefasst:

- Die Aufgabe der Sales-Einheiten liegt im Abschluss von Handelsgeschäften mit Kunden und der Akquisition bzw. Pflege von Verbindungen zu institutionellen Investoren. Sie gehen darüber hinaus keine Risiko-Positionen ein.

- Die Trading-Einheiten sind in erster Linie für den Eigenhandel der Bank zuständig. Daneben werden die Marktpreisrisiken aus denjenigen Geschäften der Sales-Gruppen, die nicht zur Absicherung durch den Bereich Treasury vorgesehen sind, in Handelsbücher übernommen. Die Führung der Handelsbücher erfolgt auf Mikroebene im Rahmen der vom Vorstand genehmigten VaR-Limite. Die Trading-Einheiten tragen hierfür die Marktpreisrisiko- und Ergebnisverantwortung.

Die Vermeidung bzw. Minimierung von Operationellen Risiken der LBBW ist in erster Linie Aufgabe der betroffenen Fachbereiche in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stabsbereichen (u.a. IT/Organisation bzw. Personal). Jeder Mitarbeiter ist zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Operationellen Risiken aufgerufen. Aufgabe der Rechtsabteilungen im Bereich Konzernstrategie ist es, Rechtsrisiken zu identifizieren und zu reduzieren. Sie werden hierbei von den Fach- und Stabsbereichen unterstützt und entsprechend informiert.

Weitere Funktionen.

Um die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, der Eigenkapitalstruktur und der Eigenkapital-Zielgrößen des LBBW-Konzerns sicherzustellen, wurde in 2006 ein Capital Committee eingerichtet. Dem Capital Committee gehören drei Vorstände und verschiedene Bereichsleiter an.

Der Abwicklungs- und Kontrollbereich Back Office Financial Markets ist unter anderem für die Qualität der in den Risikomessprozessen zu verarbeitenden Bestandsdaten aus den handelsbezogenen Zuliefer-systemen verantwortlich.

Der Bereich IT/Organisation hat in erster Linie die einwandfreie Funktionsfähigkeit aller DV-Systeme sicherzustellen.

Der Bereich Revision überwacht prozessunabhängig alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der Bank zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Revision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Revision überwacht auch die Erledigung offener Prüfungsfeststellungen und die Umsetzung von Empfehlungen.

Risikocontrolling.

Das Risk Committee unterstützt den Vorstand bei der Überwachung der Risikotragfähigkeit und der Globallimite, sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen (insbes. MaRisk). Die Zuständigkeit des Risk Committee liegt insbesondere bei Marktpreisrisiken und Operationellen Risiken. Diesem monatlich tagenden Ausschuss gehören zwei Vorstände und verschiedene Bereichsleiter an.

Die Risikocontrolling-Einheiten sind zuständig für die Auswahl bzw. die Entwicklung von geeigneten Systemen und Prozessen zur bankweit einheitlichen Positionsbewertung sowie zur Quantifizierung von Risiken und deren Überwachung.

Das Risikocontrolling für Kreditrisiken und die Überwachung der Länderlimite auf der Basis des bankweiten Länderlimitsystems nimmt der Bereich Wholesale/Kreditrisikosteuerung wahr. Die hier entwickelten mathematisch-statistischen Ratingverfahren stellen das zentrale Element im Prozess der Risikobeurteilung dar. Die Ratingnote als Beurteilungsergebnis spiegelt dabei eine standardisierte Einschätzung der Bonität eines Kunden wider und beinhaltet sowohl quantitative als auch qualitative Merkmale. Die operative Überwachung der Kreditrisiken auf der Ebene der einzelnen Geschäfte ist im Wesentlichen auf die diversen zentralen bzw. regionalen Marktfolgebereiche verteilt.

Für die Marktrisikopositionen werden täglich im Bereich Controlling auf Mark-to-Market-Bewertungen basierende betriebswirtschaftliche Ergebnisse und Marktpreisrisiko-Kennziffern (VaR) errechnet und den entsprechenden Portfoliolimiten gegenüber gestellt. Die Berechnung der gesamtbankweiten Zinsänderungsrisiken unterstützt die Aktiv-/Passiv-Steuerung im Bereich Treasury. Mittels Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten Schätzverfahren sichergestellt.

Für die Erkennung Operationeller Risiken werden unter anderem Schadensfälle zentral gesammelt und analysiert, existierende Prozesse auf deren Anfälligkeit für diese Risiken untersucht und entsprechende risikovermeidende Prozessanpassungen unterstützt. Die Überwachung der Immobilien- und Beteiligungsrisiken wird ebenfalls im zentralen Risikocontrolling vorgenommen.

Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

MaRisk.

Die bisherigen Mindestanforderungen für Handelsgeschäfte (MaH), Kreditgeschäfte (MaK) und die Interne Revision (MaIR) wurden mit Veröffentlichung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement, kurz MaRisk, am 22.12.2005 abgelöst.

Durch die MaRisk werden Anforderungen des § 25a Abs. 1 KWG konkretisiert und die Anforderungen aus Basel II, Säule 2 in nationales Recht umgesetzt. Im Vergleich zu den bisherigen Mindestanforderungen wurden die allgemeinen Regelungen zum Risikomanagement ausgeweitet und Anforderungen zu Liquiditätsrisiken, Operationellen Risiken sowie Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch explizit aufgenommen. Letztendlich soll damit gewährleistet werden, dass die wesentlichen Risiken mit genügend internem Kapital abgedeckt sind.

Die Anforderungen der MaRisk werden damit die Messlatte der qualitativen Bankenaufsicht im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überwachungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process) sein.

Im Frühjahr 2006 wurde eine MaRisk-Gapanalyse durchgeführt. Im Anschluss wurden die noch nicht adressierten Anforderungen der MaRisk als Projektaufträge in die Umsetzung übergeben. Parallel zu den Umsetzungsaktivitäten begleitet die LBBW aktiv die Fachgremiumssitzungen MaRisk der Aufsicht. Ergänzungen werden in die laufenden Projekte eingesteuert.

SolvV/ Basel II.

Durch die Umsetzung der Anforderungen der neuen Eigenmittelvorschriften Basel II, CRD (Capital Requirements Directive), SolvV (Solvabilitätsverordnung), MaRisk für Kredit-, Marktpreis- und Operationelle Risiken wird die LBBW die Eigenkapitalunterlegung dem ökonomischen Risiko weiter annähern.

Mit Abschluss des »Projektbündels Basel II« zum 31.03.2006 wurden die Basel II Anforderungen in der LBBW umfassend umgesetzt. Auf Grundlage einer neuen Systemarchitektur wurde u. a. eine neue zukunftsfähige Meldewesenlösung implementiert. Andere wesentliche Leistungen betreffen die Weiterentwicklung von Rating- und Scoringverfahren, des Sicherheitenmanagementsystems und einer konzernfähigen Lösung für Operationelle Risiken.

Zum 01.06.2006 stellte die LBBW den Änderungsantrag auf IRBA-Zulassung zum 01.01.2008. Die Prüfungshandlungen von Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und Bundesbank dauern an und erstrecken sich bis Ende 2007.

Nahtlos nach Abschluss des »Projektbündels Basel II« wurde zum 01.04.2006 das »Projektbündel SolvV« eingerichtet. In diesem sind alle Aktivitäten der nationalen Umsetzung von Basel II auf Instituts- und Konzernebene zusammengefasst, die zur Erfüllung der Anforderungen der SolvV und MaRisk erforderlich sind.

Für 2007 hat die LBBW die Übergangsbestimmung gem. § 339 Abs. 9 SolvV in Anspruch genommen und wird wie bisher den Grundsatz I zur Bestimmung der Eigenkapitalanforderungen anwenden. Unabhängig davon erfolgt Ende Januar 2007 der erste Testlauf auf Basis der zukünftigen SolvV-Meldungen.

Ab 2008 beabsichtigt die LBBW auf Basis des IRBA-Basis-Ansatzes zu melden. Hierzu werden die projektierten Maßnahmen und das aufsichtsrechtliche Zulassungsverfahren gemäß den Planungen fortgesetzt.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Mit Inkrafttreten des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) am 19.07.2005 muss gemäß § 27 PfandBG ein Risikomanagementsystem vorhanden sein, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit diesem Geschäftssegment verbundenen Risiken sicherstellt. Zur Erfüllung dieser Anforderungen wurden an den Risikomanagementsystemen Ergänzungen vorgenommen, so dass für das Pfandbriefgeschäft die Kreditrisiken, Marktpreisrisiken, Operationellen Risiken und Liquiditätsrisiken abgedeckt werden.

Für die Risiken ist ein differenziertes Limitsystem vorhanden. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limits erreicht werden, wurde ein Verfahren für die Risikorückführung festgelegt. Im Rahmen des Reporting wird der Vorstand vierteljährlich über die Auslastung unterrichtet. Das Risikomanagementsystem wird jährlich einer Überprüfung unterzogen.

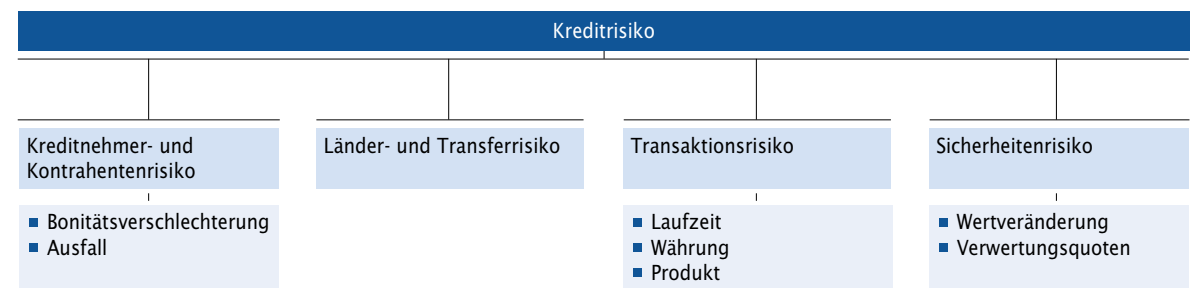
Die externe Veröffentlichung gemäß § 28 PfandBG (Transparenzvorschriften) erfolgt vierteljährlich über die Internetseite der LBBW.

Kreditrisiken.

Kreditrisiken werden bei der LBBW als mögliche Wertverluste definiert, die durch Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern, anderen Kontrahenten, durch Wertveränderung von Sicherheiten oder durch die Auswirkungen von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Devisenverkehrs (Transferrisiken) entstehen. 10

Systematisierung des Kreditrisikos.

10



Der Umgang mit Kreditrisiken erfolgt auf zwei Ebenen. Auf der Kundenebene (Mikroebene) werden einerseits die Bonität der einzelnen Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheiten beurteilt. Andererseits werden transaktionsspezifische Risiken (Laufzeit, Währung, Produkt) und Sicherheiten, die zur Risikoreduzierung dienen sollen, bewertet. Um das Management von Einzelrisiken angemessen zu gewährleisten, sind den geschäftsorientierten Markt Bereichen mit umfassender Entscheidungsbefugnis ausgestattete Marktfolgebereiche gegenübergestellt. Organisatorisch wurde hierbei im Geschäft mit der Vielzahl der kleineren und mittleren Unternehmenskunden ein dezentral organisiertes Risikomanagement gewählt. Dadurch sind kurze Wege, die Nähe zum Kunden, schnelle, nachvollziehbare Entscheidungen sowie eine fortlaufende Engagementbetreuung gewährleistet. Im

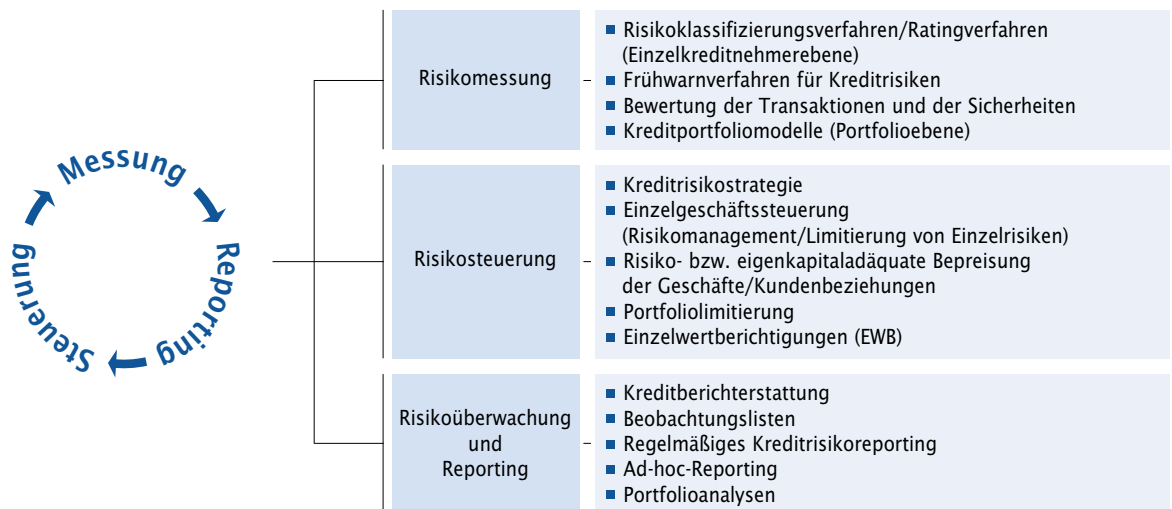
Geschäft des Wholesale-Bereiches (Financial Markets und Structured Finance) sowie für große Unternehmen, Geschäftskunden, Freiberufler und Retail-Clients (insbesondere Privatkunden) wurde ein zentraler Risikomanagementansatz realisiert. Die Stärken liegen in der Bündelung von Informationen und Know-how sowie in einer rationellen Bearbeitung des Retail-Client-Geschäfts.

Auf der zweiten Ebene (Makroebene) richtet sich der Fokus auf Teilportfolien (unter anderem Länder- und Branchenrisiken) beziehungsweise auf das Gesamtportfolio. Dabei ermitteln wir mittels quantitativer Modelle die Risikopotenziale, die sich aus dem Zusammenwirken der Einzelrisiken ergeben. Das Risikomanagement auf Portfolioebene ist grundsätzlich zentral organisiert.

Management der Kreditrisiken.

Das Kreditrisikomanagement der LBBW erfolgt in drei stark miteinander verzahnten und sich gegenseitig beeinflussenden Phasen: **11**

11



Messung auf Mikroebene.

Kreditnehmer- und Kontrahentenrisiko.

Die Bonität bestehender und neuer Kundenbeziehungen wird primär mittels Ratingverfahren beurteilt, deren Ziel die Einschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit und die Zuweisung einer entsprechenden Ratingklasse ist. ¹²

Masterskala der LBBW.

12

Ratingklasse	durch. PD	
AAAA	0,00 %	Investment-Grade
AAA	0,01 %	
AA+	0,02 %	
AA	0,03 %	
AA-	0,04 %	
A+	0,05 %	
A	0,07 %	
A-	0,09 %	
2	0,12 %	
3	0,17 %	
4	0,26 %	
5	0,39 %	
6	0,59 %	Non-Investment-Grade
7	0,88 %	
8	1,32 %	
9	1,98 %	
10	2,96 %	
11	4,44 %	
12	6,67 %	
13	10,00 %	
14	15,00 %	
15	20,00 %	
16	100,00 %	Ausfallklassen
17	100,00 %	
18	100,00 %	

Grundlage für die Einstufung ist die Analyse der offenzulegenden wirtschaftlichen Verhältnisse. In Abhängigkeit von der Kundengruppe muss die Analyse allerdings durch die Beurteilung der Marktverhältnisse, der Produktqualität, der Wettbewerbssituation, des Managements sowie von Cashflow- und zukunftsbezogenen Daten ergänzt werden. Um erhöhte Ausfallrisiken oder Bonitätsverschlechterungen frühzeitig zu erkennen, werden laufend neben der Entwicklung der Gesamtverschuldung, Kontobewegungen und Branchenprognosen auch sonstige geeignete interne und externe Informationsquellen genutzt.

Die oben genannten Verfahren sind vollständig in die Kreditprozesse integriert. Ihre Anwendung und Weiterentwicklung stellt eine zentrale Aufgabe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Marktfolgeeinheiten dar. Unsere internen Risikoklassifizierungs- und Ratingverfahren haben sich in den letzten Jahren als aktives Risikomanagementinstrument durchgesetzt. Dies wird nicht zuletzt von den verhältnismäßig niedrigen Ausfällen im Kreditgeschäft als Folge der Bonitäts- und Cashflow-orientierten Kreditvergabepraxis bestätigt. Die Trennschärfe (Prognosequalität) unserer Ratingverfahren sowie jeder einzelnen Ratingkomponente und deren Zusammenwirkung wird regelmäßig durch Backtestings überprüft. Diese auf Basis beobachteter Ausfallraten durchgeführten Qualitätskontrollen bestätigen nicht nur die Einhaltung von Mindeststandards, sondern decken auch Schwächen der Systeme auf und geben so Impulse für Weiterentwicklungen.

Länder- und Transferrisiko.

Die Länderrisiken werden in der LBBW mit einem Basel II-konformen Länderrating gemessen und mit einem Länderrisikofrühwarnsystem beobachtet. Kernpunkte des Ratingverfahrens sind die wirtschaftliche Lage, das politische Umfeld sowie binnen- und außenwirtschaftliche Entwicklungen des jeweiligen Landes.

Transaktionsrisiko.

Hierunter sind insbesondere unsichere Änderungen der Nettozahlungen aufgrund von Wechselkursbedingten Neubewertungen zukünftiger Ein- und Auszahlungen aber auch laufzeitbedingte sowie produktspezifische Risiken zu verstehen.

Dabei werden alle in Kreditäquivalente übersetzten Risiken bei einer Kreditnehmereinheit – gegebenenfalls auch objektbezogene Finanzierungen, soweit materiell relevant – zu einem Gesamtbligo zusammengefasst. Der Kreditäquivalenzbetrag beziffert dabei die Kosten, die beim Ausfall eines Kontrahenten für den Ersatz der mit ihm abgeschlossenen Geschäfte anfallen. In Abhängigkeit von der jeweiligen Kreditart werden unter Verwendung historischer Daten Schätzungen der Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure At Default, EAD) beziehungsweise der Kreditumrechnungsfaktoren (CCF) durchgeführt.

Sicherheitenrisiko.

Die Bewertung der verschiedenen Sicherheitenarten basiert auf dem Zeitwert der Sicherungsobjekte, den historischen Erlösquoten und einem sicherheitenspezifischen Abschlag. Ein Sicherheitenmanagementsystem ist weitgehend in die Kreditprozesse integriert.

Die vollständige systemseitige Erfassung der Sicherheiten und die realistische Einschätzung der Sicherheitenerlöse bei Verwertung sowie der EAD bilden die Grundlage für die Prognose der Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Die Ergänzung der Kunden-Ausfallwahrscheinlichkeiten mit diesem Wert ermöglicht eine detaillierte Quantifizierung der Verlustpotenziale aus den einzelnen Kreditengagements. In einem Gemeinschaftsprojekt mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) haben wir für den Bereich private Baufinanzierungen auf der Basis verwerteter Kreditfälle vergangener Jahre eine Methodik zur Ex-Ante Schätzung von EAD und LGD entwickelt. Die Einführung ist für das 2. Quartal 2007 vorgesehen. Bei Projektfinanzierungen einschließlich Schiffs- und Flugzeugfinanzierungen sind entsprechende Verfahren bereits Bestandteil der Transaktionsbewertungen. Für die übrigen Geschäftsfelder (Corporates, Unternehmenskunden, Internationale Gebietskörperschaften, Immobilienunternehmen, Financial Institutions) behalten wir bis zur Implementierung von belastbaren statistischen Modellen die bisherige vorsichtige Betrachtung der Sicherheiten bei.

Messung auf Makroebene.

Die Kreditrisiken der LBBW werden auf Makroebene per Credit-Value-at-Risk (CVaR) gemessen und limitiert. Der CVaR bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios, der mit der vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont 1 Jahr nicht überschritten wird.

Um den CVaR zu ermitteln, verwendet die Bank ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden so modelliert, dass Korrelationen zwischen Ratingklassen, Branchen, etc. angemessen berücksichtigt werden. Die Kreditexposures werden einer Mark-to-Model-Bewertung unterzogen, die Berechnung ist Barwert-orientiert. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz.

Der CVaR-Ansatz weist den unerwarteten Verlust aus, der nicht bereits über den erwarteten Verlust (vergleichbar mit der Bildung von Wertberichtigungen) berücksichtigt ist. Für den CVaR spielen Konzentrationsrisiken eine entscheidende Rolle: Branchenkonzentrationen und Größenkonzentration einzelner Kreditnehmer erhöhen das Portfoliorisiko, Granularität und Diversifikation vermindern dieses.

Im Jahr 2006 wurde die Risikoquantifizierung als CVaR in der LBBW nach Integration des BW-Bank-Datenhaushalts auf eine bankweit einheitliche Datenbasis gestellt, um die Berechnung in 2007 weiter in die vierteljährliche Kreditrisiko-Berichterstattung zu integrieren.

Entsprechend der Geschäftsausrichtung der LBBW bestehen Schwerpunkte im Bereich Banken/Financials/ Öffentliche Haushalte. Die bisherigen Berechnungen haben gezeigt, dass die LBBW darüber hinaus über ein gut diversifiziertes Kreditportfolio verfügt.

Die wesentlichen Tochtergesellschaften wurden in 2006 in die Limitierung auf CVaR-Basis eingegliedert. Aus Kreditrisiken sind für die LBBW konzernweit keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

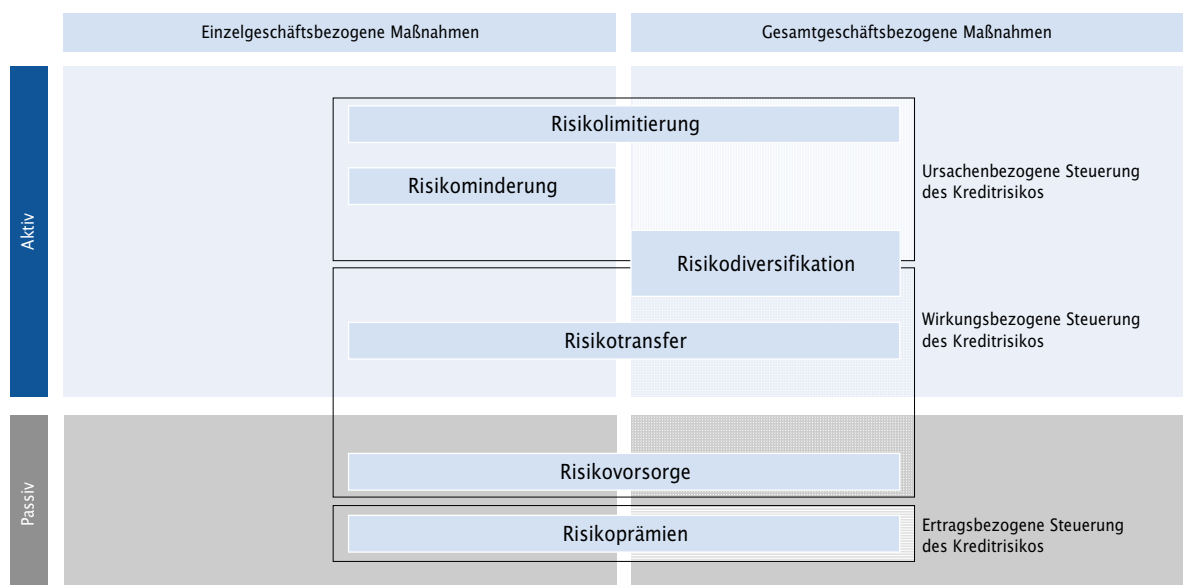
Steuerung.

Die Kreditrisikostategie ist die Grundlage des konzernweiten Kreditrisikomanagements der LBBW. Die für einen rollierenden Planungshorizont von jeweils drei Jahren aufgebaute Kreditrisikostategie wird fortlaufend weiterentwickelt. Ihre Aufgabe ist es, die aus den unternehmenspolitischen Zielen und den Erwartungen der Eigentümer resultierende Risikoneigung in konkrete Handlungsvorgaben für das Kreditgeschäft zu transferieren. Dabei orientiert sich die Kreditrisikostategie an den aktuellen wirtschaft-

lichen Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank. Wesentliche Bestandteile sind quantitative, Risk-Return- sowie geschäftsfeldspezifische Vorgaben für das Einzelgeschäft beziehungsweise definierte Geschäftsfelder und Teilportfolien. ¹³

Systematisierung der Steuerungsmöglichkeiten.

13



Risikolimitierung.

Die Limitierung auf Einzelgeschäftsebene findet zum einen dadurch statt, dass grundsätzlich Kredite nur an Kreditnehmer mit einer Mindestbonität vergeben werden. Darüber hinaus werden Kredithöhe, Laufzeit und Sicherheitenstruktur an die Bonität der jeweiligen Kreditnehmer beziehungsweise an die Risikotragfähigkeit unseres Institutes gekoppelt.

Im seit 2001 permanent weiterentwickelten Limitensystem der LBBW zur Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken wird eine mehrdimensionale Limitierung angewendet, wobei je nach Risikorelevanz und geschäftspolitischen Erfordernissen weiche (flexible Handhabung im Grenzbereich) oder harte (kein Handlungsspielraum) Limite möglich sind. Grundlage der Limitierungen ist die Höhe des nominalen Kreditvolumens.

Risikominderung.

Im Rahmen der Risikosteuerung hat die Sicherheitenstrategie weiterhin hohe Bedeutung. Zur effektiven Begrenzung von Verlustpotenzialen werden insbesondere bei Krediten an Kreditnehmer in den schwächeren Bonitätsklassen verstärkt Sicherheiten hereingenommen. Eine weitere Reduzierung der Kreditrisiken erfolgt durch konsequente Nutzung von Nettingrahmenverträgen und Collateral-Vereinbarungen mit unseren Geschäftspartnern, welche die Deckung der nach Mark-to-Market ermittelten Nettopositionen aus beispielsweise OTC-Derivaten durch Geldleistungen oder sonstige liquiden Sicherheiten regeln.

Risikotransfer.

Ein Risikotransfer findet bei der LBBW im Rahmen von Syndizierungen, der Durchführung von ABS-Transaktionen aber auch der Anwendung von synthetischen Transaktionen statt. Die Syndizierungen bieten dabei auf der Einzelgeschäftsebene die Möglichkeit der anteiligen Aufteilung eines Kredites auf mehrere Kreditinstitute, welche bei einem Ausfall des Kredites in der Regel den gleichen Konkursrang haben. Zum Transfer von Risiken durch synthetische Transaktionen werden unter anderem mittels Credit Default Swaps Kreditrisiken von der zu Grunde liegenden Position getrennt und isoliert auf andere Marktteilnehmer übertragen. Synthetische Transaktionen ermöglichen uns, Kreditrisiken sowohl auf Einzelengagementebene als auch auf Portfolioebene abzusichern, ohne dass dadurch die Kundenbeziehung beeinflusst wird.

Risikoprämie.

Die rentabilitätsmäßige und risikoseitige Steuerung der Einzelgeschäftsabschlüsse stellt einen wesentlichen Baustein der Gesamtbanksteuerung der LBBW dar.

Der risikoadäquate **wirtschaftliche Ergebnisbeitrag** ist eine wesentliche Grundlage für den Abschluss eines Geschäfts. In der LBBW werden im Rahmen der Vorkalkulation Geschäfte auf Einzelgeschäftsbasis verbindlich mit dem Produktvorkalkulations-Schema kalkuliert. Bei der Kalkulation werden die Komponenten Kapitalspannen (Eigenkapitalkosten), Bedarfsspanne (Marktfolgekosten) sowie die Risikospanne (erwarteter Verlust) berücksichtigt. 14

Vorkalkulation.

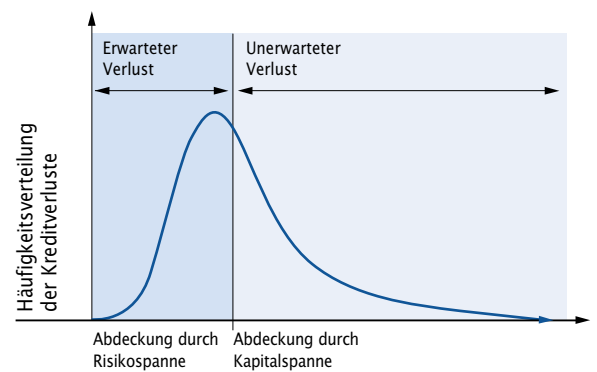
14

OZ Einstandszins (eff.)
+ Risikospanne
+ Kapitalspanne
+ Bedarfsspanne
Mindestmarge Kunde

Die Risikospanne entspricht den kalkulatorischen, erwarteten Risikokosten und leitet sich aus durchschnittlichen Werten tatsächlich erfolgter Kreditausfälle der Vergangenheit ab. Ein entsprechendes Kompetenzgefüge stellt den zielgerichteten Einsatz der Vorkalkulation sicher.

Die Ergebnisse der Vorkalkulation sind konsistent in der Nachkalkulation enthalten. 15

15



Die Vorgehensweise bei der marktgerechten Preisfindung und der betriebswirtschaftlichen Vorkalkulation hat sich bewährt und sichert damit letztlich im Kundeninteresse liegende, aufwandsgerechte und wettbewerbsfähige Preise im Kreditgeschäft.

Risikoversorge.

Die Risikoversorgestrategie der LBBW hat als Instrument der passiven Risikosteuerung das Ziel, wahrscheinliche Verluste aus dem Kreditgeschäft durch geeignete Kapitalunterlegungsmaßnahmen aufzufangen. Engagements mit Leistungsstörungen und Sanierungsbedarf werden in der Regel zur weiteren Bearbeitung an den Bereich Zentrale Kreditbetreuung abgegeben. Diesem obliegt grundsätzlich die Entscheidung über die weitere Begleitung des Engagements beziehungsweise die Kündigung und die Durchführung von Zwangsmaßnahmen. Auslandsengagements, Kredite aus dem Wholesale-Bereich sowie gewerbliche Immobilienfinanzierungen verbleiben aufgrund der spezifischen Besonderheiten bei der zuständigen Fachabteilung, die jedoch zwingend ein Votum des Bereichs Zentrale Kreditbetreuung einzuholen hat. Sofern der Wert der Sicherheiten das Engagement nicht abdeckt, wird die Höhe des notwendigen Einzelwertberichtigungsbedarfs (EWB) festgelegt. In jedem Einzelfall erfolgt eine Dokumentation der Überlegungen und Anlässe, die zur Bildung einer EWB geführt haben. Dabei wird die aktuelle Situation des Kreditnehmers durch Sanierungsprognosen ergänzt.

Überwachung und Reporting.

Die jeweils zuständigen Risikomanager sind in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Markt-bereichen für die Festlegung der mit der Kreditrisikostategie der Bank übereinstimmenden Strategie auf Einzelkundenebene verantwortlich. Darüber hinaus überwachen sie auch die Umsetzung. Die Dokumentation erfolgt bei der turnusmäßigen Kreditberichterstattung beziehungsweise – bei bedeutenden Risiken – in Rahmen von Beobachtungslisten. Zur Darstellung der Gesamtrisikolage hat die LBBW ein umfangreiches Reporting, das neben dem Vorstand auch die Führungskräfte der Markt- und Marktfolgeeinheiten in regelmäßigem Turnus über die aktuellen Entwicklungen informiert. Dabei werden aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen über die gesetzlichen Anforderungen hinaus Analysen durchgeführt, die ein schnelles Einleiten von gegensteuernden Maßnahmen auf konjunkturelle Einflüsse und unerwünschte Portfolioveränderungen ermöglichen. Zusätzlich besteht ein Ad-hoc-Reporting, das zuständige Entscheidungsträger über bedeutende oder außergewöhnliche Ereignisse/Risiken unverzüglich unterrichtet. Der Detaillierungsgrad und Umfang der Analysen und Reportings wird fortwährend weiterentwickelt.

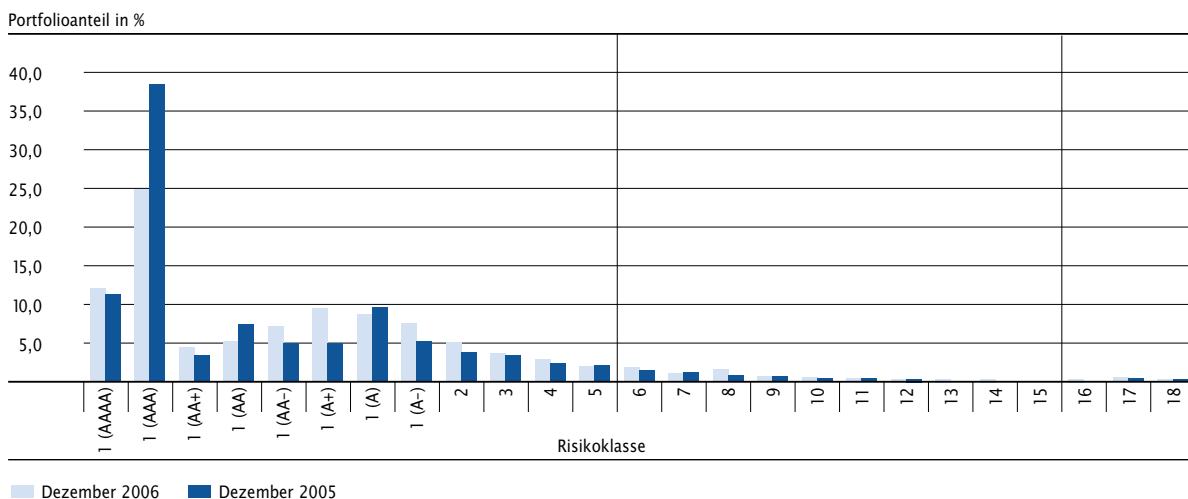
Die Rahmenbedingungen für den Kreditprozess werden ebenfalls regelmäßig unter Risiko- und Effizienzgesichtspunkten überprüft und verbessert. Einem Bürokratieaufbau wird aktiv entgegengesteuert. Die Kreditregelwerke dienen einem verantwortungsbewussten und risikoorientierten Umgang mit dem Kreditgeschäft. Gleichermaßen geben sie einen risikoadäquaten Rahmen, um flexibel und kundenorientiert auf die Dynamik des Marktes eingehen zu können.

Zusammenfassung.

Wie in den vergangenen Jahren ist die Qualität des Portfolios gut, mit einem Anteil von rund 93% des gerateten Nettoforderungsbestandes im Investmentgrade-Bereich, etwa 6% im Non-Investment-Bereich und nur 1% in der Restrukturierung oder der Abwicklung. **16**

Verteilung des Forderungsbestandes nach Risikoklassen LBBW-Bank.

16



Die Basis, um unsere gute Kreditportfoliostruktur und das Risk-Return-Verhältnis beizubehalten bzw. zu verbessern, ist ein modernes und aktives Risikomanagement, das sich neuen Anforderungen zeitnah anpasst. Dies betrachten wir als dynamischen Prozess, der schnell sich verändernde Marktsituationen berücksichtigt und möglichst frühzeitig antizipiert.

Risikolage.

Gesamtbank.

Im vergangenen Jahr ist Europas Wirtschaft seit langem wieder einmal stärker gewachsen als die der USA. Dabei zieht insbesondere die konjunkturelle

Expansion in Deutschland, die ein so hohes Tempo erreicht hat wie seit sechs Jahren nicht mehr, den zusammenwachsenden Euroraum mit. Laut dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IFW) wurde mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,5% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2005 die Wachstumsrate des Produktionspotenzials deutlich übertroffen. Dabei hat sich der Aufschwung weiter verbreitert, denn auch die Inlandsnachfrage hat kräftig zugenommen. Ihr Wachstumsbeitrag war sogar doppelt so groß wie der des Außenbeitrags, der in den Jahren zuvor die wesentliche Stütze der Konjunktur gewesen war. Die Situation auf dem

Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Die Zahl der Arbeitslosen sank um rund 700.000 auf unter vier Millionen und der mehrjährige Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wurde gestoppt.

Im Bundesvergleich heben sich die Kernmärkte Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz weiterhin positiv durch vergleichsweise günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen ab. Der konjunkturelle Schwung in Baden-Württemberg kam sowohl von der Exportseite als auch aus allen Bereichen der inländischen Verwendung. Angesichts deutlich gesteigener Kapazitätsauslastung investierten die Unternehmen kräftig und nahmen sogar in beachtlichem Maße Erweiterungsinvestitionen vor. Baden-Württemberg war 2006 mit dem höchsten Wachstum der letzten 14 Jahre und

einer mit 3,2% deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegenden Zuwachsrate Konjunkturlokomotive für ganz Deutschland. Auch wies Baden-Württemberg mit unter 6 % die im Ländervergleich niedrigste Arbeitslosenquote auf.

Die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind, neben der erfolgreichen Ausrichtung des Kreditrisikomanagements, ein Grund für das Ergebnis der LBBW im vergangenen Jahr.

Das Gesamtportfolio des LBBW-Konzern ist auf unterschiedliche Größenklassen verteilt. Im Einklang mit unserer Risikopolitik befinden sich die großen Engagements ausschließlich in besten Bonitätsklassen.

17

Verteilung des Forderungsvolumens (Linien) auf Größenklassen nach Einzelkreditnehmern per 12/06 LBBW-Bank:

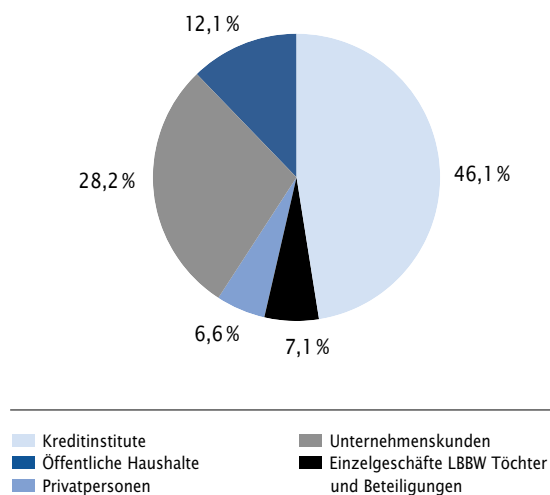
17

bis ... Mio. EUR	in %	kum. %	Cluster %
0,5	5,2	5,2	18,6
1	0,9	6,2	
5	2,7	8,9	
10	1,9	10,8	
50	7,8	18,6	25,0
100	5,7	24,3	
500	19,3	43,5	49,4
1 000	12,5	56,0	
2 000	15,1	71,1	
3 000	8,7	79,8	
5 000	8,6	88,4	
> 5 000	4,6	93,0	
Summe	93,0	93,0	93,0
Konzerngesellschaften	7,0	7,0	7,0
Gesamtsumme	100	100	100

Verstärkt durch die wirtschaftlichen Entwicklungen und Rahmenbedingungen in Deutschland, vor allem aber aufgrund ihrer vorsichtigen Risikopolitik, des auf ökonomische Anforderungen ausgerichteten Risikomanagements und der Diversifizierung des Portfolios verfügt die LBBW über ein risikoarmes Kreditportfolio. 18

Verteilung des Forderungsbestands auf übergeordnete Branchen LBBW-Bank.

18



Financial Institutions.

Der Begriff Financial Institutions umfasst Institutionen wie u. a. Banken und Sparkassen, Versicherungen, non-Bank Financials, Bausparkassen, Broker und Makler, aber auch strukturierte Kreditrisikoprodukte. Neben Handelstransaktionen, strukturierten Handelsfazilitäten, Außenhandels- und Exportfinanzierungen werden insbesondere bilaterale oder national und international syndizierte Kredit- und Wertpapiergeschäfte getätigt.

Der sich in den Vorjahren abzeichnende Trend differenzierter Entwicklungen, sowohl im Umfeld als auch in den Bonitäten der Partner der LBBW, setzte sich im Berichtsjahr 2006 weiter fort.

Das Risikomanagement ist durch eine Reihe risikobegrenzender Leitlinien und Steuerungsparameter von einem konservativen Charakter geprägt. Aufgrund fortlaufender fundamentaler und qualitativer Analysen der Bonitäten – ggfs. auch vor Ort – sowie durch aktive risikobegrenzende Maßnahmen verfügte die LBBW auch in 2006 über ein stark differenziertes, regional ausgewogenes und bonitätsmäßig gutes Portfolio.

Wie in der Vergangenheit befindet sich der weitaus größte Teil der Engagements im Investmentgrade-Bereich.

Unternehmenskunden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich für Unternehmen im vergangenen Jahr verbessert. Diese Entwicklungen führten bei der LBBW in 2006 zu einem Wachstum der an Unternehmen ausgerichteten

Kredite. Von diesem Wachstum konnten alle Branchen profitieren, insbesondere aber die Finanzdienstleistungen, zu deren Gunsten sich die prozentuale Branchenverteilung im Vergleich zum Vorjahr verschoben hat. **19**

Tiefere Aufspaltung Unternehmen und Organisationen.

19

Branchenverteilung LBBW-Bank	Gesamt per 12/06
	Linie in %
Energie, Versorger	10,3
Ernährung, Konsum- und Gebrauchsgüter	1,8
Chemie, Kunststoffe	2,8
Metall, Maschinenbau	4,4
Elektrotechnik, Kommunikation, IT	5,2
Bauen, Wohnen	13,9
Handel	5,5
Verkehr, Logistik & Fahrzeugbau	6,8
Medien, Unterhaltung	1,6
Dienstleistungen	11,6
Finanzdienstleistungen (ohne KI und Versicherungen)	28,4
Versicherungsgewerbe	2,8
Sonstige	4,7
Summe	100

Privat- und Anlagekunden.

Im Geschäftsfeld der Privat- und Anlagekunden der LBBW dominiert das Immobiliengeschäft. Das Segment der Heil- und Freiberufe gewinnt an Bedeutung. Aufgrund der zwar leicht verbesserten, aber immer noch unsicheren Situation am Arbeitsmarkt haben sich die Kunden in 2006 mit Immobilienkäufen und somit langfristigen Investitionen zurückgehalten. Zusätzlich hat der aggressive Preiswettbewerb unter den Anbietern zu einem leichten Rückgang des Kreditvolumens bei Privat- und Anlagekunden geführt.

Länderrisiken.

Im Jahr 2006 waren die Risiken der einzelnen Länder qualitativ weiter rückläufig. Als Folge der dynamischen Geschäftsentwicklung stieg die Summe der Länderrisiken in der LBBW jedoch weiter an.

Trotzdem ist das Auslandsportfolio mit einer Konzentration auf Länder mit besonders gutem Rating ausgesprochen transferrisikoarm. Zum 31. Dezember 2006 war einem Anteil von 90% an den gesamten Länderrisiken die Ratingklasse 1 (AAA) oder besser zugeordnet. Das Management der Länderrisiken erfolgt über die Verabschiedung geschäftspolitischer

Grundsätze und über die individuelle Risikoentscheidung beim Einzelgeschäft. Der Länderlimitausschuss entscheidet in besonderen Situationen über einzelne

geschäftsbezogene Fragen und schlägt regelmäßig die vom Vorstand zu erlassenden länderindividuellen Limite für den Konzern vor. [20](#)

20

Region	Limit in Mio. EUR	Anteil am Gesamtlimit in %	Inanspruchnahme in Mio. EUR	Anteil am Gesamtvolumen in %
Westeuropa	318 420	66,7	126 456	67,9
Osteuropa	8 695	1,8	2 094	1,1
Asien/Pazifik	49 627	10,4	16 767	9,0
Afrika	551	0,1	82	0,0
Nordamerika	92 560	19,4	38 852	20,9
Lateinamerika	5 398	1,1	1 222	0,7
Supranationale	2 200	0,5	647	0,3
Gesamt	477 451	100,0	186 119	100,0

Risikovorsorge.

Rückläufige Risikokosten (EWB-Verbrauch und Direktabschreibungen) zeigen insgesamt eine verbesserte Risikolage. Der Bestand der erforderlichen Risiko-

vorsorge ist im Jahresvergleich in allen Segmenten weiter gesunken. Neben konjunkturellen Faktoren haben hierzu auch verbesserte Rating- und Risiko-früherkennungsverfahren beigetragen. [21](#)

21

Segment in Mio. EUR	EWB-Bestand 31.12.2006 (1)	Forderungs- bestand (2)	EWB-Quote in % (1)/(2)	EWB-Verbrauch in 2006	Direkt- abschreibung per 31.12.2006
Financial Markets	0,2	274 914	0,00	2,0	0,3
Corporate Finance	1 237,2	86 537	1,43	166,7	9,1
Retail Clients	346,7	29 893	1,16	74,9	10,4
Corporate Items	16,3	17 961	0,09	4,1	1,3
LBBW-Bank	1 600,4	409 304	0,39	247,7	21,2

Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisikoüberwachung und -steuerung.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden auf täglicher Basis im Risikocontrolling überwacht. Der Überwachung liegt ein hierarchisch organisiertes Limitsystem zugrunde. Die hierbei eingerichteten Limite sind vom Gesamtvorstand gesetzt, bezüglich bestimmter Subportfolien wurde diese Kompetenz an einzelne Vorstandsmitglieder delegiert und in einem hierarchisch gegliederten Kompetenzsystem weiterverteilt.

Die Risikosteuerung erfolgt durch die jeweiligen Portfolioverantwortlichen in den Handelsbereichen und im Bereich Treasury im Rahmen des Limitsystems. Wichtige Gremien in der Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken sind der Vorstands-ausschuss Disposition und das Risk Committee.

Die Messung und Limitierung der Marktpreisrisiken erfolgt durchweg mittels Value-at-Risk-Kennzahlen. Kumulierte Verluste im Jahresverlauf reduzieren das freie VaR-Limit des betroffenen Portfolios und gewährleisten somit eine absolute Verlustbegrenzung auf Jahressicht (Stopp Loss). Die Auslastung der VaR- und Stopp Loss-Limite wird den jeweiligen Portfolioverantwortlichen und dem Gesamtvorstand täglich angezeigt. Neben der täglichen Berichterstattung erhält der Vorstand im monatlichen Rhythmus detailliertere Informationen über die Risiko- und Ertragsentwicklung aus Marktpreisrisiken. In diesem Rahmen erfolgt auch eine ausführlichere Diskussion der Exposures der Bank auf Basis von verschiedenen Stress-Szenarien.

Verfahren.

Die LBBW ermittelt den VaR aus Marktpreisrisiken zu einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen. Gemessen wird mittels eines Verfahrens, das auf einer szenariobasierten Monte-Carlo-Simulation beruht (SiRA). Dieser Ansatz kombiniert die Genauigkeit der Messung mit der Effizienz der Berechnung. Durch die Simulation werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils nicht genähert, sondern exakt berücksichtigt. Daneben sorgt die Einteilung der potenziellen Marktentwicklungen in Szenarien für eine effizienzsteigernde Reduzierung der Anzahl von Portfoliobewertungen.

Unter den Marktpreisrisiken werden in der LBBW folgende Risikoarten abgebildet:

Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolien als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs. Dabei zeigt es sich, dass nicht nur Parallelverschiebungen der Zinskurven, sondern beispielsweise auch Drehungen bedeutenden Einfluss auf die Zinsposition der Bank haben können. Derartige Entwicklungen sind sämtlich in den Simulationen zur VaR-Berechnung enthalten. Darüber hinaus werden auch Basisrisiken, die sich aus relativen Bewegungen verschiedener Zinsmärkte zueinander ergeben, in die Risikoberechnungen einbezogen. Basisrisiken sind sehr stark abhängig von der Korrelation der zugrundeliegenden Zinskurven. Weniger bedeutsam als Zinsrisiken sind bei der LBBW Währungs- und Rohwarenrisiken sowie die Aktienrisiken. Erstere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

Neben den Marktpreisrisiken werden die Marktliquiditätsrisiken gemessen und limitiert. Hierbei handelt es sich um spezielle Kursrisiken, die mit der Haltung von Beständen in wenig liquiden Wertpapieren verbunden sind. Näheres dazu findet sich im Abschnitt zu Liquiditätsrisiken.

Ergänzt werden die VaR-Berechnungen durch separate Stress-Szenarien, die insbesondere Kurvenbewegungen und Spreadveränderungen einbeziehen und somit die Portfoliowertänderung bei extremen Marktbewegungen abbilden.

Regelmäßig wird auch der von Basel II unterstellte Zinsschock von 200 Basispunkten berechnet. Es zeigt sich, dass die Barwertveränderung als dessen Auswirkungen sehr deutlich innerhalb der dort definierten Grenzwerte liegt.

Risikolage.

Das Globallimit für Marktpreisrisiken wurde im Geschäftsjahr 2006 stets eingehalten. Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen damit durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der LBBW.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt stark von Zinsrisiken geprägt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung nach Risikoarten auf Gesamtbankebene: [22](#)

22

in Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	31.12.2006	31.12.2005
Zinsänderungsrisiken	207	250	183	206	240
Aktienrisiken	31	47	10	33	35
Währungsrisiken	9	23	4	8	9
LBBW-Bank	224	283	191	214	270

Für die Tradingpositionen ergaben sich folgende Werte: [23](#)

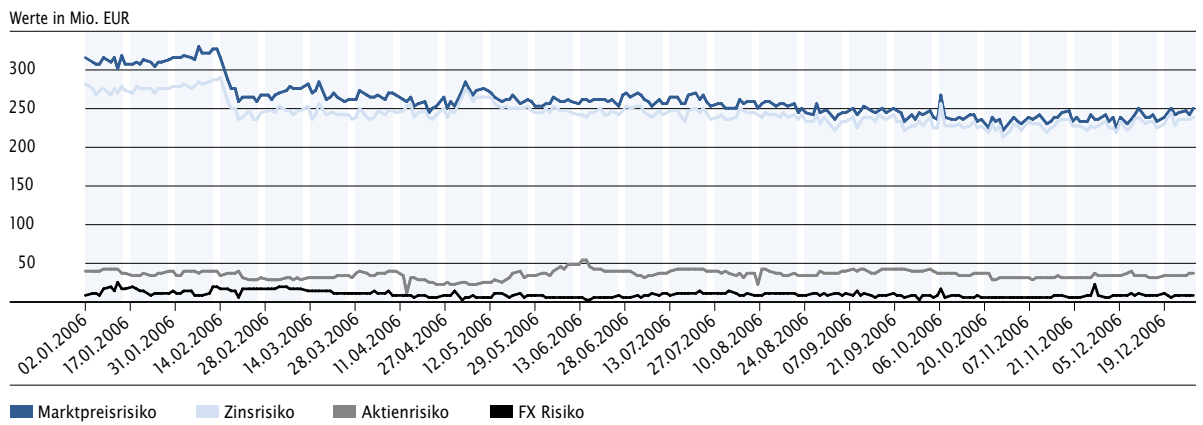
23

in Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	31.12.2006	31.12.2005
Zinsänderungsrisiken	28	41	16	19	44
Aktienrisiken	11	25	5	7	12
Währungsrisiken	6	26	1	5	10
Tradingpositionen LBBW	37	61	20	23	55

Die folgenden Grafiken stellen die Jahresverläufe der
 Marktpreisrisiken der LBBW-Bank dar. **24** und **25**

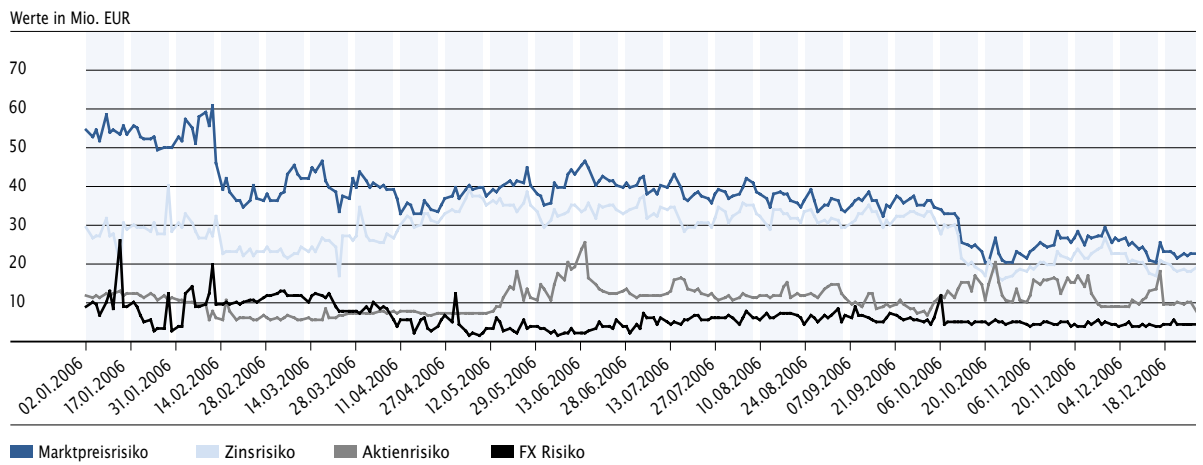
Risikoverlauf LBBW 2006.

24



Risikoverlauf Tradingpositionen 2006.

25



Backtesting.

Der von dem Risikomodell (SiRA) berechnete VaR-Wert stellt eine statistische Prognose über die in einzelnen Zeitabschnitten zu erwartenden Portfolioverluste aus Marktpreisrisiken dar. Um die Angemessenheit des Modells zu überprüfen, ist es erforderlich, die Güte der Prognose zu untersuchen. Dieser Vorgang wird als Backtesting bezeichnet. Konkret wird hierbei die Anzahl der VaR-Überschreitungen durch die tatsächliche Portfoliowertänderung (so genannte Ausnahmen)

gezählt. Auch bei einem perfekten Modell unterliegt diese Anzahl statistischen Schwankungen, sodass hierfür eine aufsichtsrechtliche Schranke von fünf Ausnahmen festgelegt wurde, unterhalb der das Backtesting keine Hinweise auf Modellschwächen gibt. Die Backtesting-Zeitreihen der LBBW zeigen für die Gesamtbank und für das Handelsbuch keine Ausnahme und liegen damit eindeutig innerhalb dieser Schranke.

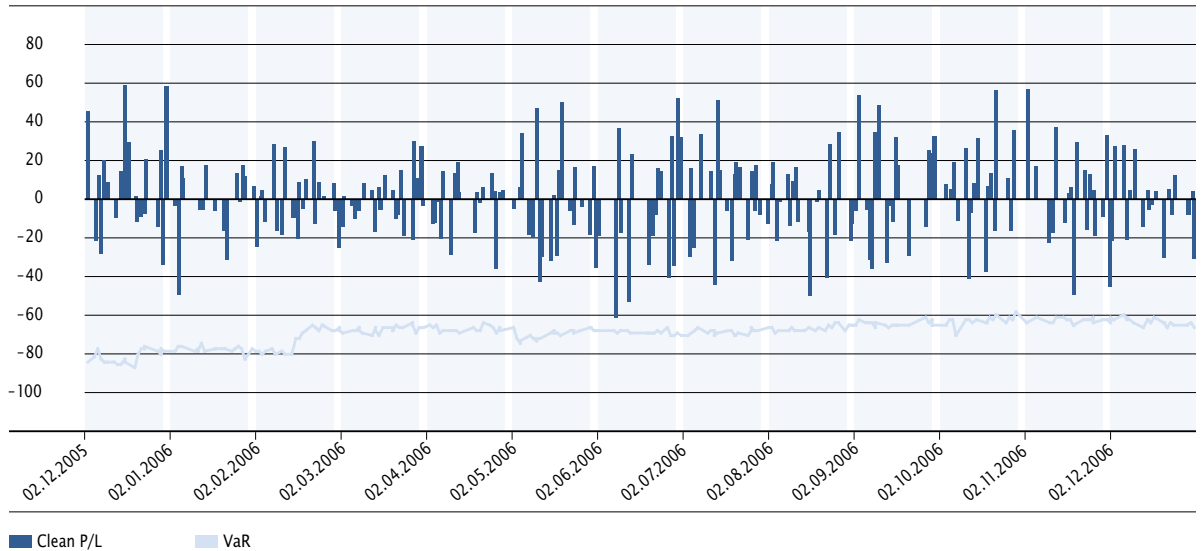
26

Backtesting.

Portfolio Gesamtbank für den Zeitraum 02.12.2005 - 29.12.2006, VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer, Ausnahmequote: 0,0%

26

Werte in Mio.



Weiterentwicklung des Risikomodells.

Die Dynamik der Kapitalmärkte stellt auch das Risikomodell der LBBW vor immer neue Herausforderungen. So werden ständig neuartige Produkte eingeführt, für die eine adäquate Abbildung zu gewährleisten ist. Bevor neue Produkte im Handel der LBBW zugelassen werden, durchlaufen diese einen »Neue Produkte Prozess«, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der Bank, z. B. Rechnungswesen und Risikocontrolling, sicherstellt. Die nötigen Bewertungsverfahren im Risikomodell entwickelt die LBBW selbst.

Im Jahr 2006 wurden drei Releasewechsel im Risikomodell durchgeführt, mit denen die Abbildung neuer Produkte sowie Verfeinerungen in der Berechnungsmethodik umgesetzt wurden.

Das ermöglicht die Kontrolle und – wenn nötig – die Reaktion auf Variationen der Produktgestaltung. Die Bank ist sich dabei bewusst, dass den Bewertungsverfahren Grenzen gesetzt sind. Neben den Bewertungen wird auch die Adäquanz der Risikomodellierung regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen "Modellrisiken" begegnet die LBBW generell durch vorsichtige Parametrisierungen. In einzelnen Fällen werden Bewertungsabschläge bzw. Sonderlimitierungen vorgenommen, sofern Unsicherheiten hinsichtlich der zugehörigen Bewertungsverfahren existieren.

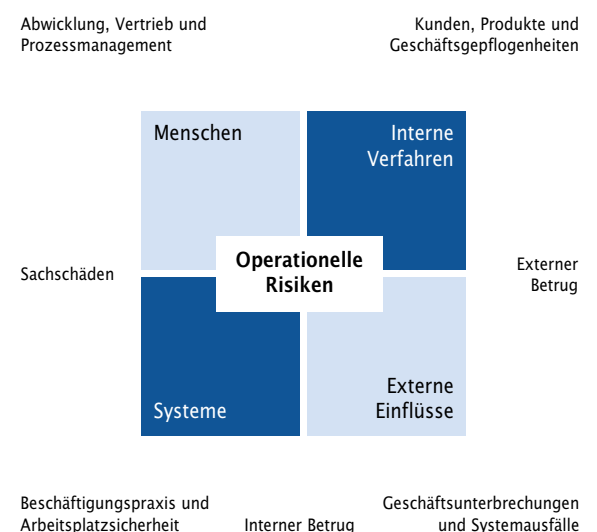
Operationelle Risiken.

Operationelle Risiken sind definiert als „Risiken, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Einflüssen eintreten“. Diese Definition schließt rechtliche Risiken mit ein und entspricht dem aufsichtsrechtlichen Verständnis.

Schwerpunkt der Tätigkeit des zentralen Controllings Operationeller Risiken war im Geschäftsjahr 2006 die Weiterentwicklung von Methoden und Instrumenten zur Identifikation, Bewertung und Analyse von Operationellen Risiken. Die Voraussetzungen für die Anwendung des Standardansatzes wurden geschaffen. Ein Hauptaugenmerk im Management und Controlling Operationeller Risiken liegt darauf, Operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Ursachen und Ereignisse werden entsprechend folgender Kategorisierung erfasst: [27](#)

Operationelle Risiken.

27



Die in der LBBW verwendete Software zur Erfassung der relevanten Daten zum Management und Controlling Operationeller Risiken wurde im Berichtsjahr erweitert. Neben dem bestehenden Modul Schadensfalldatenbank wurden Module zur Verwaltung von externen Schadensfalldaten, Risikoinventuren und Risikoindikatoren implementiert.

Die durch die Schadensfalldatenbank geschaffene Transparenz erlaubt detaillierte Analysen von schlagend gewordenen quantifizierbaren Operationellen Risiken. Die Ergebnisse der Schadensfallanalysen werden in die Planung präventiver Maßnahmen integriert und ermöglichen die Ableitung von Bepreisungskonzeptionen. Auch die Schadensereignisse wesentlicher Tochterunternehmen wie die der LRP sind im Risiko-reporting enthalten.

Neben internen Schadensfalldaten sind für die Anwendung von mathematisch-statistischen Methoden zur Quantifizierung Operationeller Risiken auch externe Schadensfalldaten erforderlich. Die LBBW ist auf Ebene des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Gesellschafter des Datenkonsortiums Operationeller Risiken (DakOR), dessen Ziel es ist, Schadensfalldaten zu sammeln und anonymisiert auszutauschen. Die Daten werden insbesondere für Szenarioanalysen verwendet.

Die LBBW entwickelte die qualitativen Methoden zur Risikoidentifizierung und -bewertung weiter. Um Risikopotenziale zu ermitteln, werden bankweit moderierte Risikoinventuren durchgeführt. Dabei sind die in den jeweiligen Geschäftsbereichen tätigen Mitarbeiter eingebunden – auf diese Weise wird der Sachverstand dezentraler Fachexperten für eine

fundierte bereichsspezifische Szenarienbildung und Risikobeurteilung genutzt. Risikoinventuren stellen eine geeignete Plattform dar, um das Risikobewusstsein der Mitarbeiter zu schärfen und somit letztlich Operationelle Risiken zu reduzieren. Die Erkenntnisse aus den Risikoinventuren dienen der Weiterentwicklung eines ganzheitlichen Controlling- und Managementkonzeptes zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von Operationellen Risiken. Risikoinventuren werden auch in den wesentlichen Tochterunternehmen durchgeführt.

Das Management Operationeller Risiken in der LBBW fällt in die Verantwortlichkeit der Bereiche. Entsprechend wird die Entscheidung, welche Operationellen Risiken zu tragen beziehungsweise zu reduzieren sind, grundsätzlich dezentral getroffen. Eine große Bedeutung haben die dezentralen Operational Risk Manager, die als Multiplikatoren für den Themenkomplex Operationelle Risiken und als wichtiges Glied im Schadensfallmeldeprozess wirken. Das Risk Committee unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bezüglich Operationeller Risiken. Dies umfasst insbesondere die Förderung der Risikokultur, die Kenntnisnahme und Diskussion der bereichsspezifischen Schadensfallberichte und Risikoinventur-Ergebnisse.

Trotz aller Vorsorgemaßnahmen lassen sich Operationelle Risiken nicht vollständig vermeiden. Dies trifft beispielsweise auf Katastrophenrisiken zu, für die geringe Eintrittswahrscheinlichkeiten und hohes Schadenspotenzial kennzeichnend sind. Der zentrale Bereich Konzernstrategie sorgt eventuellen Schäden – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor.

Bei der LBBW werden, wie die Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten zeigen, keine bestandsgefährdenden Operationellen Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Weiterhin bleibt es eine wesentliche Aufgabe, die Risikokultur und die Sensibilisierung der Mitarbeiter für Operationelle Risiken zu fördern.

DV-Risiken.

Im IT-Sicherheitsbereich wird durch die Einhaltung der ISO-Norm 17799 ein hohes Qualitätsniveau sichergestellt. Im IT-Risikomanagement wurde ein zentrales Vorgehen definiert. Dieses beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung der in der Datenverarbeitung der Bank identifizierten Risikoszenarien.

Um die Handlungsfähigkeit beziehungsweise Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von DV-Systemen sicherzustellen, besteht ein spezieller Krisenstab IT, der nach einem definierten Ablaufprozess im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch zu den badenwürttembergischen Sparkassen, gewährleistet. Damit der manuelle Notbetrieb im Notfall aufrechterhalten werden kann, liegen in den Fachbereichen entsprechende Pläne vor.

Durch den Zusammenschluss der LBBW und der BW-Bank verfügt die LBBW aktuell über vier Rechenzentren. Jeweils zwei Rechenzentren stellen einen gegenseitigen Backup dar. Die Geschäfte der BW-Bank wurden im Laufe des Jahres in die IT-Systeme der LBBW übertragen. Die zwei Rechenzentren der BW-Bank-Systeme werden hierzu analog zurückgebaut. Für die LBBW-Systeme existieren weiterhin sowohl für den Test- als auch für den Produktionsbetrieb zwei unabhängige, örtlich

getrennte Rechenzentren. Im Großrechner-Bereich ergibt sich ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung, der nach einer Ausfallzeit von rund vier Stunden ein Katastrophen-Backup gewährleistet. Für die Handelssysteme ist ebenfalls ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung realisiert. Sowohl für den Handel als auch für die Handelsabwicklung sind zusätzlich Backup-Arbeitsplätze eingerichtet.

Derzeit bestehen bei der LBBW keine außergewöhnlichen DV-Risiken. Durch die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des DV-Umfelds ist auch künftig ein geordneter DV-Betrieb in der LBBW sichergestellt.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: „Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.“

Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie z. B. Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten zu minimieren. Transparent werden diese Risiken durch die periodische Auswertung und Analyse sowie den unternehmensübergreifenden Vergleich von Personalkennzahlen wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen (insbes. Führungskräftebildungen).

Im Risikofeld »Austrittsrisiko« zeigt beispielsweise die Analyse der externen Fluktuation – auch im Vergleich mit anderen Landesbanken – keine Auffälligkeiten: 28

Analyse der externen Fluktuation.

28

in %	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
LBBW	6,0	6,0	5,0	6,8	6,7	4,9	6,0
Vergleichswert (VÖB)	7,1	6,1	5,9	6,9	6,4	5,9	-

Neben der Gewinnung von Talenten vom externen Arbeitsmarkt liegt ein Schwerpunkt auf der internen Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«) wird deshalb das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demographischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung, auch wenn sich in den nächsten Jahren kein Handlungsbedarf abzeichnet.

Neben diesen traditionellen Kennzahlen sind qualitative Indikatoren einzubeziehen, damit Personalrisiken nicht nur aus der Vergangenheit extrapoliert werden, sondern zukunftsbezogen beurteilt werden können. Die Suche nach validen qualitativen Indikatoren der Risikoüberwachung wurde verstärkt.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute schon mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der Bank bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt.

Als zweite Säule besteht eine eigene Abteilung mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

Risikolage und -ausblick.

In 2006 waren keine bestandsgefährdenden Entwicklungen zu erkennen. Um auch zukünftig genügend Potenzial an Fach- und Führungskräften zur Verfügung zu haben, wird in 2007 ein stärkeres Engagement in Ausbildungsgänge sowie in Traineeausbildungen erfolgen.

Rechtsrisiken.

Die Rechtsabteilungen der Bank sind insbesondere in rechtlich beratender Funktion für die Bank, ihre in- und ausländischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen und Repräsentanzen tätig. Darüber hinaus haben sie die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Abteilungen Nationales Recht und Inter-

nationales Recht eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt, beziehungsweise nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der Bank freigegeben. Für alle derivativen Geschäfte werden anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen sind, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit mit dem „Bundesverband Öffentlicher Banken“ und dem „Deutschen Sparkassen- und Giroverband“ – eingehend alle Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Soweit sich hieraus relevanter Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirkt der Bereich Konzernstrategie und Recht an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb der Bank in maßgeblicher Weise mit.

Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie und Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

Liquiditätsrisiken.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen Liquiditätsrisiko, das die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs-(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen ratinginduzierten Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

Daneben wird als Marktliquiditätsrisiko die Gefahr bezeichnet, Kapitalmarktgeschäfte aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen nur mit Verlusten glattstellen zu können.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko und Refinanzierungsrisiko.

Die Liquiditätssteuerung als geschäftsübergreifende Aufgabe nimmt der Bereich Treasury wahr. Das Refinanzierungs(spread)risiko aus den Positionen des Bankbuchs steuert der Bereich Treasury zentral, wobei langfristige Kreditausleihungen überwiegend langfristig refinanziert werden. Im Rahmen der Funding-Strategie wird die Diversifikation der Investorenbasis regelmäßig diskutiert.

Die Messung, Überwachung und Limitierung der Liquiditätsrisiken wurde im Jahr 2006 vom Treasury auf das Risikocontrolling übertragen.

Die kurzfristige Liquidität wird mittels regelmäßiger Vorscheurechnungen, die alle zahlungswirksamen Aktivitäten der Bank berücksichtigen, überwacht. Das Risiko eines akuten Zahlungsmittelengpasses ist über ein Limitsystem begrenzt, bei dem das Gesamtlimit aus der zur Verfügung stehenden freien Liquiditäts-

reserve abgeleitet wird. Das freie Refinanzierungspotenzial bei Notenbanken wird täglich überwacht. Im Rahmen eines ausführlichen Liquiditätsberichts informiert der Bereich Controlling vierteljährlich den Vorstand über alle relevanten Aspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos von Bank und Konzern.

Zusätzlich besteht eine detaillierte Notfallplanung für die Sicherung der Liquidität in eventuellen Krisensituationen.

Durch die Limitierung des Refinanzierungsbedarfs und konsequentes Management der Liquiditätsreserven sieht sich die Bank auch gegenüber unvorhergesehenen Störungen der Liquiditätsversorgung am Markt sowie unerwarteten Liquiditätsabflüssen oder Ausfällen von erwarteten Zahlungseingängen gut abgesichert. Das bei der LBBW als Liquiditätsreserve im engeren Sinne bezeichnete, taggleich mindestens verfügbare freie Refinanzierungspotenzial bei Notenbanken (EZB und FED) lag per 31. Dezember 2006 bei 13,6 Mrd. EUR.

Die Liquiditätsanforderungen des KWG-Grundsatzes II wurden 2006 jederzeit deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennziffer der LBBW (Bank) lag per 31. Dezember 2006 bei 1,32 (2005 1,32).

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken beziehen sich auf potenzielle Verluste beim Handel größerer Bestände in wenig liquiden Wertpapieren. Falls ein hohes Volumen kurzfristig veräußert werden sollte, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Märkte auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert.

Die LBBW berücksichtigt derartige Risiken über die Beobachtung der Bid-Offer-Spreads in den entsprechenden Titeln des Bestands. Diese werden den zugehörigen gehandelten Volumina gegenübergestellt. Dieser Zusammenhang wird dann auf das Volumen im Bestand der LBBW übertragen und in eine potenzielle Verlustgröße überführt.

Die Marktliquiditätsrisiken haben für die Bank keine wesentliche Bedeutung. Die Risiken aus »markt-engen« Aktien im Handelsbestand werden durch ein gesondertes Limit begrenzt. Ansonsten hat sich der Handel vorwiegend auf solche Produkte und Märkte zu beschränken, die aufgrund der bisherigen Marktentwicklung eine genügende Liquidität vermuten lassen.

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich an anderen Unternehmen, beziehungsweise lagert Funktionen auf Tochtergesellschaften aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Für das Beteiligungscontrolling ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklungen der Tochtergesellschaften und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Diesem Ziel dienen – insbesondere bei den risikopolitisch wesentlichen Gesellschaften – regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der Bank und der Tochtergesellschaft/Beteiligung. Darüber hinaus findet bei diesen Unternehmen eine ständige Ergebniskontrolle und Planüberwachung durch die Organisationseinheit Beteiligungsmanagement im Bereich Konzernstrategie und Recht der LBBW statt.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Wesentliche Tochtergesellschaften, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial (i. W. in den Hauptrisikokategorien Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko und Operationelles Risiko) aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.
- Nicht wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist oder Minderheitsbeteiligungen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW als Minderheitsgesellschafterin keine so unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten hat wie bei Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung.

Die wesentlichen Tochtergesellschaften werden – soweit heute schon möglich – nach dem so genannten Transparenzprinzip behandelt oder sukzessive in dieses integriert. Beim Transparenzprinzip bezieht die LBBW die auf Ebene der jeweiligen Tochtergesellschaft vorhandenen Risikopotenziale auf aggregierter Ebene in ihre Risikosteuerung ein.

Bei den nicht wesentlichen Tochtergesellschaften und Minderheitsbeteiligungen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird das Kreditportfoliomodell zur Berechnung des Credit-VaR herangezogen.

Risikolage.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Beteiligungen wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der Bank eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell, etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt.

Über die Transaktionsverträge strebt die LBBW, etwa durch Vereinbarung von Optionsrechten, eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Beteiligung beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Beteiligungen der LBBW werden mindestens einmal jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW) Verkehrswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss wird zudem eine Plausibilisierung der Buchwertansätze anhand unterjähriger Hochrechnungen durchgeführt.

Daneben besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertrisiko korrespondiert.

Neben Beteiligungsrisiken aus dem Kapitaleinsatz ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast beziehungsweise Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die Bank bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen abgegeben.

Unter Berücksichtigung der bei den Beteiligungsunternehmen vorgenommenen Ergebnisthesaurierungen wurde für das Beteiligungsportfolio insgesamt eine Rendite erzielt, die über der Verzinsung risikoloser Alternativenanlagen (festverzinsliche Wertpapiere der öffentlichen Hand) liegt.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen und die wesentlichen Beteiligungen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

In der LBBW wurden in Bank und Konzern für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung beziehungsweise Minimierung getroffen und im Rahmen der Risikovorsorge allen erkennbaren Risiken durch umsichtig gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Eine gesamtbankweite Zusammenfassung der Risiken über alle quantifizierbaren Risikokategorien wird durchgeführt. Die Aggregation geschieht auf der Basis von VaR-Kennzahlen und vergleichbaren Risikomaßzahlen (ökonomisches Kapital) und zeigt, dass die Risikotragfähigkeit der LBBW nur zum kleineren Teil durch Risiken in Anspruch genommen wird, der größere Teil dient als Puffer, u. a. für nicht quantifizierbare Risiken.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestquote von 8% für die Eigenmittelunterlegung aller Risikoaktiva und Marktrisikopositionen war im abgelaufenen Jahr sowohl in der institutsweiten als auch in der konzernweiten Betrachtung jederzeit erfüllt und verbesserte sich zum 31.12.2006 für die Bank auf 12,1% (31.12.2005 11,7%) und für den Konzern auf 10,6% (31.12.2005 10,2%).

Die Verfahren zur Bonitätsbeurteilung der Geschäftspartner der LBBW haben sich als stabil erwiesen. Die in den vergangenen Jahren entwickelten und eingesetzten Ratingverfahren haben sich in ihrem Einsatz weiter bewährt. Außerhalb des Bestands in den Ausfallklassen (RKL 16–18) sind im Kredit- und Wertpapierportfolio keine akuten Risiken aus Einzelengagements erkennbar. Auch liegen keine besonderen Branchenkonzentrationen vor.

Die aus Kredit- und Länderrisiken resultierende Risikovorsorge hat sich in den letzten fünf Jahren wie folgt entwickelt: 29

LBBW-Bank.

29

in Mio. EUR	Kreditrisiken		Länderrisiken (Transferrisiken)	
	Stand Risikovorsorge für Forderungen	Stand Risikovorsorge für Wertpapiere	Stand Risikovorsorge für Forderungen	Stand Risikovorsorge für Wertpapiere
31. 12. 2002	1 688,8	52,7	50,8	5,0
31. 12. 2003	1 539,9	53,2	19,6	2,2
31. 12. 2004	1 612,2	9,1	14,5	2,0
31. 12. 2005	1 778,1	41,5	17,5	0,0
31. 12. 2006	1 600,4	8,9	14,7	0,0

Die gesamtwirtschaftlich schwierige Lage der Jahre 2002 bis 2004 wirkte sich in der Vergangenheit auch auf die Entwicklung der Risikovorsorge der LBBW aus. Seit dem Jahr 2005 ist insbesondere in Baden-Württemberg ein deutlicher wirtschaftlicher Aufschwung erkennbar, der sich im Jahr 2006 verstärkte. Exportsteigerungen, eine leichte Belebung der Inlandsnachfrage sowie eine abnehmende Anzahl von Unternehmensinsolvenzen trugen maßgeblich zur günstigen Entwicklung in der LBBW bei. Zudem führte die zum 1. Januar 2007 beschlossene Mehrwertsteuererhöhung zu Vorzieheffekten im Jahr 2006 bei der Anschaffung langlebiger Wirtschaftsgüter.

Die insgesamt positive wirtschaftliche Lage, verbunden mit dem aktiven Risikomanagement der LBBW, führte in 2006 zu einer deutlichen Verbesserung der Risikosituation der LBBW. Der Risikovorsorgebestand sank zum Jahresende 2006 gegenüber dem Vorjahr

um 12 % auf 1.624 Mio. EUR. Der Anstieg des Risikovorsorgebestandes zum Jahresende 2005 beruhte auf der Einbeziehung der BW-Bank-Bestände im Rahmen der Integration. Bereinigt um diesen Sachverhalt hätte sich bereits im Jahr 2005 ein Rückgang ergeben.

Für 2007 erwarten wir ein Anhalten der Exportnachfrage auf hohem Niveau. Im Inland dürfte insbesondere der Beginn des Jahres 2007 von Sondereffekten der Mehrwertsteuererhöhung geprägt sein. Wichtiger für die langfristigen Wirtschaftsaussichten ist jedoch, dass die Konsumkonjunktur durch die erwartete Besserung am Arbeitsmarkt eine solidere Grundlage erhält. Daher rechnen wir nicht mit negativen Einflüssen auf die Risikolage der LBBW. Unabhängig hiervon wird die LBBW das eigene Risikomanagement weiterentwickeln, um gegenläufigen Tendenzen frühzeitig begegnen zu können.

Die weiterhin guten Rating-Beurteilungen der externen Ratingagenturen basieren auf der starken regionalen Marktposition der LBBW, auf der Diversifizierung der Bank in Wholesale- und Retailgeschäft sowie der Tatsache, dass die LBBW aufgrund ihrer konservativen Risikopolitik relativ wenig Risikogeschäft in die Bücher genommen hat und weitgehend über eine fristenkongruente Refinanzierung verfügt. Als Pfandbriefbank hat die LBBW darüber hinaus eine Refinanzierungsquelle mit erstklassigen Ratings, die auch für die Zukunft genutzt werden kann.

Durch die Beibehaltung der konservativen Risikopolitik sind weder bei den Kredit- und Marktpreisrisiken noch bei den Liquiditätsrisiken außergewöhnliche Entwicklungen zu erwarten.

Prognosebericht.

Anhaltend robustes Weltwirtschaftswachstum, selbsttragender Aufschwung in Deutschland.

Nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds dürfte die Weltwirtschaft im Jahr 2007 preisbereinigt um 4,9% expandieren. Vor allem die schon im zweiten Halbjahr 2006 spürbar gewordene Konjunkturabkühlung in den USA wird das Wachstum der Weltwirtschaft bremsen. Hier zeigen sich die Brems Spuren der bis Mitte 2006 restriktiven Geldpolitik der US-Notenbank. Insbesondere der Immobilienmarkt und die Bautätigkeit haben seither kräftig korrigiert. Ein merklicher Rückgang ist aber auch aus Sicht der LBBW nicht zu erwarten. Vielmehr sollte das US-Wachstum nach einigen moderaten Quartalen im Laufe des Jahres 2007 wieder auf sein Potenzialniveau zurückkehren.

Auch in Europa stehen die Ampeln weiter auf grün: Die EU-Kommission erwartet für die Jahre 2007 und 2008 ein reales BIP-Wachstum von jeweils 2,4% in den 27 EU-Mitgliedsstaaten und in der Euro-Währungsunion Expansionsraten von 2,1% bzw. 2,2%. In Deutschland wird die Mehrwertsteuererhöhung den privaten Konsum zwischenzeitlich zwar drosseln. Die positiven Impulse des Arbeitsmarktes sollten allerdings für eine Kompensation und damit für einen selbsttragenden Aufschwung sorgen. In Deutschland erwartet die LBBW vor diesem Hintergrund für das Jahr 2007 ein BIP-Wachstum von 1,4%.

Planung.

Die LBBW geht mit Zuversicht in die neuen Geschäftsjahre 2007 und 2008. Vor dem Hintergrund des erwarteten ökonomischen Umfeldes wird im LBBW-Konzern mit einem weiteren Anstieg des operativen Ergebnisses gerechnet. Bei Veränderungen der Rahmenbedingungen können sich entsprechende Auswirkungen auf die Ergebnisentwicklung im LBBW-Konzern ergeben.

Nachdem in den vergangenen Jahren durch die Integration der Baden-Württembergischen Bank AG (BW-Bank AG) sowie der Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) das Hauptaugenmerk auf der Erzielung von Kostensynergien lag, soll die Ergebnissteigerung in den nächsten Jahren neben einer weiterhin strengen Kostenkontrolle vor allem durch ein Wachstum der Erträge getragen werden, wobei die bewährte konservative Risikopolitik auch weiterhin ein wesentlicher Faktor bleibt.

Im **Privatkundengeschäft** soll der Ausbau des Geschäftsfelds Private Banking mit hochvermögenden Privatkunden über die BW-Bank zu einer weiteren Ergebnisverbesserung führen. Angestrebt wird, die Marktdurchdringung in diesem Kundensegment durch das Angebot eines erstklassigen Produkt- und Dienstleistungsangebots zu erhöhen und die Potenzialausschöpfung bei bestehenden Kundenverbindungen zu vertiefen. Mit Hinblick auf die wirtschaftlichen Rahmendaten ist das Geschäftsgebiet der BW-Bank in Baden-Württemberg als überdurchschnittlich attraktiv einzustufen. Daher soll weiteres Wachstum auch durch die Optimierung des Geschäftsmodells im klassischen Filialgeschäft bei Bestandskunden erreicht werden. Wesentlicher Erfolgsfaktor ist dabei die Umsetzung von weiteren Optimierungen der Vertriebsprozesse nach Integration der BW-Bank.

Eine Ertragssteigerung im Segment **Financial Markets** wird vor allem durch die Konzentration der LBBW auf den strategischen Schwerpunkt als Anbieter strukturierter Aktien-, Zins-, Kredit- und Commodity-Produkte sowie durch eine Intensivierung des kapitalmarktorientierten Kundengeschäfts erwartet. Positive Auswirkungen erwartet die LBBW auch durch den Ausbau der Sales-Aktivitäten in den europäischen Märkten und in globalen Kapitalmarktzentren. Hier will die LBBW ihre Marktposition insbesondere im Aktiengeschäft sowie durch die Strukturierung und den Handel von Krediten stärken. Mit der Neustrukturierung des Institutional Asset Managements im LBBW-Konzern wurden die Grundlagen für qualitative und quantitative Expansionsmöglichkeiten im Geschäft mit institutionellen Anlegern geschaffen. Der Ausbau der Vertriebsaktivitäten sowie insbesondere die Auflegung innovativer Produkte soll sich in den kommenden Jahren positiv auf die Ertragssituation auswirken.

Im Segment **Corporates** erwarten wir zukünftig ebenfalls ein Ertragswachstum. Der strategische Schwerpunkt liegt hier weiterhin auf der Positionierung als Hausbank des Mittelstandes; alle Unternehmen des LBBW-Konzerns werden hier die Verbindung zu den Unternehmenskunden ausbauen und eine noch intensivere Zusammenarbeit verfolgen. Dabei setzen wir den eingeschlagenen Kurs fort, neben gezielten Neukundenakquisitionen insbesondere die Potenziale bestehender Kundenverbindungen weiter auszuschöpfen. Hier tritt neben die umfassende Kreditversorgung verstärkt die Abrundung der Kundenverbindung mit Anlagekonzepten und Kapitalmarktinstrumenten.

Ebenso wird durch die Ausweitung der Produktpalette zur Begleitung der Konzernkunden und der Sparkassenkunden bei deren Auslandsgeschäften eine verbesserte Ausschöpfung der Unternehmenskundenbasis sowie eine selektive Erschließung neuer Kundengruppen für das Auslandsgeschäft über den Kernmarkt hinaus ermöglicht und damit eine breitere Ertragsbasis geschaffen. Ergänzend wird die LBBW ihre Marktaktivitäten im Bereich Leasing, vor allem über ihre Tochtergesellschaften SüdLeasing und MKB, weiter verstärken. Hierzu dient auch die im Jahr 2006 erfolgte Beteiligung an der LHI Leasing GmbH, über die die Immobilienleasing- und Fondsaktivitäten weiter ausgebaut werden sollen.

Die **Kostenstruktur** im LBBW-Konzern wird sich in den Jahren 2007 und 2008 weiter verbessern. Durch die Integration der BW-Bank werden die Personal- und sonstigen Kostensynergien, vor allem aus der Vereinheitlichung der Strukturen und Prozesse sowie aus der Zusammenführung der IT-Systeme, vollständig realisiert. Kompensierend wirken hier jedoch die Kosten, die sich aus den strategischen Wachstumsprojekten sowie den gesetzlich und aufsichtsrechtlich bedingten Projekten ergeben.

Die **Investitionen** in Sachanlagen werden sich auch in den Jahren 2007 und 2008 auf einem für einen Bankkonzern dieser Größe normalen Niveau bewegen. Zudem wird sich wie bereits in den vergangenen Jahren das im Investitionsbereich praktizierte Kostenmanagement über weiter reduzierte Abschreibungen positiv auswirken.

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2006 der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim.

Aktivseite

Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31. Dez. 2005 Tsd. EUR
I. Barreserve				
a) Kassenbestand			121 485	120 418
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1 328 774	452 630
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	1 317 162			444 141
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0	0
			1 450 259	573 048
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			35 047	0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0			0
b) Wechsel			0	58 832
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0		35 047	58 832
				58 832
3. Forderungen an Kreditinstitute [5,6,8,10,14]				
a) täglich fällig			10 943 524	6 966 312
b) andere Forderungen	[6]		139 263 356	138 793 909
			150 206 880	145 760 221
4. Forderungen an Kunden [5,6,8,10,14]			104 049 567	100 229 407
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	13 496 966			16 382 608
Kommunalkredite	24 816 794			24 829 051
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere [5,6,7,8,9,14]				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0		24 895
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0			0
ab) von anderen Emittenten		14 648 718		6 518 711
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	5 220 144		14 648 718	6 543 606
				819 603
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		10 339 013		11 369 695
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9 380 017			10 580 357
bb) von anderen Emittenten		49 415 432		46 470 545
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	26 507 146		59 754 445	57 840 240
				27 666 930
c) eigene Schuldverschreibungen			8 285 346	10 713 372
			82 688 509	75 097 218
Nennbetrag	7 581 339			10 144 336
Übertrag			338 430 262	321 718 726

Passivseite

	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31. Dez. 2005 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[5,6,17]				
a) täglich fällig				12 420 632	7 246 600
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	[6]			116 737 435	100 451 747
				129 158 067	107 698 347
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[5,6,17]				
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			6 286 612		6 621 153
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	[6]		322 746		531 473
				6 609 358	7 152 626
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig			17 565 043		17 266 275
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	[6]		63 701 532		62 686 409
				81 266 575	79 952 684
				87 875 933	87 105 310
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	[5,6,14,17]				
a) begebene Schuldverschreibungen				98 937 889	106 383 155
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				14 402 186	11 430 481
darunter:				113 340 075	117 813 636
Geldmarktpapiere		14 402 186			11 429 888
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0			593
4. Treuhandverbindlichkeiten	[10]			129 329	125 839
darunter:					
Treuhandkredite		67 939			73 552
5. Sonstige Verbindlichkeiten	[16]			2 638 913	1 880 885
6. Rechnungsabgrenzungsposten	[13]			1 029 154	1 345 443
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				707 436	612 368
b) Steuerrückstellungen				317 728	242 030
c) andere Rückstellungen				222 380	336 467
				1 247 544	1 190 865
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	[18]			64 598	60 945
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	[5,19]			4 016 976	3 636 502
10. Genusssrechtskapital				2 054 069	2 210 269
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig		398 938			478 802
Übertrag				341 554 658	323 068 041

Aktivseite

	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31. Dez. 2005 Tsd. EUR
Übertrag				338 430 262	321 718 726
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	[7,8]			4 928 346	2 626 287
7. Beteiligungen	[7,11]			781 692	621 355
darunter:					
an Kreditinstituten		186 473			200 876
an Finanzdienstleistungsinstituten		25			0
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	[7,11]			4 391 790	3 660 782
darunter:					
an Kreditinstituten		1 048 264			825 449
an Finanzdienstleistungsinstituten		21 924			9 055
9. Treuhandvermögen	[10]			129 329	125 839
darunter:					
Treuhandkredite		67 939			73 552
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0	0
11. Immaterielle Anlagewerte	[11]			64 347	95 504
12. Sachanlagen	[11]			571 974	575 765
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital				0	0
darunter:					
eingefordert		0			0
14. Eigene Aktien oder Anteile				0	0
Nennbetrag		0			0
15. Sonstige Vermögensgegenstände	[12]			3 731 370	2 834 425
16. Rechnungsabgrenzungsposten	[13]			1 006 088	1 244 095
Summe der Aktiva				354 035 198	333 502 778

Passivseite

	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31. Dez. 2005 Tsd. EUR
Übertrag				341 554 658	323 068 041
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				1 600 000	0
12. Eigenkapital	[20]				0
a) gezeichnetes Kapital					0
aa) Stammkapital			1 419 800		1 419 800
ab) Stille Einlagen			3 501 429		3 544 484
				4 921 229	4 964 284
b) Kapitalrücklage				3 073 821	3 073 821
c) Gewinnrücklagen					
ca) satzungsmäßige Rücklagen			0		0
cb) andere Gewinnrücklagen			2 311 444		2 310 632
				2 311 444	2 310 632
d) Bilanzgewinn				574 046	86 000
				10 880 540	10 434 737
Summe der Passiva				354 035 198	333 502 778
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln				3 679	3 818
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	[17,21,22,23]			34 956 370	32 905 124
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				0	0
				34 960 049	32 908 942
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften				0	0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	[21]			0	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	[21]			29 016 115	28 180 644
				29 016 115	28 180 644

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006.

Erläuterung im Anhang	1. Jan. - 31. Dez. 2005		
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Zinserträge aus [29]			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	10 668 794		
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2 836 330	13 505 124	2 738 749
2. Zinsaufwendungen		12 002 796	11 216 683
			1 502 328
3. Laufende Erträge aus [29]			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		237 275	170 103
b) Beteiligungen		5 660	5 304
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		49 223	48 497
			292 158
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			79 830
5. Provisionserträge [29,30]		578 946	478 931
6. Provisionsaufwendungen		121 514	106 535
			457 432
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften [29]			175 016
8. Sonstige betriebliche Erträge [25,29]			110 698
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	538 052		458 604
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	165 481		134 485
		703 533	593 089
darunter: für Altersversorgung	79 463		59 465
b) andere Verwaltungsaufwendungen		367 029	313 093
			1 070 562
11. Abschreibungen und Wert- berichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			106 727
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			97 185
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wert- papieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			1 301 445
			1 301 445
15. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			1 600 000
Übertrag			1 044 433
			1 003 542

	Erläuterung im Anhang	1. Jan. - 31. Dez. 2005			
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
Übertrag				1 044 433	1 003 542
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				3 180	6 219
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				0	0
				- 3 180	- 6 219
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme				34 811	2 180
19. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				5 700	0
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				1 000 742	995 143
21. Außerordentliche Erträge			42 306		0
22. Außerordentliche Aufwendungen	[27]		60 829		546 415
23. Außerordentliches Ergebnis	[27]			- 18 523	- 546 415
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	[28]		187 274		145 752
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			3 521		3 995
				190 795	149 747
26. Erträge aus Verlustübernahme				0	0
27. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				217 378	212 981
28. Jahresüberschuss/Bilanzgewinn				574 046	86 000

Anhang der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim zum 31. Dezember 2006.

(1) Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Die Aufstellung des Einzelabschlusses für das Geschäftsjahr 2006 der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim erfolgte unter Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), insbesondere der »Ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute« (§§ 340 ff. HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Der testierte Einzelabschluss 2006 der LBBW sowie die gesonderte Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gemäß § 285 Nr. 11 und § 313 Abs. 2 HGB ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht worden und kann dort eingesehen werden.

(2) Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Im Bestand befindliche **Wechsel und Forfaitierungsgeschäfte** sind mit ihrem abgezinsten Nominalwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt.

Die **Forderungen an Kreditinstitute und Kunden** sind zum Nennwert bilanziert.

Bei den Forderungen sind erkennbare Risiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen für Bonitätsrisiken sowie Wertberichtigungen für Länderrisiken berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko ist darüber hinaus durch Bildung einer Pauschalwertberichtigung gem. § 6 EStG auf den verbleibenden Forderungsbestand Rechnung getragen. Schuldscheindarlehen des Handelsbestandes werden mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. dem beizulegenden Wert bewertet.

Die **Wertpapiere** sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag angesetzt. Wertpapiere aus Asset-Swap-Kombinationen sind verknüpft bewertet; Wertminderungen in Folge von Bonitätsrisiken werden erfolgswirksam erfasst.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind zu Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Buchwerten ausgewiesen.

Erworbene **immaterielle Anlagewerte** sind mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, und sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

Die **Sachanlagen** sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, und sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen auf Sachanlagen von im Inland gelegenen Betriebsstellen werden auf der Grundlage der steuerrechtlichen Vorschriften zur Absetzung für Abnutzung vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Abschreibungen auf Gebäude erfolgen nach den steuerlich zulässigen Abschreibungssätzen.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Agien und Disagien zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung eingestellt und über die Laufzeit aufgelöst.

Die **Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen** sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des § 6a EStG und der Richttafeln 2005 G, Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln 2005 bewertet. Die Anpassung an die neuen Heubeck-Richttafeln wurde 2005 in voller Höhe erfolgswirksam berücksichtigt. Für Pensionszusagen erfolgt die Passivierung grundsätzlich unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften zu berücksichtigen.

Die Zuführungen zu den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB, die aufsichtsrechtlich als Kernkapital anerkannt werden, resultieren aus einer Umwidmung aus der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB.

(3) Derivate.

Die Angaben zu den derivativen Finanzinstrumenten im Sinne des § 285 Nr. 18 HGB i.V.m. § 36 RechKredV, die bei der LBBW zum Bilanzstichtag bestehen, sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen.

Derivatähnliche Nebenabreden, die in eine portfoliobezogene Steuerung von Handelspositionen einbezogen sind, werden in Anwendung des Rechnungslegungshinweises des Bankenfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer (BFA) RH BFA 1.003 von den Grundgeschäften abgespalten und sind wie eigenständig abgeschlossene Derivate in den nachfolgenden Übersichten enthalten.

Die nicht getrennt bilanzierten derivatähnlichen Nebenabreden, die als Bestandteil von zusammengesetzten Produkten (so genannte compound instruments) in Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten und dadurch bereits in den entsprechenden Bilanzposten enthalten sind, werden in den nachfolgenden Übersichten nicht dargestellt. Durch die Bildung von Mikro-Hedges bestehen aus den nicht getrennt bilanzierten derivatähnlichen Nebenabreden keine Marktpreisrisikopositionen.

Bezüglich der Buchwerte von Optionen in Form von Optionsprämien wird auf die Angaben unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten verwiesen.

Interne derivative Finanzinstrumente sind in der tabellarischen Darstellung ebenfalls nicht enthalten.

Derivative Geschäfte - Produktgliederung.

in Mio. EUR	Nominalwerte 31.12.2006	Nominalwerte 31.12.2005	Positiver Marktwert ¹ 31.12.2006	Negativer Marktwert 31.12.2006
Zinsrisiken				
Zinsswaps	861 740,4	845 470,3	10 621,4	- 9 478,9
FRAs	155 733,4	72 414,6	35,3	- 21,3
Zinsoptionen				
- Käufe	22 229,0	11 044,8	437,7	- 0,1
- Verkäufe	34 910,0	29 186,6	0,0	- 1 001,9
Caps, Floors	39 079,9	34 094,6	179,4	- 127,5
Börsenkontrakte	162 272,5	80 099,4	47,9	- 105,2
Sonstige Zinstermingeschäfte	2 554,8	17 772,4	6,3	- 11,8
Zinsrisiken - insgesamt -	1 278 520,0	1 090 082,7	11 328,0	- 10 746,7
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	105 053,2	93 951,4	14 79,0	- 1 199,1
Währungsswaps, Zins-/Währungsswaps	29 446,3	24 493,6	1 428,5	- 2 037,4
Devisenoptionen				
- Käufe	5 597,0	7 001,2	73,5	- 0,8
- Verkäufe	3 152,1	3 643,2	37,3	- 10,4
Börsenkontrakte	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Währungstermingeschäfte	0,0	0,0	0,0	0,0
Währungsrisiken - insgesamt -	143 248,6	129 089,4	3 018,3	- 3 247,7
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Börsenkontrakte	821,1	50,2	8,1	- 1,7
Aktien-Termingeschäfte	0,0	0,1	0,0	0,0
Aktienoptionen				
- Käufe	5 062,0	967,0	558,0	0,0
- Verkäufe	3 423,8	544,0	0,0	- 193,9
Sonstige	359,5	62,0	3,7	- 3,7
Aktien- und sonstige Preisrisiken - insgesamt -	9 666,4	1 623,3	569,8	- 199,3
Kreditderivate				
Credit Default Swaps				
- Sicherungsnehmer	14 562,7	8 893,8	37,2	- 189,2
- Sicherungsgeber	37 944,1	28 108,2	248,3	- 55,5
Credit Linked Notes				
- Sicherungsnehmer	767,1	723,8	16,9	- 29,4
- Sicherungsgeber	0,0	0,0	0,0	0,0
Credit Linked Swaps				
- Sicherungsnehmer	0,0	0,0	0,0	0,0
- Sicherungsgeber	397,3	387,3	18,0	- 30,9
Principal Protected Swaps				
- Sicherungsnehmer	0,0	0,0	0,0	0,0
- Sicherungsgeber	611,2	118,0	31,4	- 20,1
Total Return Swaps				
- Sicherungsnehmer	79,5	42,2	0,2	- 0,4
- Sicherungsgeber	37,9	42,2	0,0	- 0,2
Kreditderivate - insgesamt -	54 399,8	38 315,5	352,0	- 325,7
Risiken - insgesamt -	1 485 834,8	1 259 110,9	15 268,1	- 14 519,4

¹ inklusive Zinsabgrenzung (»Dirty Price«)

davon:

Derivative Geschäfte - Handelsgeschäfte.

in Mio. EUR	Nominalwerte 31.12.2006	Nominalwerte 31.12.2005	Positiver Marktwert 31.12.2006	Negativer Marktwert 31.12.2006
Zinsrisiken	1 089 832,1	908 966,7	8 427,6	- 7 656,6
Währungsrisiken	20 068,6	16 016,3	367,3	- 219,7
Aktien-/Sonstige Preisrisiken	6 489,9	1 509,7	514,2	- 185,2
Kreditderivate	26 542,6	10 692,7	184,3	- 188,4
Handelsgeschäfte - insgesamt -	1 142 933,2	937 185,4	9 493,4	- 8 249,9

Derivative Geschäfte - Fristengliederung (nach Restlaufzeiten).

Nominalwerte in Mio. EUR	bis 3 Monate	über 3 Monate bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Insgesamt
Zinsrisiken					
31.12.2006	213 069,5	355 634,7	393 252,0	316 563,8	1 278 520,0
31.12.2005	328 500,7	202 983,7	294 109,1	264 489,2	1 090 082,7
Währungsrisiken					
31.12.2006	74 387,0	38 859,4	21 260,2	8 742,0	143 248,6
31.12.2005	68 978,9	36 229,0	17 559,0	6 322,5	129 089,4
Aktien- und sonstige Preisrisiken					
31.12.2006	4 383,3	2 842,2	1 118,5	1 322,4	9 666,4
31.12.2005	426,6	360,5	193,2	643,0	1 623,3
Kreditderivate					
31.12.2006	987,1	3 503,0	19 739,8	30 169,9	54 399,8
31.12.2005	1 253,2	3 083,7	18 681,9	15 296,7	38 315,5
Risiken - insgesamt -					
31.12.2006	292 826,9	400 839,3	435 370,5	356 798,1	1 485 834,8
31.12.2005	399 159,4	242 656,9	330 543,2	286 751,4	1 259 110,9

Derivative Geschäfte - Kontrahentengliederung.

in Mio. EUR	Nominalwerte 31.12.2006	Nominalwerte 31.12.2005	Positiver Marktwert 31.12.2006	Negativer Marktwert 31.12.2006
Banken in der OECD	1 284 170,6	1 101 066,4	11 805,5	- 11 122,3
Banken außerhalb der OECD	7 949,3	4 836,1	64,7	- 54,9
Öffentliche Stellen in der OECD	17 763,2	15 597,1	563,9	- 396,5
Sonstige Kontrahenten	175 951,7	137 611,3	2 834,0	- 2 945,7
Kontrahenten - insgesamt -	1 485 834,8	1 259 110,9	15 268,1	- 14 519,4

Die Marktwerte der Derivate sind nicht gleichzusetzen mit den Marktpreisrisiken der Bank bzw. des Konzerns, die aus der Entwicklung von Zinssätzen, Devisenkursen, Aktienkursen oder Bonitätsveränderungen resultieren, da die Steuerung der Risikoarten sowohl durch bilanzwirksame als auch durch derivative Geschäfte erfolgt. Umfang und Verlauf der Marktpreisrisiken der Bank sind dem Risikobericht gemäß § 289 HGB zu entnehmen.

Bei den Marktwerten handelt es sich um die zum Bilanzstichtag ermittelten Wertansätze, zu denen eine Auflösung, Abtretung oder ein Gegengeschäft möglich wäre. Die negativen Marktwerte stellen dabei den Betrag dar, der bei einer potenziellen Auflösung der derivativen Finanzinstrumente ungeachtet des Einsatzzwecks zum Bilanzstichtag aufzuwenden wäre.

Die positiven Marktwerte beinhalten hingegen den Betrag, der bei einer potenziellen Auflösung zum Bilanzstichtag zufließen würde. Ein positiver Marktwert gibt – mit Ausnahme der Börsenkontrakte und der verkauften Optionen, die kein Adressenausfallrisiko aufweisen – gleichzeitig das maximale potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko aus derivativen Finanzinstrumenten wieder, das am Bilanzstichtag bestanden hat. Ausfallrisikomindernde Netting- und Collateral-Vereinbarungen sind in der tabellarischen Darstellung nicht berücksichtigt, da sie produktübergreifend wirken.

Bewertung der derivativen Finanzinstrumente

Der Marktwert (Fair Value) von Derivaten basiert auf Börsenkursen, Zeitwertanalysen, beobachtbaren Markttransaktionen in vergleichbaren Instrumenten oder auf anerkannten finanzmathematischen Preisbildungsmodellen.

Produktgruppe	wesentliches Bewertungsmodell
Zinsswaps	Barwertmethode
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode
Zins-Optionen	Black-Scholes, Black 76 (on Yield)
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, Cox Ross Rubinstein
Devisen-Optionen	German Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Kreditderivate	Intensitätsmodell

Diese Modelle berücksichtigen die aktuellen Markt- und Kontraktpreise der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren. Ferner werden bei der Fair Value-Ermittlung erwartete Marktrisiken, Modellrisiken, Bonitätsrisiken und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Bilanzielle Erfassung der Bewertungsergebnisse

Für die Erfassung von derivativen Finanzinstrumenten im Jahresabschluss der LBBW ist maßgebend, ob sie Bestandteil von Sicherungsbeziehungen (Mikro- und Makro-Hedges) sind oder ob sie im Rahmen der Handelsaktivitäten (Trading) eingesetzt werden.

Mikro- und Makro-Hedges (ohne Kreditderivate)

Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit derivativen Finanzinstrumenten zum Zweck der Absicherung von Marktpreisrisiken verknüpft.

Bei Makro-Hedges werden Derivate im Rahmen des globalen Asset-/Liability-Managements zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt.

Bei Mikro- und Makro-Hedges erfolgt in zweckadäquater Anwendung der allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB (insbesondere Imparitätsprinzip und Einzelbewertungsgrundsatz) und unter Beachtung der Stellungnahmen des BFA 2/1993 und 2/1995 eine kompensatorische Bewertung.

Bei Mikro-Hedges wird diese Wertkompensation dadurch erreicht, dass Grund- und Sicherungsgeschäfte am Bilanzstichtag als Bewertungseinheit behandelt werden. Die aus Sicherungsgeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge fließen in die korrespondierende Ergebnisposition des Ergebnisses aus dem Grundgeschäft ein und vermitteln somit ein betriebswirtschaftlich zutreffendes Bild.

Bewertungsergebnisse aus derivativen Finanzinstrumenten, die zum Zwecke des Makro-Hedging eingesetzt werden, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht berücksichtigt, da die Wertkompensation aus der globalen Asset-/Liability-Struktur der LBBW resultiert.

Trading-Geschäfte

Die Trading-Geschäfte unterliegen der Steuerung durch die Handelsbereiche innerhalb der vorgegebenen Risikolimits.

Bilanzielle Produkte, derivative Finanzinstrumente sowie die aus bilanziellen Produkten abgespaltenen derivatähnlichen Nebenabreden des Handelsbestands unterliegen der Portfoliobewertung. Hierzu werden die Handelsbestände im Falle von an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten zu Marktpreisen, im Falle von Finanzgeschäften ohne verfügbare Marktpreise anhand von mittels Bewertungsmodellen ermittelten Preisen bewertet. Die Zusammenfassung der so ermittelten Einzelwerte erfolgt für Zwecke der Rechnungslegung auf Portfolioebene. Die Bewertung erfolgt analog dem Vorjahr anhand der risikoadjustierten Mark to Market-Bewertung. Dabei wird das ermittelte Mark to Market-Ergebnis dieser Portfolien um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (10 Tage Haltedauer, 99% Konfidenzniveau) ermittelten Value-at-Risk dieser Bestände gekürzt.

Dieses Vorgehen stellt sicher, dass in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung dem Vorsichtsprinzip folgend etwaig verbliebenen Realisationsrisiken Rechnung getragen wird. Zur bilanziellen Abbildung der risikoadjustierten Mark to Market-Methode wird ein bilanzieller Ausgleichsposten gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird.

Kreditderivate non trading

Kreditderivate des Nichthandelsbestandes werden in der Ausgestaltung von Credit Default Swaps und Produkten mit Nebenabreden mit Credit Default Swap Charakter zur Risikoübernahme, Arbitrage, Absicherung und effizienten Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken eingesetzt.

Kreditderivate werden in Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 1 entsprechend des Einsatzzwecks differenziert behandelt.

Sicherungsgebergeschäfte des Nichthandelsbestands, denen keine zweckgebundenen Deckungsguthaben in den Bilanzposten »Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten« oder »Verbindlichkeiten gegenüber Kunden« gegenüberstehen, sind in der Unterstrichposition »Eventualverbindlichkeiten«, Unterposten b »Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen« enthalten.

Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit Kreditderivaten zum Zweck der Absicherung von Bonitätsrisiken verknüpft. Die bilanziellen Geschäfte und die Kreditderivate werden in Bezug auf die Bonitätsrisiken kompensatorisch bewertet.

Kreditderivate, die zur Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken verwendet werden und bei denen der Credit Default Swap für die LBBW die Eigenschaft eines originären Kreditgeschäfts erfüllt, werden nicht markt bewertet. Voraussetzung ist die Durchhalteabsicht und dass keine Strukturen im Credit Default Swap enthalten sind, die nicht in originären Kreditgeschäften vorkommen können. Kreditderivate des Nichthandelsbestandes, die diese Bedingungen nicht erfüllen, werden einzeln bewertet. Eine Verrechnung unrealisierter Bewertungsgewinne erfolgt nur, wenn sich das Bonitätsrisiko auf den selben Referenzschuldner bezieht. Für unrealisierte Bewertungsverluste werden – gegebenenfalls nach Verrechnung mit unrealisierten Bewertungsgewinnen – Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Ergebnisse sind in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten. Nach Verrechnung verbleibende Bewertungsgewinne bleiben außer Ansatz.

(4) Währungsumrechnung.

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen, auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände im Gegenwert von 63,2 Mrd. EUR (2005: 56,7 Mrd. EUR) und Schulden im Gegenwert von 98,7 Mrd. EUR (2005: 98,0 Mrd. EUR) sowie der Aufwendungen und Erträge erfolgt gemäß § 340 h Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung der Stellungnahme BFA 3/1995. Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungsbilanzposten inklusive Edelmetalle ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt.

Für die Ermittlung der Währungsposition stellt die LBBW die Fremdwährungsansprüche und -verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften je Währung gegenüber.

Die Vermögensgegenstände und Schulden werden – mit Ausnahme von vernachlässigbaren nicht währungskongruent finanzierten Beteiligungen im Anlagevermögen – zum Kassamittelkurs vom 29. Dezember 2006 umgerechnet. Differenzen, die sich aus der Umrechnung kursgesicherter Vermögensgegenstände und Schulden zum Kassamittelkurs ergeben, werden in den Devisenausgleichsposten eingestellt, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten/sonstigen Vermögensgegenständen (abhängig vom Saldo) ausgewiesen ist. Der Ausgleichsposten korrespondiert im Wesentlichen mit dem Saldo der Marktwerte der Devisentermingeschäfte, Zins-/Währungsswaps und Währungsswaps.

Das Wahlrecht zur Spaltung des Terminkurses in Kassakurs und Swapsatz hat die LBBW für alle Devisentermingeschäfte einheitlich ausgeübt. Die LBBW hat die Bilanzbestände und die schwebenden Geschäfte (Devisentermin-/Devisenoptionsgeschäfte), mit Ausnahme strategischer Fremdwährungspositionen gemäß der oben beschriebenen risikoadjustierten Mark to Market-Methode bewertet.

Erläuterungen zur Bilanz.

(5) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (soweit ermittelbar).

Folgende Bilanzpositionen enthalten Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

in Mio. EUR	31.12. 2006	31.12. 2005
A3. Forderungen an Kreditinstitute	150 206,9	145 760,2
darunter an verbundene Unternehmen	3 449,5	2 656,2
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	36 786,1	35 093,4
- davon an baden-württembergische Sparkassen	34 656,2	34 205,7
A4. Forderungen an Kunden	104 049,6	100 229,4
darunter an verbundene Unternehmen	4 913,6	6 282,5
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	286,0	199,9
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	82 688,5	75 097,2
darunter an verbundene Unternehmen	2 655,4	2 404,2
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4 105,2	3 115,7
P1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129 158,1	107 698,3
darunter an verbundene Unternehmen	474,7	1 472,2
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17 365,1	14 489,2
- davon an baden-württembergische Sparkassen	16 826,1	14 417,8
P2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	87 875,9	87 105,3
darunter an verbundene Unternehmen	9 350,0	15 737,7
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	42,1	99,6
P9. Nachrangige Verbindlichkeiten	4 017,0	3 636,5
darunter an verbundene Unternehmen	333,3	308,5
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-

Da die Bilanzposition »Verbriefte Verbindlichkeiten« (Passivposten Nr. 3) im Wesentlichen Inhaberschuldverschreibungen enthält, deren jeweilige Besitzer am Bilanzstichtag der LBBW als Emittent nicht bekannt sind, wird auf die Angabe der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, verzichtet.

(6) Fristengliederung der Bilanzpositionen.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten (inklusive anteilige Zinsen) betragen:

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
A3. b) Andere Forderungen an Kreditinstitute	139 263,3	138 793,9
- bis 3 Monate	50 059,1	45 217,3
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	25 040,5	25 960,9
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	33 451,5	39 856,5
- mehr als 5 Jahre	30 712,2	27 759,2
A4. Forderungen an Kunden	104 049,6	100 229,4
- bis 3 Monate	25 729,2	20 084,6
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	11 304,6	10 787,0
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	20 217,2	23 167,6
- mehr als 5 Jahre	44 158,8	42 075,1
- mit unbestimmter Laufzeit	2 639,8	4 115,1
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	82 688,5	75 097,2
- davon im Folgejahr fällig	27 761,4	20 562,7
P1. b) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	116 737,4	100 451,7
- bis 3 Monate	63 246,6	50 889,1
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	16 479,9	15 477,8
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	12 796,1	12 824,9
- mehr als 5 Jahre	24 214,8	21 259,9
P2. a) ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	322,7	531,5
- bis 3 Monate	11,1	52,0
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	46,0	257,8
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	218,5	166,7
- mehr als 5 Jahre	47,1	55,0
P2. b) bb) Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	63 701,5	62 686,4
- bis 3 Monate	24 207,3	21 467,8
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2 935,7	4 613,5
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	13 940,3	15 631,7
- mehr als 5 Jahre	22 618,2	20 973,4
P3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) Begebene Schuldverschreibungen	98 937,9	106 383,2
- davon im Folgejahr fällig	25 345,8	24 548,9
b) Andere verbriefte Verbindlichkeiten	14 402,2	11 430,5
- bis 3 Monate	7 736,5	8 835,6
- mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6 665,7	2 594,9
- mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	0,0
- mehr als 5 Jahre	0,0	0,0

(7) Börsenfähige Wertpapiere.

Die untenstehenden Aktivposten enthalten börsenfähige Wertpapiere in folgendem Umfang:

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	82 688,5	75 097,2
- davon börsennotiert	67 476,8	61 323,8
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3 291,3	1 164,5
- davon börsennotiert	3 112,5	1 139,3
A7. Beteiligungen	224,4	63,8
- davon börsennotiert	174,5	13,9
A8. Anteile an verbundenen Unternehmen	429,7	94,1
- davon börsennotiert	0,0	0,0

(8) Nachrangige Vermögensgegenstände.

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
A3. Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
A4. Forderungen an Kunden	168,9	182,1
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	894,5	458,9
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	58,6	77,9

(9) Echte Pensionsgeschäfte und Offenmarktgeschäfte.

Zum Bilanzstichtag waren Schuldverschreibungen im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank in Höhe von 5 510,3 Mio. EUR (2005: 3 724,2 Mio. EUR) verpfändet. Der Buchwert der an andere Kreditinstitute und Nichtbanken in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt zum Bilanzstichtag 8 649,8 Mio. EUR (2005: 6 623,6 Mio. EUR).

(10) Treuhandgeschäfte.

Die Aufgliederung des Treuhandvermögens (Aktivposten A9) und der Treuhandverbindlichkeiten (Passivposten P4) ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
Treuhandvermögen	129,3	125,8
Forderungen an Kunden	67,9	73,5
Sachanlagen	61,4	52,3
Sonstige Posten	0,0	0,0
Treuhandverbindlichkeiten	129,3	125,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	62,7	71,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	66,6	54,2

(11) Anlagevermögen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem folgenden Anlagespiegel zu entnehmen:

in Mio. EUR	Anschaffungskosten LBBW	Zugänge	Abgänge	Umgliederungen	Zuschreibungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen kumuliert	Abschreibungen und Wertberichtigungen im Geschäftsjahr	Buchwert 31.12.2006	Buchwert 31.12.2005
Beteiligungen	710,3	171,2	30,7	10,8	2,6	82,5	0,9	781,7	621,4
Anteile an verbundenen Unternehmen	3 752,6	1 075,0	338,1	-10,8	7,4	94,3	12,4	4 391,8	3 660,8
Immaterielle Anlagewerte	457,7	24,4	43,6	-1,8	0,0	372,4	52,2	64,3	95,5
Grundstücke und Bauten	780,9	5,2 ¹	7,2	0,0	0,0	375,2 ¹	15,2	403,7	418,2
davon:									
Grundstücke und Gebäude betrieblich genutzt	596,1	5,0	0,8	-2,3	0,0	288,2	12,1	309,8	319,8
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	549,8	51,4	47,5	1,8	0,0	387,3	39,3	168,2	157,5
Summe Anlagevermögen	6 251,3	1 327,2	467,1	0,0	10,0	1 311,7	120,0	5 809,7	4 953,4

¹ In den Zugängen und kumulierten Abschreibungen sind Anpassungen aufgrund der Betriebsprüfung enthalten.

(12) Sonstige Vermögensgegenstände.

Bei der LBBW sind in den Sonstigen Vermögensgegenständen als Einzelposten von besonderer Bedeutung Optionsprämien von 1 276,8 Mio. EUR (2005: 1 102,2 Mio. EUR), Ausgleichsposten aus der risikoadjustierten Mark to Market-Bewertung von 1 032,2 Mio. EUR (2005: 604,2 Mio. EUR) und Steuererstattungsansprüche von 428,0 Mio. EUR (2005: 184,6 Mio. EUR) ausgewiesen.

Die Steuererstattungsansprüche umfassen Ansprüche für die vergangenen Geschäftsjahre in Höhe von 110,5 Mio. EUR, aus Umkehreffekten der Betriebsprüfung bei einem Vorgängerinstitut in Höhe von 64,4 Mio. EUR und aus dem Jahr 2006 in Höhe von 164,4 Mio. EUR. Ferner bestehen bei ausländischen Steuerbehörden Einlagen in Höhe von 88,7 Mio. EUR. Den Steuererstattungsansprüchen stehen Steuerrückstellungen in Höhe von 317,7 Mio. EUR (2005: 242,0 Mio. EUR) entgegen.

(13) Rechnungsabgrenzungsposten.

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind folgende Beträge enthalten:

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	753,8	917,7
Disagio aus Verbindlichkeiten gemäß § 250 Abs. 3 HGB	600,1	697,7
Agio aus Forderungen gemäß § 340 e Abs. 2 Satz 3 HGB	153,7	220,0
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	114,8	139,7
Disagio aus Forderungen gemäß § 340 e Abs. 2 Satz 2 HGB	114,8	139,7

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind des Weiteren auf der Aktivseite 132,8 Mio EUR (2005: 127,0 Mio. EUR) und auf der Passivseite 383,0 Mio. EUR (2005: 544,2 Mio. EUR) Einmalzahlungen aus Zins- und Zins-/Währungsswaps ausgewiesen, die im Zusammenhang mit Asset- und Liability-Swap-Kombinationen entstanden sind.

(14) Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft.

Die untenstehenden Verbindlichkeiten sind wie folgt gedeckt:

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
Emittierte Hypothekendarlehen nach ÖPG und PfandBG	5 623,0	6 303,8
Zur Deckung bestimmte Aktiva	8 957,6	8 936,9
A3. Forderungen an Kreditinstitute	680,9	805,6
A4. Forderungen an Kunden	8 276,7	8 131,3
Überdeckung	3 334,6	2 633,1
Emittierte öffentliche Darlehen nach PfandBG	69 554,8	76 074,1
Zur Deckung bestimmte Aktiva	82 256,0	91 382,8
A3. Forderungen an Kreditinstitute	49 469,5	58 201,3
A4. Forderungen an Kunden	19 315,9	18 559,6
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	13 470,6	14 621,9
Überdeckung	12 701,2	15 308,7

(15) Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe
und Hypothekendarlehen gemäß § 28 PfandBG.

A) Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe gemäß § 28 PfandBG

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
a) Deckungsmasse für öffentliche Pfandbriefe		
Nennwert	82 256	91 383
Barwert	84 563	97 382
Barwert (+ 250 BP)	79 156	90 536
Barwert (- 250 BP)	91 029	105 469
Umlauf an öffentliche Pfandbriefen		
Nennwert	69 555	76 074
Barwert	71 409	80 630
Barwert (+ 250 BP)	66 744	74 833
Barwert (- 250 BP)	77 183	87 638
Überdeckung		
Nennwert	12 701	15 309
Barwert	13 154	16 752
Barwert (+ 250 BP)	12 412	15 703
Barwert (- 250 BP)	13 846	17 831
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse	0	0

c) Laufzeitstruktur der öffentlichen Pfandbriefe

in Mio. EUR 31.12.2006					
	bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre bis 10 Jahre	>10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	14 658	35 929	27 891	3 778	82 256
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	13 799	33 843	20 362	1 551	69 555
in Mio. EUR 31.12.2005					
	bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre bis 10 Jahre	>10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	15 884	37 723	34 105	3 671	91 383
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	12 257	38 750	24 220	847	76 074

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Land/Art

in Mio. EUR 31.12.2006

	Staat	regionale	örtliche	sonstige Schuldner	Gesamt
		Gebiets- körperschaft	Gebiets- körperschaft		
Bundesrepublik Deutschland	619	7 442	7 031	63 730	78 822
Finnland	32	0	0	0	32
Frankreich inkl. Monaco	0	0	29	0	29
Griechenland	729	0	0	0	729
Italien	541	205	22	0	768
Japan	300	0	0	0	300
Luxemburg	0	0	0	9	9
Kanada	0	79	0	0	79
Österreich	13	0	0	0	13
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	50	0	0	50
Schweiz	0	1 211	25	0	1 236
Spanien	0	133	0	0	133
Ungarn	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	56	0	0	56
Gesamt	2 234	9 176	7 107	63 739	82 256

in Mio. EUR 31.12.2005

	Staat	regionale	örtliche	sonstige Schuldner	Gesamt
		Gebiets- körperschaft	Gebiets- körperschaft		
Bundesrepublik Deutschland	330	6 009	7 798	73 021	87 158
Finnland	36	0	0	0	36
Frankreich inkl. Monaco	0	0	131	0	131
Griechenland	732	0	0	0	732
Italien	884	132	22	0	1 038
Japan	300	0	0	0	300
Kanada	0	78	0	0	78
Österreich	13	0	0	0	13
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	59	0	0	59
Schweiz	0	1 351	26	0	1 377
Spanien	7	392	0	0	399
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	62	0	0	62
Gesamt	2 302	8 083	7 977	73 021	91 383

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land/Art

in Mio. EUR 31.12.2006

	Staat	regionale	örtliche	sonstige	Gesamt
		Gebiets-	Gebiets-	Schuldner	
		körperschaft	körperschaft		
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0	0
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

in Mio. EUR 31.12.2005

	Staat	regionale	örtliche	sonstige	Gesamt
		Gebiets-	Gebiets-	Schuldner	
		körperschaft	körperschaft		
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0	0
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

B) Transparenzvorschriften für Hypothekendarlehen gemäß § 28 PfandBG

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
a) Deckungsmasse für Hypothekendarlehen		
Nennwert	2 525	2 051
Barwert	2 625	2 222
Barwert (+ 250 BP)	2 368	2 001
Barwert (- 250 BP)	2 941	2 497
Umlauf an Hypothekendarlehen		
Nennwert	755	101
Barwert	760	104
Barwert (+ 250 BP)	692	94
Barwert (- 250 BP)	840	115
Überdeckung		
Nennwert	1 770	1 950
Barwert	1 865	2 118
Barwert (+ 250 BP)	1 676	1 907
Barwert (- 250 BP)	2 101	2 382
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse	0	0

c) Laufzeitstruktur der Hypothekendarlehen nach PfandBG

in Mio. EUR	31.12.2006				
	bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre bis 10 Jahre	>10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	398	811	1 112	204	2 525
Umlaufende Hypothekendarlehen	101	360	294	0	755

in Mio. EUR	31.12.2005				
	bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre bis 10 Jahre	>10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	306	817	775	153	2 051
Umlaufende Hypothekendarlehen	0	90	11	0	101

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Höhe der einzelnen Deckungsmassen

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
bis 300 TEUR	428	221
über 300 TEUR bis 5 Mio. EUR	1 123	1 010
über 5 Mio. EUR	974	820
Gesamt	2 525	2 051

e) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Nutzungsart/Land

in Mio. EUR	Bundesrepublik			Gesamt
	Deutschland	Niederlande	Frankreich	
Gewerblich genutzte Grundstücke	0	0	0	0
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0	0	0	0
Wohnungen	108	0	0	108
Einfamilienhäuser	183	0	0	183
Mehrfamilienhäuser	1 121	0	0	1 121
Bürogebäude	262	30	0	292
Handelsgebäude	266	0	0	266
Industriegebäude	10	0	0	10
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	454	0	0	454
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten Gebäude	68	0	1	69
Bauplätze	2	0	0	2
Sonstige Deckung	20	0	0	20
Gesamt	2 494	30	1	2 525

e) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Nutzungsart/Land

in Mio. EUR 31.12.2005

	Bundesrepublik Deutschland
Gewerblich genutzte Grundstücke	0
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0
Wohnungen	52
Einfamilienhäuser	83
Mehrfamilienhäuser	1 141
Bürogebäude	254
Handelsgebäude	92
Industriegebäude	0
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	380
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten Gebäude	45
Bauplätze	1
Sonstige Deckung	3
Gesamt	2 051

f) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land

in Mio. EUR

	Bundesrepublik			Gesamt
	Deutschland	Niederlande	Frankreich	
31.12.2006	0	0	0	0
31.12.2005	0	-	-	0

**g) Anzahl der anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren
so wie im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen**

Anzahl 31.12.2006

	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
	anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	0
anhängige Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Gesamt	0	0

Anzahl 31.12.2005

	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
	anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	0
anhängige Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Gesamt	0	0

h) Übernahme von Grundstücken zur Verhütung von Verlusten

Anzahl

	Gesamt	
	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
01.01.2006 - 31.12.2006	0	0
01.01.2005 - 31.12.2005	0	0

i) Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

in Mio. EUR	Gesamt	
	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
01.01.2006 - 31.12.2006	0	0
01.01.2005 - 31.12.2005	0	0

j) Gesamtbetrag der Rückzahlungen auf die Hypotheken

in Mio. EUR	01.01.2006 - 31.12.2006	
	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Rückzahlung durch Amortisation	57	33
Rückzahlung in anderer Weise	8	1
Gesamt	65	34

in Mio. EUR	01.01.2005 - 31.12.2005	
	gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Rückzahlung durch Amortisation	19	13
Rückzahlung in anderer Weise	4	13
Gesamt	23	26

(16) Sonstige Verbindlichkeiten.

Als wichtigste Einzelposten enthalten die Sonstigen Verbindlichkeiten Optionsprämien über 1 477,5 Mio. EUR (2005: 1 151,8 Mio. EUR) und Devisenausgleichsposten über 750,8 Mio. EUR (2005: 436,2 Mio. EUR).

(17) Als Sicherheit für Verbindlichkeiten übertragene Vermögensgegenstände.

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7 343,6	8 022,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 413,3	2 917,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	128,5	91,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	9,4	10,3
Eventualverbindlichkeiten	146,7	113,9
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihgeschäften	2 436,0	3 011,2
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	11 477,5	14 167,1

(18) Sonderposten mit Rücklageanteil.

Die Bildung und Verwendung des bestehenden Sonderpostens mit Rücklageanteil (§ 247 Abs. 3 i. V. m. § 273 HGB) in Höhe von 64,6 Mio. EUR erfolgte analog den Vorschriften des § 6b EStG. Im Geschäftsjahr 2006 wurden 5,7 Mio. EUR der Rücklage nach § 6b EStG zugeführt und 2,0 Mio. EUR aufgelöst.

(19) Nachrangige Verbindlichkeiten.

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen in Höhe von 201,2 Mio. EUR (2005: 195,0 Mio. EUR) angefallen.

Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten i. H. v. 4 017,0 Mio. EUR entsprechen nach Abzug der Drittrangmittel (389,5 Mio. EUR), der anteiligen Zinsen (68,2 Mio. EUR), von drei Fünfteln aus 227,4 Mio. EUR (136,5 Mio. EUR) und bis auf ein Schuldscheindarlehen (0,8 Mio. EUR) den Anforderungen des § 10 Abs. 5a S. 5 KWG (3.422,0 Mio. EUR).

Dabei werden 227,4 Mio. EUR (Vorjahr 281,4 Mio. EUR) lediglich zu zwei Fünfteln (91,0 Mio. EUR) angerechnet, da die Zweijahresfrist gemäß § 10 Abs. 5a S. 2 KWG unterschritten ist. Nach Abzug des Disagios (13,5 Mio. EUR) und weiterer Korrekturen (1,7 Mio. EUR) sind von den nachrangigen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2006 3 406,8 Mio. EUR gemäß § 10 Abs. 5a KWG dem Ergänzungskapital zuzurechnen.

Die Korrekturen von 1,7 Mio. EUR resultieren aus der Verwendung unterschiedlicher Umrechnungskurse im Meldewesen (EZB-Referenzkurs) und Rechnungswesen (EuroFX-Kurs) zum Bilanzstichtag sowie der eingeschränkten Zurechenbarkeit der Aufzinsung von nachrangigen Zero-Schuldscheindarlehen zum haftenden Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 5a Satz 1 Nr. 2 KWG.

(20) Eigenkapital.

Das Eigenkapital der LBBW wies im Geschäftsjahr folgende Entwicklung auf:

in Mio. EUR	31.12.2006
Eigenkapital am 31. Dezember 2005	10 434,7
./. Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2005	85,2
./. Kursbedingte Veränderungen der Stillen Einlagen	43,0
+ Bilanzgewinn 2006	574,0
Eigenkapital am 31. Dezember 2006	10 880,5

(21) Posten unter dem Strich.

Unter dem Bilanzstrich werden in Höhe von 23 984,4 Mio. EUR (2005: 22 042,0 Mio. EUR) Credit Default Swaps ausgewiesen, bei denen die LBBW den Kontrahenten Sicherheiten mit garantieähnlichem Charakter bereitstellt. Der Gesamtbestand, einschließlich der Credit Default Swaps, bei denen die LBBW keine Sicherheiten stellt, ist unter (3) Derivate dargestellt.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich ausschließlich um externe Zusagen. Lieferverpflichtungen aus Termingeschäften bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 1 169,2 Mio. EUR (2005: 896,6 Mio. EUR). Darin enthalten sind Geschäfte mit Schuldscheindarlehen (205,5 Mio. EUR), Termingelder (961,7 Mio. EUR) und Wertpapierpensionsgeschäfte (2,0 Mio. EUR).

Aus Garantien für die Platzierung oder Übernahme von Finanzinstrumenten gegenüber Emittenten ist die LBBW im Geschäftsjahr (wie im Vorjahr) nicht in Anspruch genommen worden.

(22) Patronatserklärung.

Die LBBW trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, für die in der Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gekennzeichneten Unternehmen unabhängig von der Anteilsquote dafür Sorge, dass diese ihre Verbindlichkeiten erfüllen können.

Im Fall der LBBW Bank Ireland plc, Dublin trägt die LBBW – solange sie mittelbarer oder unmittelbarer Anteilseigner ist – im Verhältnis gegenüber der Irischen Bankaufsichtsbehörde dafür Sorge, dass die LBBW Bank Ireland plc, Dublin in der Lage ist, ihre Verbindlichkeiten erfüllen zu können.

Die LBBW hat für die BW Bank Capital Funding LLC I sowie für die BW Bank Capital Funding LLC II eine Patronatserklärung abgegeben, die allen vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten der LBBW einschließlich Genussrechtskapital im Rang nachsteht.

(23) Gewährträgerhaftung.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe in bestimmten Fällen abhängig von Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.

Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel (LB Kiel), Westdeutsche Immobilienbank, Mainz und SachsenLB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig.

(24) Sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Bilanzstrich ausgewiesen sind, betragen bei der LBBW 575,0 Mio. EUR (2005: 183,0 Mio. EUR); davon entfallen 83,2 Mio. EUR jährlich auf langfristige Miet- und Leasingverträge sowie 78,8 Mio. EUR auf eine Nachschusspflicht für die Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Die Beiträge für die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen wurde nach risikoorientierten Grundsätzen neu bemessen. Daraus resultieren Nachschusspflichten in Höhe von 370,3 Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen der LBBW betreffen 39,5 Mio. EUR (2005: 42,4 Mio. EUR) verbundene Unternehmen.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstitute entstehen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

(25) Sonstige betriebliche Erträge.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 34,0 Mio. EUR auf Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen und Immobilien des Anlagevermögens und auf Erträge aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden.

(26) Abschlussprüferhonorar.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer umfasst ausschließlich die von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbrachten Leistungen.

in Mio. EUR	31.12.2006
Abschlussprüfung	2,0
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	2,1
Steuerberatungsleistungen	-
Sonstige Leistungen	0,2
Gesamt	4,3

(27) Außerordentliches Ergebnis.

Im außerordentlichen Ergebnis sind im Wesentlichen die Erträge aus der Anwachsung der ehemalige Erste BW-Schloßplatz Beteiligungen AG & Co. OHG (19,4 Mio. EUR) enthalten. Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren mit rund 46,5 Mio. EUR aus Restrukturierungs- und systemseitigen Integrationsaufwendungen der ehemaligen BW-Bank AG.

(28) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Durch die Steigerung des Jahresüberschusses hat sich der inländische laufende Steueraufwand gegenüber dem Vorjahr von 66,6 Mio. EUR um 34,8 Mio. EUR auf 101,4 Mio. EUR erhöht.

(29) Aufgliederung der Erträge nach geografischen Märkten.

Der Gesamtbetrag aus den GuV-Posten

- Nr. 1: Zinserträge
- Nr. 3: Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen
- Nr. 5: Provisionserträge
- Nr. 7: Nettoertrag aus Finanzgeschäften
- Nr. 8: Sonstige betriebliche Erträge

verteilt sich auf die unten stehenden geografischen Märkte wie folgt:

in Mio. EUR	31.12.2006	31.12.2005
Bundesrepublik Deutschland	11 613,0	11 489,0
Europa	1 795,0	1 330,0
Asien	479,4	343,7
Amerika	774,5	472,5
Gesamt	14 661,9	13 635,2

(30) Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen betreffen insbesondere die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapierdepots, Treuhandkrediten sowie Investment- und Immobilienfonds.

Sonstige Angaben.

(31) Beteiligungen der LBBW an großen Kapitalgesellschaften und bedeutenden Kreditinstituten im In- und Ausland, die fünf vom Hundert der Stimmrechte überschreiten.

Atos Wordline Processing GmbH, Frankfurt am Main

B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main

Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart

Baden-Württemberg L-Finance N.V., Hoofddorp

Cellent AG, Stuttgart

Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf

Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets plc, London

LBBW Bank Ireland plc, Dublin

Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz

LBBW Immobilien GmbH (ehemals LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH), Stuttgart

MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz

Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart

SüdLeasing GmbH, Mannheim

Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn

Universal Investment Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main

VBH Holding AG, Korntal-Münchingen

Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz

Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart

Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart

(32) Mandate.

Die von gesetzlichen Vertretern oder Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und bedeutenden Kreditinstituten im In- und Ausland.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Leinfelden-Echterdingen	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
AlG International Real Estate GmbH & Co. KGaA, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Patrick Walcher
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat stv. Aufsichtsrat	Joachim Landgraf ab 4. April 2006 Elvira Bergmann ab 4. April 2006
Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart ²	Vorsitzender des Aufsichtsrats 2. stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Horst Marschall Hans-Joachim Strüder ab 1. Juli 2006 Jürgen Bockholt
Baden-Württemberg L-Finance N.V., Hoofddorp (Niederlande)	Aufsichtsrat	Wolf-Dieter Ihle
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
Börse Stuttgart AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Horst Marschall Hans-Joachim Strüder
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG, Ravensburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Mitglied der Bürgschaftsausschüsse stv. Mitglied der Bürgschaftsausschüsse stv. Vorsitzender der Bürgschaftsausschüsse der Haftungsgruppen Handel, Freie Berufe, IVG und Gartenbau stv. Mitglied der Bürgschaftsausschüsse der Haftungsgruppe Handwerk	Dr. Bernhard Walter Michael Horn bis 27. April 2006 Dr. Hariolf Teufel ab 27. April 2006 Andreas Claus Jürgen Kugler Ulrich Vrede Ulrich Vrede
Cellent AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Rudolf Zipf Andreas Zimmer Thomas Zeler
Dambach Werke GmbH, Gaggenau	Beirat	Jürgen Prockl ab 29. November 2006
DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main	Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski
DekaBank Deutsche Girozentrale Luxemburg S.A., Luxemburg	Verwaltungsrat	Ralf Menzel bis 30. Juni 2006
Deka Immobilien Investment GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter bis 30. Juni 2006

² Bis zum 6. Dezember 2006 firmierte die Gesellschaft als Baden-Württembergische Kapitalanlagegesellschaft mbH. Die Handelsregistereintragung erfolgte am 6. Dezember 2006.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
Deka Investment GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Michael Horn bis 30. Juni 2006
	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder bis 30. Juni 2006
Deka (Swiss) Privatbank AG, Zürich	Verwaltungsrat	Michael Horn
DEKRA SüdLeasing Services GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Starck
	Aufsichtsrat	Peter Bach
Dürr AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Ficosa International S.A., Barcelona	Aufsichtsrat	Juan-Miguel Lopez Rueda
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski ab 30. Mai 2006
	Aufsichtsrat	Michael Horn ab 8. März 2006
Hymmer AG, Bad Waldsee	Aufsichtsrat	Michael Horn ab 8. März 2006
Hypo SüdLeasing GmbH, Dornbirn	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Starck
Karlsruher Versicherung AG, Karlsruhe	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale, Mainz	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Siegfried Jaschinski
	Verwaltungsrat	Michael Horn
	stv. Verwaltungsrat	Dr. Bernhard Walter
	stv. Verwaltungsrat	Joachim E. Schielke
	stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf
LBBW Bank Ireland plc, Dublin	Chairman of the Board of Directors	Hans-Joachim Strüder
	Deputy Chairman of the Board of Directors	Dr. Bernhard Walter
	Member of the Board of Directors	Guido Paris
	Member of the Board of Directors	Frank O'Riordan
LBS Baden-Württemberg, Stuttgart	Verwaltungsrat	Michael Horn
	stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf
LBBW Immobilien GmbH (ehemals LEG Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg mbH), Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Siegfried Jaschinski
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
LHS Besitz GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Starck bis 27. September 2006
	Aufsichtsrat	Peter Bach bis 27. September 2006
LHS Leasing- und Handelsgesellschaft Deutschland mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Starck
	Aufsichtsrat	Peter Bach
LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S.A., Luxemburg	Verwaltungsrat	Michael Horn
	Verwaltungsrat	Hans-Joachim Strüder ab 13. Juli 2006
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
MMV Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats	Joachim E. Schielke
	stv. Vorsitzender des Beirats	Michael Horn
	Beirat	Dr. Bernhard Walter
Rohwedder AG, Bermatingen	Aufsichtsrat	Dr. Peter A. Kaemmerer
Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
	Aufsichtsrat	Andreas Benninger ab 21. Juli 2006
	Aufsichtsrat	Dr. Frank Schwertfeger ab 21. Juli 2006
Storsack Holding GmbH, Viernheim	Aufsichtsrat	Rolf Kentner
Stratec biomedical Systems AG, Birkenfeld	Aufsichtsrat	Burkhard Wollny

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
SüdKA SüdKapitalanlagegesellschaft mbH, Frankfurt am Main ³	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder bis 6. Dezember 2006
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Merk bis 6. Dezember 2006
	Aufsichtsrat	Ralf Menzel ab 1. Juli 2006 bis 6. Dezember 2006
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Dr. Armin Brendle
SüdWert Wohnungsprivatisierungs-GmbH, Bietigheim-Bissingen	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Rainer Konopka
	Aufsichtsrat	Rudolf Klenk
	stv. Aufsichtsrat	Dr. Frank Schwertfeger
Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Horst Marschall
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
Wampfler AG, Weil am Rhein	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab
WestInvest Gesellschaft für Investmentfonds mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Helmut Dohmen
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke

³ Die Gesellschaft bestand bis zum 6. Dezember 2006.

Sonstige Angaben.

(33) Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt.

in Mio. EUR	Männlich	Weiblich	Insgesamt
LBBW			
- Inländische Hauptsitze/Zweigniederlassungen	4 384	4 722	9 106
- Ausländische Niederlassungen	90	71	161
- Repräsentanzen	22	30	52
Summe LBBW	4 496	4 823	9 319
nachrichtlich:			
- Auszubildende	275	279	554

(34) Gesamtbezüge der Organe.

Die Gesamtbezüge des Vorstands der LBBW betragen 5,1 Mio. EUR. Die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Trägerversammlung und des Kreditausschusses betragen 0,6 Mio. EUR. Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 5,3 Mio. EUR; Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen sind in Höhe von 48,9 Mio. EUR gebildet.

(35) Vorschüsse und Kredite an sowie Haftungsverhältnisse zu Gunsten der Organe der LBBW bzw. deren Vorgängerinstitute.

in Mio. EUR	Vorstand	Verwaltungsrat	Trägerversammlung
Vorschüsse und Kredite	0,6	3,7	0,2
Haftungsverhältnisse	-	-	-

Vorstand und Verwaltungsrat der LBBW.

Vorstand der LBBW.

[Dr. Siegfried Jaschinski](#)
Vorsitzender des Vorstands

[Michael Horn](#)
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands

[Dr. Peter A. Kaemmerer](#)
Mitglied des Vorstands
ab 1. Mai 2006

[Joachim E. Schielke](#)
Mitglied des Vorstands

[Hans-Joachim Strüder](#)
Mitglied des Vorstands

[Dr. Bernhard Walter](#)
Mitglied des Vorstands

[Rudolf Zipf](#)
Mitglied des Vorstands

Verwaltungsrat der LBBW.

Vorsitzender

Heinrich Haasis

bis 30. April 2006
Senator E. h.,
Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbandes, Berlin

Peter Schneider, MdL

ab 1. Mai 2006
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg, Stuttgart

1. stv. Vorsitzender

Stefan Mappus, MdL

Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart

2. stv. Vorsitzender

Dr. Wolfgang Schuster

Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

Ordentliche Mitglieder

Thomas Berreth*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Siegfried Bessey*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Harald Coblenz*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

Bernd Doll

Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Sparkasse Kraichgau

Richard Drautz

ab 25. Juli 2006
Staatssekretär im Wirtschaftsministerium
des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr.-Ing. E. h. Heinz Dürr

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Dürr AG, Stuttgart

Walter Fröschle*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Jürgen Hilse

Senator E. h.,
Sparkassendirektor,
Vorsitzender des Vorstands der
Kreissparkasse Göppingen

Helmut Himmelsbach

Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

Dr. Dieter Hundt

Senator E. h.,
Präsident der Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände,
Geschäftsführender Gesellschafter der
ALLGAIER-WERKE GmbH, Uhingen

Jens Jungbauer*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Dipl.-Ing. (FH) Manfred Kanzleiter

Stadtrat, Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

Lian Lie Liem*

Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Horst Mehrländer

bis 25. Juli 2006
Staatssekretär a. D., Stuttgart

Günther Nollert*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

Gerhard Nübling

bis 30. September 2006
Sparkassendirektor a. D.,
Zimmern-Stetten

Dr. Nils Schmid, MdL

Rechtsanwalt, stv. Vorsitzender
der SPD-Fraktion im Landtag von
Baden-Württemberg, Stuttgart

Claus Schmiedel, MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher
der SPD-Fraktion im Landtag von
Baden-Württemberg, Stuttgart

Hermann Seimetz

Senator E. h., Donzdorf

Willi Stächele, MdL

Minister des Staatsministeriums und für
europäische Angelegenheiten des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

Gerhard Stratthaus, MdL

Finanzminister des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

Hans Otto Streuber

Präsident des Sparkassen- und
Giroverbandes Rheinland-Pfalz,
Budenheim

Jürgen Teufel

Senator h. c.,
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Pforzheim Calw,
Pforzheim

Gabriele Tietz*

Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Reinhold Uhl

Stadtrat, Vorsitzender der
CDU-Fraktion im Gemeinderat der
Landeshauptstadt Stuttgart

Werner Unfried*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Kurt Widmaier

Landrat des Landkreises Ravensburg,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Ravensburg

Norbert Zipf*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und
Mitarbeitern gewählt

Stellvertretende Mitglieder

Dipl.-Oec. Muhterem Aras

Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

Stefan Barg

Stadtrat, Regierungsdirektor, Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart

Hans Bauer*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Bernd Bechtold

Präsident der IHK Karlsruhe, Geschäftsführender Gesellschafter b.i.g. bechtold INGENIEURGESELLSCHAFT MBH, Karlsruhe

Christian Brand

Vorsitzender des Vorstands der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank –, Karlsruhe

Wolfgang Drexler, MdL

Oberamtsanwalt a. D., Erster Stellvertretender Präsident des Landtags von Baden-Württemberg, Stuttgart

Gundolf Fleischer, MdL

bis 25. September 2006
Rechtsanwalt, Staatssekretär im Finanzministerium von Baden-Württemberg, Stuttgart

Michael Föll, MdL

Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

Armin Freundl*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Rainer Haas M. A.

Senator h. c., Landrat des Landkreises Ludwigsburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ludwigsburg

Eberhard Häge*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Rainer Hägele

bis 26. Juli 2006
Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

Martin Haible*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Karlheinz Heinzelmann*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Horst Hoffmann

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Südliche Weinstraße in Landau, Landau

Udo Hummel*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Hans Georg Junginger, MdL

Rechtsanwalt, Weinheim

Timo Klein*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Karlsruhe

Heinz-Jürgen Koloczek

Oberbürgermeister a. D., Tuttlingen

Sabine Lehmann*

Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Mannheim

Thomas Lützelberger

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Schwäbisch Hall-Crailsheim

Hermann Mader

Landrat des Landkreises Heidenheim, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Heidenheim

Peter May

Senator E. h., Honorarkonsul von Uruguay, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stuttgarter Hofbräu AG, Stuttgart

Siegfried Rieg

Kreisrat, Oberbürgermeister a. D., Giengen

Dieter Rösler*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Johann Roth

Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Bezirkssparkasse Reichenau

Dr. Stefan Scheffold, MdL

ab 11. Oktober 2006
Rechtsanwalt, Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

Gerd Siebertz*

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Joachim Walter

Landrat des Landkreises Tübingen, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Tübingen

Prof. Dr. Willi Weiblen

Ministerialdirigent im Wirtschaftsministerium des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

Hubert Wicker

ab 26. Juli 2006
Ministerialdirektor im Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

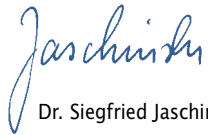
Clemens Winckler

Waghäusel-Wiesental

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim,
den 22. März 2007

Der Vorstand



Dr. Siegfried Jaschinski



Michael Horn



Dr. Peter A. Kaemmerer



Joachim E. Schielke



Hans-Joachim Strüder



Dr. Bernhard Walter



Rudolf Zipf

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim, (LBBW) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der LBBW. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der LBBW sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der

Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LBBW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 22. März 2007

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Schuldt)
Wirtschaftsprüfer

(Bucksch)
Wirtschaftsprüfer